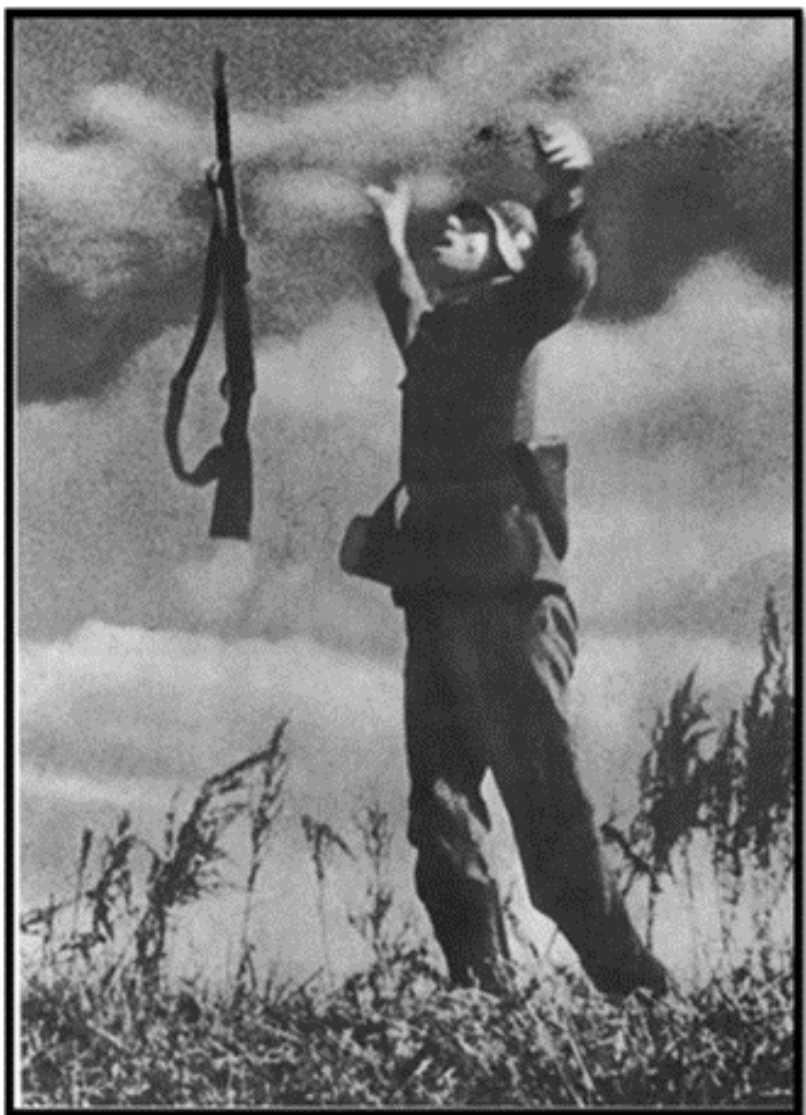




2023

Jahresrückblick – Bericht - Dokumentation



Förderverein
Gedenkstätte
Steinwache
Internationales
Rombergpark-
Komitee e.V.



Impressum

Herausgeber:

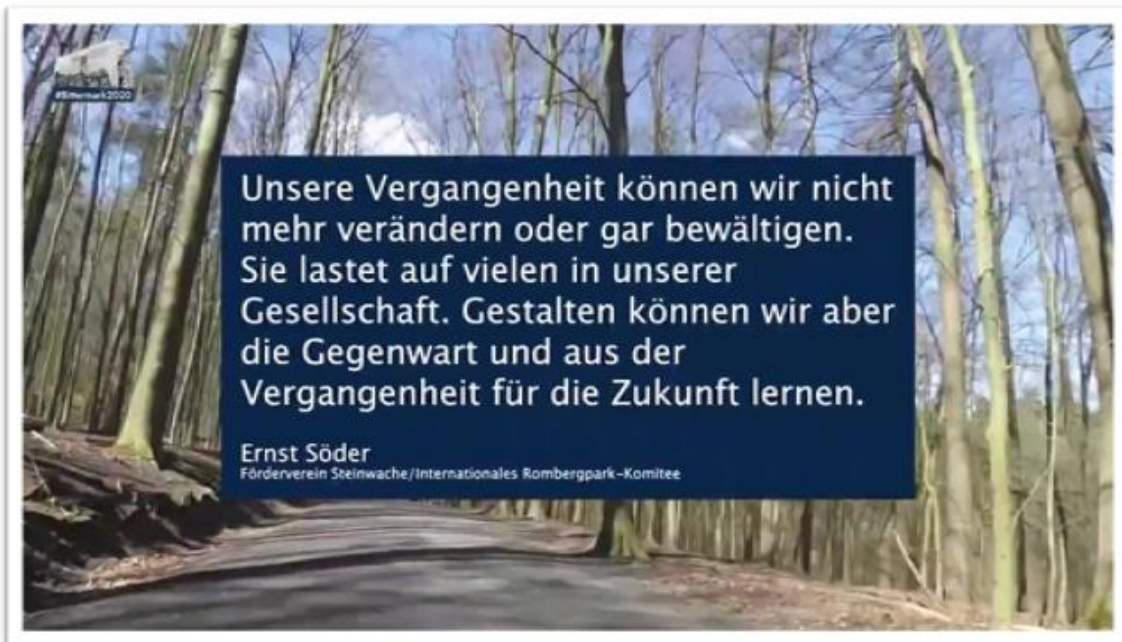
Förderverein Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee e.V.
V.i.S.d.P.: Georg Deventer, Vorsitzender

Gemeinnützige Anerkennung durch das Finanzamt Dortmund-Hörde 315/5791/1487
Eingetragen ins Vereinsregister 4949 beim Amtsgericht Dortmund

Gestaltung/Textbearbeitung:

**Bis Mitte 2023 Ernst Söder: Ehrenvorsitzender des Fördervereins
Georg Deventer / Ralf Brinkhoff**

Druck: Mario Fragomeli, Hagen



Unsere Vergangenheit können wir nicht mehr verändern oder gar bewältigen. Sie lastet auf vielen in unserer Gesellschaft. Gestalten können wir aber die Gegenwart und aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen.

Ernst Söder
Förderverein Steinwache/Internationales Rombergpark-Komitee

Unser Leitgedanke 2023

„Wege der Erinnerung“

**Erinnerungsprojekt der Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung am
Weg zur Bittermark**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorsitzenden	5
Hinweis zum Jahresrückblick 2022.....	6
Nachruf Renate Büker	7
Nachruf Dr. Günther Högl von Achenbach	8
Erinnerung an Cornelis - Co - van Tongeren aus den Niederlanden	14
DIE STEINWACHE.....	15
Blick in die Geschichte.....	16
Internationaler Holocaust-Gedenktag.....	21
Tag gegen das Vergessen: Dortmunder Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus.....	22
Ein Buch über Willi Hoffmeister	25
Aus Anlass des Holocaustgedenktag.....	26
VOR 80 JAHREN IN DORTMUND	27
Arbeitsstelle: Zukunft braucht Erinnerung.....	29
Besuch des NS-Dokumentationszentrums EL-DE-Haus in Köln am 6. April 2023	30
Karfreitag 2023.....	34
Veranstaltung in der Bittermark.....	35
Gedenken auf dem Internationalen Friedhof in Dortmund-Wambel.....	42
Katrin Rieckermanns Redebeitrag am Gedenkstein in Lünen-Süd	48
Der Gedenkstein in Lippstadt	52
Ein Rückblick an die Anfänge	52
Gedenken am Karsamstag in Lippstadt 2023.....	53
Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald 2023 - Bleibende Eindrücke	56
78. Jahrestag der Selbstbefreiung: Besuch in Buchenwald	58
Niemals vergessen: Auch in Dortmund vor 80 Jahren - Bücherverbrennung auf dem Hansaplatz.....	62
Jahrestag 2. Mai: Vor 90 Jahren überfielen die Nazis im gesamten Deutschen Reich die Gewerkschaftshäuser	64
Fall „Barbarossa“	65
Gedenken an der Westfalenhalle am 22. Juni 2023	66

Zwangsarbeit im Allgemeinen und im Besonderen während der NS-Diktatur in Industriebetrieben im Dortmunder Raum.....	73
Zum Tode von Ernst Söder am 30. Juni 2023	78
Antikriegstag am 1. September 2023	80
Fahrt nach Stukenbrock am 2. September 2023.....	84
Stellungnahme zum Beschluss des Kreistages Gütersloh, der Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) die Förderung zu versagen	91
Gedenken in Hombruch am 19. September 2023.....	93
Buchvorstellung und Lesung mit Peter Dowding am 9. Oktober 2023.....	97
Vertagung der Straßenbenennung nach Kurt Goldstein in der Bezirksvertretung Dortmund- Scharnhorst	98
Pressemitteilung des Internationalen Auschwitz-Komitees zur Vertagung der Straßenbenennung nach Kurt Goldstein in der Bezirksvertretung Dortmund-Scharnhorst....	98
Pogrome 1938 zum 9. November	100
Aktueller Rechtsextremismus in Dortmund	102

Vorwort des Vorsitzenden

Liebe Vereinsmitglieder, liebe Freundinnen und Freunde des Fördervereins, liebe Leserin, lieber Leser,

wir legen hiermit unseren Jahresbericht 2023 vor, der unsere Vereinsaktivitäten dokumentiert.



Wir informieren über die Unternehmungen und Aktionen, die wir als Förderverein durchgeführt bzw. an Projekten Dritter mitgewirkt haben. Wir berichten über die alljährlich wiederkehrenden Veranstaltungen, aber auch über geschichtsrelevante Ereignisse, über den Tag hinaus.

Der Tod unseres Ehrenvorsitzenden Ernst Söder am 30. Juni 2023 hat uns alle tief berührt und wir werden in dankbarer Erinnerung sein Andenken bewahren. Unsere Achtung und Freundschaft werden niemals sterben und die Zeit mit ihm wird in uns stets lebendig sein.

Am 24. Februar letzten Jahres begann mit dem völkerrechtswidrigen Überfall der russischen Föderation auf die Ukraine ein schrecklicher Krieg, der noch nicht beendet werden konnte.

Der 7. Oktober dieses Jahres wird ebenfalls in den Geschichtsbüchern mit den Angriffen islamistischer Terroristen auf Israel und die Vernichtungsoffensive gegen die Hamas verbunden sein. Und immer wieder ist es die Zivilbevölkerung, die den kriegerischen Auseinandersetzungen hilflos ausgesetzt ist. Kriege und Krisen weltweit. Das unfassbare Leid der Menschen vor Ort übersteigt bei weitem die Not von uns, die uns quasi als Zaungäste ratlos und entsetzt zurücklässt.

Dennoch dürfen wir uns nicht zurückziehen. Das Gefühl der Ohnmacht lässt sich mit Handeln bekämpfen, mit zivilgesellschaftlichem Engagement, auch im Kleinen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Mitte der Gesellschaft rückt nach rechts. Mehr Menschen als bisher – auch in den alten Bundesländern – verlassen die politische Mitte bis hin zur rechtsextremen Orientierung. 8 % der Bevölkerung haben ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild, mehr als 16 % meinen, die Juden versuchten, aus der NS-Geschichte „ihren Vorteil zu ziehen“ und sogar 48 % haben kein Vertrauen in die Demokratie. Ein Grund für diese negative Entwicklung ist sicher die aktuelle Häufung von Kriegen und Krisen, die Menschen verunsichert. Die sog. AfD profitiert davon. Der Rechtspopulismus mit völkischem Gedankengut im heutigen Deutschland zeigt erschreckende Parallelen zum aufsteigenden Nationalsozialismus vor 100 Jahren. Im Februar 1920 wird die NSDAP gegründet. Zehn Jahre später 1930 erreicht sie über 18 %. 1933 reißt sie die Macht an sich. Zwölf verheerende Jahre nehmen ihren Lauf. 2013 wird die AfD gegründet. Jetzt – zehn Jahre später – liegt sie bundesweit bei 20 %. Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen bestätigten dieses Niveau.

Jedweder Populismus müsste uns doch endlich aus der Lethargie und Gleichgültigkeit holen. Es ist höchste Zeit, um für unsere Demokratie zu kämpfen und eine sichtbare demokratische Haltung einzunehmen. Soziale Ungleichheit und das Gefühl, abgehängt zu sein, beflügeln demokratiegefährdende und menschenfeindliche Einstellungen. Im Juni 2024 finden die nächsten Europawahlen statt. Es wird sich dann zeigen, ob die demokratischen Kräfte in

Europa obsiegen. Es gibt keine Alternative, als für Vielfalt, Toleranz und Demokratie einzutreten.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir bedanken uns bei allen Partnern für die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit. Den Mitgliedern im Vorstand und vielen Vereinsmitgliedern und Förderern danke ich an dieser Stelle ebenso wie den Mitarbeitern in der Steinwache und im Stadtarchiv. Ein besonderer Dank gebührt auch der Auslandsgesellschaft für die Unterstützung unserer Arbeit in den vergangenen Jahren.

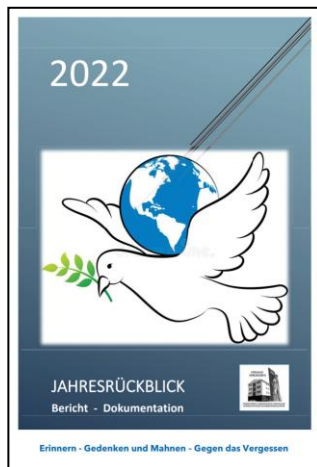
Ich hoffe, dass der Bericht Anregungen für Diskussionen bietet, natürlich mit Interesse gelesen wird und gegebenenfalls ermutigt, Mitglied in unserem Förderverein zu werden.



Dortmund, im Dezember 2023

Georg Deventer
Vorsitzender des Fördervereins

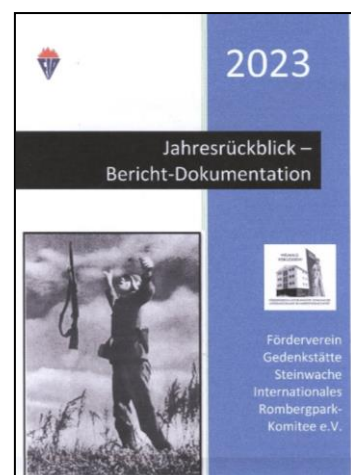
Hinweis zum Jahresrückblick 2022



Unser Jahresbericht aus dem Jahre 2022 hat sehr viel Aufmerksamkeit und Zustimmung erfahren. Gefragt war der Bericht auch beim Buchenwald-Komitee.

Sämtliche Exemplare waren bereits im Januar 2023 vergriffen. Interessenten, die kein Exemplar mehr erhalten können, verweisen wir auf unsere Website. Dort sind die Berichte der letzten Jahre veröffentlicht.

www.steinwache-rombergparkkomitee.org



Nachruf Renate Büker

Renate Büker ist am 29. Januar 2023 im Alter von 82 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben. Noch kurz vor ihrem Tode hat sie anlässlich des Holocaustgedenktes am 27. Januar in Hombruch mit weiteren Mitstreiterinnen und Mitstreitern an Stolpersteinen für die Opfer des nationalsozialistischen Terrors gedacht. Renate Büker war viele Jahre Mitglied des Fördervereins und auch engagierte Mitstreiterin im Vorstand. Die überzeugte Sozialdemokratin und ehrenamtliche Aktive in der AWO-Kirchhörde, Löttringhausen-Kruckel setzte sich unermüdlich für sozial Benachteiligte und Schwache in der Gesellschaft ein und engagierte sich tatkräftig

im Förderverein Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee gegen Faschismus, Rassismus und gegen das Vergessen. Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie, ihren beiden Söhnen und ihren Enkelkindern. Der Förderverein wird Renate Büker in dankbarer Erinnerung behalten.



Gedenken in Hombruch an den Stolpersteinen:

Renate Büker, 2.v.l. mit Uli Steinmann, Sigrid Steinmann, Inge Albrecht-Winterhoff und Doris Borowski.

Nachruf Dr. Günther Högl von Achenbach



Ehemaliger Direktor des Stadtarchivs

Im Alter von 75 Jahren verstarb Dr. Günther Högl von Achenbach am 14.12.2022 in Berlin, wo er seit dem Jahr 2020 lebte. Er war Geschäftsführer des Historischen Vereins, langjähriger Herausgeber der „Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark“ sowie der Zeitschrift „Heimat Dortmund“. Er war Direktor des Stadtarchives und in dieser Funktion maßgeblich

für die Konzeption der Dauerausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund von 1933-1945“ zuständig. Die Ausstellung war zunächst im Stadthaus zu sehen, dann vorübergehend im Museum am Westpark, bevor sie 1992 in der neu eröffneten Mahn- und Gedenkstätte Steinwache einen würdigen Platz fand. Die wissenschaftlichen Schwerpunkte von Günther Högl von Achenbach waren die Weimarer Republik und der Nationalsozialismus. Der Förderverein Gedenkstätte Steinwache hatte seit seiner Gründung stets einen guten und vertrauensvollen Kontakt zu ihm. Günther Högl-von Achenbach begleitete den Förderverein wohlwollend und war jederzeit für die Anliegen des Fördervereins zugänglich. Alle, die ihn kannten, so schreibt es noch Ernst Söder in einem Nachruf, werden sich immer gern an ihn erinnern und sein Wirken nicht vergessen. So wollen wir auch in unserem Jahresrückblick 2023 Dr. Günther Högl-von Achenbach in dankbarer Erinnerung behalten.

In Erinnerung an den früheren Direktor des Stadtarchives und einem der maßgeblichen „Motoren“ der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung“ fand am 21. September 2023 in der Steinwache eine Vortrags- und Gedenkveranstaltung statt, welche das Leben und Wirken von Günther Högl-von Achenbach in eindrucksvoller Weise würdigte. Im überfüllten Gruppenraum der Steinwache erinnerten Dr. Stefan Mühlhofer, Markus Günnewig und Dr. Karl Lauschke an einen außergewöhnlichen Weggefährten und Kollegen. Tochter Jelena von Achenbach erzählte aus dem Leben Günther Högls mit vielen Stationen und Interessen. In diesen Nachruf möchte der Autor aus dem Vortrag von Dr. Karl Lauschke eine maßgebliche Zielrichtung des Wirkens von Günther Högl-von Achenbach gerne aufnehmen. Er habe immer betont, so Karl Lauschke, dass historisches Arbeiten und Darstellen immer dem „öffentlichen Nutzen“ dienen müsse.



Foto: Dr. Günther Högl beim Antikriegstag an der Steinwache 2007. Auf dem Foto mit Ernst Söder, Heinz Fennekold und Marc Frese (Foto oben: Nordstadtblogger)

Besuch in der Steinwache - auf den Spuren von Wilhelm Herzog

Wilhelm Herzog war der erste Generalsekretär des Internationalen Rombergpark-Komitees.

Geboren wurde Wilhelm am 22. Mai 1901 in Hörde, er war Mitglied der KPD, bis 1931 Kunsterzieher und Lehrer; anschließend Redakteur und Chefredakteur der Zeitung „Echo des Westens“.

Bis zu seiner Verhaftung durch die Gestapo am 29. April 1933 war er hauptamtlicher Funktionär der legalen bzw. illegalen BL-Ruhrgebiet, dort zuletzt Agitpropleiter. Als Häftling in den KZs Bauweiler und Börgermoor gelang Herzog Ende April 1933 die Flucht in die Niederlande, im Juni 1934 Abschiebung über Belgien ins Saargebiet.

Von September 1934 bis April 1935 illegale Aktivitäten in Berlin, anschließend Grenzarbeit der àSR, Schweiz und Frankreich. Dort war Herzog bis September 1939 bis zur Flucht im Mai 1940 interniert. Ab 1940 war er Mitarbeiter der sogenannten Toulouser Leitung der KPD in Frankreich und unter dem Decknamen Pierre Mansuy, Angehöriger der Résistance.



Auf dem Foto: Georg Deventer, Dieter Knippschild, Karin Rebernak aus Lünen (Nichte von Wilhelm Herzog, daneben Andrea Niendorf aus Weimar, Enkeltochter von Wilhelm Herzog, Günter Bennhardt mit Lebensgefährtin Sonja, Reinhard Junge, Ulli Sander.



Redner Wilhelm Herzog, Generalsekretär des IRPK, rechts neben ihm Erna und Claude Accart aus Arras (Frankreich), Präsident des IRPK, vor dem ehemaligen Sitz der Gestapo-Leitstelle Dortmund-Hörde, im Jahr 1960.

Seit seiner Rückkehr nach Deutschland im Juli 1948 war Herzog aktiver KPD und VVN - Funktionär sowie Generalsekretär des Internationalen Rombergpark-Komitees. 1968 erschien sein Buch „**Von Potempa bis zum Rombergpark**“. Wilhelm Herzog verstarb am 2. November 1970 in Dortmund.

Nüchterner und sachlicher Bericht vom Beginn der Barbarei bis zu den Massenmorden der Gestapo an Widerstandskämpfern aus der Sowjetunion, Polen, Jugoslawien, Frankreich,



Belgien, Holland und Deutschland vom 7. März bis 12. April 1945 im Rombergpark und in der Bittermark. Zusammengestellt nach den amtlichen wesentlichen Ergebnissen der Ermittlungen der Dortmunder Staatsanwaltschaft zum Rombergparkprozess, nach dem Prozessprotokoll über die Vernehmung der Angeklagten und Zeugen, nach Veröffentlichungen in der Bundesrepublik, der DDR sowie zahlreichen abgeworfenen Flugblättern der Alliierten in der Zeit der Massenmorde im Jahre 1945 und weiteren Dokumenten.

Gedenken in der Bittermark 1959: Protest gegen die Rede des Innenministers

Wilhelm Herzog
Dortmund, den 4. April 1959
Gutenbergstraße 70/72

Einschreiben

An den
Herrn Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
D u f h u e s
in Düsseldorf
Ministerium des Innern

Herr Minister!

Ihre Rede am Karfreitag, dem 27. Mai 1959, in der Bittermark in Dortmund am Mahnmal der Rombergpark-Opfer und aller Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft kann nicht unwidersprochen bleiben.

Eine moralische Aktivlegitimation zwingt mich, Ihnen mit diesem Brief zu antworten.

Einige der Ermordeten, die auf dem Gräberfeld im Ehrenhain in der Bittermark bestattet sind, habe ich lange Jahre persönlich gekannt. Mit zweien der Toten, Paul Mainusch und Wilhelm Beutel, habe ich schon 1933 KZ-Haft und Gestapo-vernehmung erdulden müssen.

Seit meiner Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1948 habe ich es als meine Verpflichtung angesehen, mich mit meinen Kameraden und den Behörden der Stadt Dortmund um die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte für die Opfer der „Blutigen Karwoche 1945“ zu bemühen. Die Vereinigung der Arbeitsdeportierten, Refraktäre und Maquisards des Departements Pas-de-Calais sah sich veranlaßt, meinen Kameraden und mir als Anerkennung dieser Bemühungen am Karfreitag dieses Jahres eine Ehrenurkunde mit Silbermedaille zu überreichen. Diese Auszeichnung ist bisher nur selten vergeben worden; bis zu diesem Tage haben sie erst zwei Herren erhalten: der Herr Präfekt des Departements Pas-de-Calais und der Herr Bürgermeister von Charleroi in Belgien.

Aber mehr noch als die persönlichen Bindungen zu der Stätte, an der Sie, Herr Minister, gesprochen haben, sind es Gründe geschichtlichen Verantwortungsbewußtseins und eines Beitrags zur Bewältigung und Überwindung unserer jüngsten Vergangenheit, die mich bewegen, Ihnen zu sagen:

Ihre Rede war keine Gedenkrede, die der Würde des Ortes und der Ehrfurcht vor dem Opfer dieser Toten gerecht geworden ist.

Ihre geschichtlichen Betrachtungen, die Sie äußerten und die aus der Sicht der historischen Wahrheit absurd sind, trifft man leider allzu häufig in parteipolitischen Polemiken wieder; am Karfreitag, an einer Erinnerungs- und Mahnstätte zur Überwindung eines Irrweges unserer Nation, wurden sie von mir und vielen Tausenden der Teilnehmer als ein Plädoyer für die Schuldigen empfunden.

Das ist meine Meinung, und das sind meine Feststellungen.

Sie haben, Herr Minister, die Reaktion auf Ihre Ausführungen in der Bittermark selbst erlebt, die Tränen gesehen, die Ihre Worte fließen ließen, gehört, wie der Schmerz verletzter Menschen sich in Rufen der Empörung Luft gemacht hat.

Es sei mir gestattet, Herr Minister, Ihnen mitzuteilen, daß ich bis heute auch nicht einen der vielen, vielen Teilnehmer getroffen habe, gleich welcher Nationalität, Weltanschauung oder parteipolitischen Überzeugung, der Ihre Rede vorbehaltlos gebilligt hätte.

War Ihnen, Herr Minister, vor Ihrer Rede die Einladung zur Teilnahme an der Städtischen Gedenkfeier bekannt, die von einer Reihe Dortmunder Verfolgtenorganisationen herausgegeben worden ist? Diese Einladung, die Herr Oberkirchenrat Kloppenburg in einer Zuschrift sehr eindrucksvoll genannt hat, hat wesentlich zum großen Besuch der Feier beigetragen. Der Text der in dieser Einladung enthaltenen Einlage mit dem Versuch einer gedrängten Darstellung eines Kapitels unserer jüngsten Vergangenheit hat lange vor seiner Drucklegung Ihrem Kabinettskollegen, Herrn Kultusminister Dr. Schütz, als Geschichtsdispositions-Vorschlag vorgelegen.

Bestimmt nicht wenige der Teilnehmer haben diesen Text vorher gelesen und sicher auch die Erwartung gehegt, daß ein Vertreter der Landesregierung bei der Gedenkfeier auf die Thematik eingehen würde, denn sie betrifft ein brennendes aktuelles Problem.

Diese Erwartungen waren um so mehr begründet, als gerade die Schändungen von Synagogen, jüdischen Friedhöfen und Ehrenmalen für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft der letzten Zeit in unserem Lande große Unruhe und Besorgnis im In- und Ausland hervorgerufen haben.

Auch diese Erwartungen wurden durch Ihre Ausführungen, Herr Minister, nicht erfüllt; sie haben auf Fragen unserer Zeit keine Antwort zu geben vermocht.

gez. W. Herzog

„CDU-Polizeiminister schändet Andenken der Toten“

29.03.1959 im „Neun Deutschland“ (s. Folgeseite)

Die Rede des NRW-Innenministers Josef Hermann Dufhues (CDU) wurde durch Buhrufe und Pfeifkonzerte immer wieder unterbrochen. Dufhues hat an dem Vormittag insbesondere die Opfer der Kommunistischen Partei diskriminiert. Leider stand nach der Veranstaltung kein Redetext zur Verfügung. Und auch die Medien haben die „unmögliche und unerträgliche Rede“ nur auszugsweise wiedergegeben. In Archiven haben wir einen Artikel ausfindig gemacht, der am 31.3.1959 im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wurde.,

Willi Herzog sah sich veranlasst, daraufhin am 4. April 1959 einen Brief an den Innenminister zu schreiben, der hier in Ergänzung zu seiner Person sicher Interesse erweckt.

Einen gleichlautenden Brief hatte ebenfalls der Domprediger Karl Kleinschmidt aus Schwerin an den Innenminister geschickt.

- ❖ **Hinweis: Herzog schreibt von der Veranstaltung am 27. Mai 1959, diese fand allerdings am 27. März 1959 statt.**

Antifaschistische Demonstration in Dortmund

20 000 gedachten der 1945 ermordeten Gestapoopfer / CDU-Polizeiminister Dufhues schändet Andenken der Toten

Dortmund (ND/ADN). Mehr als 20 000 Dortmunder Bürger gedachten am Freitag mit einer großen antifaschistischen Massendemonstration der 289 Gestapoopfer, die am Karfreitag 1945 in der Ruhrstadt brutal ermordet wurden. Unter dem Teilnehmern der Feierstunde vor dem Ehrenmal auf der Bittermark befanden sich Betriebsdelegationen zahlreicher Schachtanlagen und großer Werke des Ruhrgebiets, Vertreter der antifaschistischen Widerstandsbewegungen der DDR, Frankreichs, Belgiens und Hollands, 1945 waren 289 Antifaschisten aus sieben europäischen Ländern in Bombentrichter durch Genickschuß ermordet worden.

„Wir leisten Widerstand!“

Vor dem Gestapo-Hauptquartier in Dortmund-Hoerde, das heute das 13. Revier der Dortmunder Polizei beherbergt, stand am Freitag eine internationale Ehrenwache, die daran erinnerte, daß der Leidensweg der 289 vor 14 Jahren hier

begann. Als Vertreter des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDH nahmen Walter Bartel und Domprediger Kleinschmidt an der Ehrenwache teil. Der Vorsitzende der VVN Dortmund, Will Herzog, erklärte: „Unser Kameraden, die 1945, kurz vor der Befreiung ermordet worden sind, wurden Opfer eines Systems, das die Menschenrechte grausam abschaffte. Wir wenden uns mit allen Kräften gegen die Wiedergeburt des Nazismus und Militarismus. Wir leisten Widerstand gegen diejenigen, die uns in einen neuen Krieg, in einen Atomkrieg ziehen wollen.“

Mahnung für die Überlebenden

Auf der Kundgebung am Ehrenmal bezeichnete der Dortmunder SPD-Oberbürgermeister Keuning den Gestapomord als eine ewige Mahnung für die Überlebenden, nie wieder Faschismus und Barbarei zu dulden. Der Oberbürgermeister der sich tapfer gegen die Bonner

Atomraketenstationierung zur Wehr setzenden Ruhrstadt rief ebenso wie der Vertreter der französischen Deportiertenorganisation dazu auf, sich zum gemeinsamen Kampf zu vereinen.

Ausfälle der CDU-Kanäle

Der nordrhein-westfälische CDU-Polizeiminister Dufhues, der es wagte, ebenfalls zu erscheinen, benutzte seinen Auftritt zu einer nahezu ungläublichen Provokation. Mit beispiellosem Zynismus und einer abgefärbten antikomunistischen Hetze beleidigte der Klerikalfaschist die von seinen Kumpanen vor 14 Jahren ermordeten Antifaschisten. Dufhues, der während seiner bisherigen neunmonatigen Amtszeit nach Nazimantel zahlreiche demokratische Organisationen in Nordrhein-Westfalen verbot und ihre Mitglieder nach Gestapomuster verfolgen und terrorisieren läßt, beschimpfte und besudelte schamlos das Andenken der Toten.

„Das kann nur ein Nazi sagen“

Bereits während seiner Ausführungen kam es zu scharfen Protesten. Dufhues wurde aus der Menge zugerufen: „Du bist ein Überbleibsel vom dritten Reich!“ Hunderte von Männern und Frauen verließen während seiner Rede demonstrativ den Kundgebungsplatz. Unmittelbar nachdem die Feierstunde beendet wurde, drangen Männer und Frauen, Angehörige der von der Gestapo ermordeten deutschen Antifaschisten auf den CDU-Innenminister ein. „Was Sie gesagt haben, war keine Ehrung, sondern eine Schändung ungerer Toten!“ rief die Witwe eines ermordeten Kommunisten Dufhues zu. „Nicht wir oder unsere Toten haben sich unserer Verzagenheit zu schämen, sondern Sie sind es, der sich schämen muß.“

Ein anderer Angehöriger eines der Gestapoopfer trat auf den Innenminister zu und rief ihm ins Gesicht: „Was Sie gesagt haben, kommt nur ein Nazi sagen. Das nächste Mal bringen Sie doch gleich Ihren Chef, den SA-Mann Schröder mit!“

Keuning wird bestürmt

Der Dortmunder SPD-Oberbürgermeister Keuning wurde von Angehörigen mit den Worten bestürmt: „Wie konnten Sie zulassen, daß dieser Nazi hier spricht? Wir bitten Sie, verhindern Sie im nächsten Jahr, daß ein solcher Mensch uns hier beleidigen kann.“ Während der Proteste der Angehörigen war der CDU-Innenminister kalkweiß im Gesicht geworden. Er verzichtete auf jede Gegenrede.

Auch Gießen im Kampf

Gießen (ADN). Der Widerstand gegen die geplante Stationierung eines Atomraketenbataillons der Bundeswehr in der hessischen Stadt Gießen hat sich weiter versärkt. Das Stadtparlament und der Kreistag beschlossen auf Sondersitzungen, Protest einzulegen und eine Delegation nach Bonn zu entsenden. Auf einer außerordentlichen Versammlung des Ortsvereins der SPD wurde, wie bereits berichtet, eine Resolution angenommen, in der gegen die Gefährdung der Stadt durch Atomraketen protestiert wird. Der Beschluß des Kriegerministeriums müsse rückgängig gemacht werden. Die Staatskanzlei der hessischen Landesregierung habe einen offiziellen Protestschritt bei Kriegerminister Strauß angekündigt, bei dem darauf hingewiesen werden soll, daß die Bundeswehr mit dem Widerstand der gesamten hessischen Bevölkerung und der Landesregierung rechnen muß.

Erinnerung an Cornelis - Co - van Tongeren aus den Niederlanden



Wir erinnern an unseren Freund Cornelis van Tongeren, der vor 10 Jahren, am 23.12.2013, verstarb.

Auf dem Foto sehen wir ihn mit Karl und Ernst Söder vor dem Industriemuseum Zollern II. Co gehörte zum Freundeskreis von Celine van der Hoek, die letzte Präsidentin des

Rombergpark-Komitees. Sein Vater wurde in seiner Heimatstadt von den Nazis zur Zwangsarbeit ins KZ-Neuengamme verschleppt. Cornelis hat seinen Vater nie wieder gesehen.



Cornelius mit Bürgermeisterin Birgit Jörder, seiner Frau Jane, Gisa Marschefski und Ernst Söder 2013 beim Gedenken in der Bittermark

DIE STEINWACHE

Im Oktober vergangenen Jahres stellte Markus Günnewig vom Stadtarchiv das neue Konzept für die Steinwache vor. Einzelheiten sind dem Zeitungsartikel vom 4. November 2022 zu entnehmen. In unserem Jahresbericht von 2019 haben wir die Planung im Einzelnen dargestellt.

Neues Konzept für „Ort des Grauens“: So verwandelt sich die Steinwache

DORTMUND. Vor 30 Jahren wurde die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache eröffnet, die an die NS-Geschichte in Dortmund erinnert. Jetzt gibt es Pläne für eine Neugestaltung.

Von Oliver Volmerich

Es ist eine besondere Herausforderung: Wie schafft man ein angemessenes Entree für einen „Ort des Grauens“ und nimmt zugleich Rücksicht auf das denkmalgeschützte Gebäude der alten Steinwache? Architekt Georg Konermann hat die passende Antwort gefunden.

Wie eine Skulptur wirkt der mit Sichtbeton gestaltete Anbau für die historische Steinwache an der Nordseite des Hauptbahnhofs. Er schafft unmittelbar vor dem Eingang zum früheren Gefängnis ein Foyer für die Mahn- und Gedenkstätte. Im Untergeschoss entstehen Seminarräume und Platz für Sonderausstellungen. Ein wie ein Graben angelegter offener Verbindungsgang zum alten Gefängnis trakt der Steinwache bringt natürliches Tageslicht auch in die unterirdischen Räume.

Mit diesem Entwurf hat das in Hamburg und Lübeck beheimatete Büro Konermann+Siegmond Architekten 2019 den von der Stadt Dortmund ausgeschriebenen Architektenwettbewerb gewonnen. Bei einer Veranstaltung zum 30-jährigen Bestehen der Mahn- und Gedenkstätte im Keuning-Haus am Donnerstagabend (27.10.) wurde der aktuelle Stand der Planungen vorgestellt und in die Pläne zur Neugestaltung der Steinwache eingezeichnet.

Das Foyergebäude wirkt wie eine Schleuse - auch mental“, erklärte Georg Konermann. Schließlich werde in der alten Steinwache „das Grauen vermittelt“. Und das soll mit der Neukonzeption der Dauerausstellung noch stärker zum Ausdruck kommen.

Das Konzept dafür stellten der Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Markus Günnewig, und Hanna Kropp vom Architekturbüro Deanirag aus Stuttgart, das mit der Ausstellungsgestaltung beauftragt ist, in einem Vortrag und mit anschaulichen Modellen vor.

Fest steht, dass die seit 1992 in der Steinwache gezeigte und schon 1981 konzipierte Dauerausstellung unter dem Titel „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945“ ausgedient hat. Jede Generation brauche auch neue Formen der Vermittlung, erklärte Prof. Bernd Faulenbach als Mitglied des eigens eingerichteten wissenschaft-

lichen Beirats den Antrieb. Natürlich werden nicht alle Aspekte der alten, damals wegweisenden Ausstellung zur Dortmunder NS-Geschichte über Bord geworfen. Aber die Inhalte werden neu präsentiert und ein neuer Schwerpunkt gesetzt. „Wir wollen das Gebäude des alten Steinwachen-Gefängnisses stärker in den Mittelpunkt rücken“, sagt Stadtarchiv-Direktor Dr. Stefan Mühlhofer, der auch Geschäftsführer der städtischen Kulturbetriebe ist.

„Das zentrale Exponat ist der Gefängnisbau selbst“, erläuterte auch Ausstellungsdesignerin Hanna Kropp. Es bleibt bei einem Rundgang über die vier Etagen des alten Gestapo-Gefängnisses, in dem in der NS-Zeit gut 66.000 Menschen festgehalten und teilweise misshandelt wurden.

Den 40 Räumen und ehemaligen Gefängniszellen werden unterschiedliche Funktionen zugeordnet, erklärte Hanna Kropp. Es gibt sogenannte „Überblicksräume“ zu den zentralen Themen, „Funktionsräume“ wie der frühere Aufnahmeraum und die Vernehmungsräume und „Personenräume“, in denen exemplarisch an die Schicksale einzelner Gefangener erinnert wird.

Auch der Gefängnisalltag soll vermittelt werden.

Die Judenverfolgung ist dabei ebenso Thema wie die Verfolgung politisch Andersdenkender, Homosexueller oder von Menschen, die schlicht nicht der Norm entsprachen. Viele wurden von der Steinwache in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Es gehe um „eine schwer erträgliche Ballung von Unmenschlichkeiten“, formulierte es Bernd Faulenbach. „Die Ausstellung eröffnet ein breites Panorama auf NS-Verbrechen.“

Er sprach von einem „hoch ambitionierten Konzept“, das die Steinwache zu einem „zeithistorischen Museum besonderer Art“ mache. „Jeder Besuch wird die Menschen in hohem Maße nachdenklich machen“, prophezeite der Historiker. „Gezeigt wird, wie Polizei und Justiz pervertiert werden können und wie wichtig ein funktionierender demokratischer Rechtsstaat ist.“

Zeitplan und Kosten unklar

Bis Ausstellung und Anbau zu erleben sind, wird allerdings noch einige Zeit vergehen. Ein mögliches Zeitziel könnte das 100-jährige Bestehen des Steinwachen-Gefängnisses sein, das 1926/27 gebaut wurde.

Stefan Mühlhofer wollte sich da nicht festlegen. Er sprach von einem Abschluss „in überschaubarer Zeit“. Zuletzt war es unter anderem durch die Corona-Pandemie schon zu Verzögerungen gekommen. Man arbeite gerade an einem soliden Zeitplan, berichtete Mühlhofer. Die Steinwache werde mit der alten Dauerausstellung auf jeden Fall so lange geöffnet sein, bis der erste Bagger vor dem Haus stehe.

Klar dürfte auch sein, dass man dann mit dem 2019 genannten Kostenrahmen von 6,1 Millionen Euro - etwa je zur Hälfte für Anbau und Neukonzeption - wohl nicht mehr auskommen wird. Zuletzt hatten sich wegen drastisch gestiegener Baukosten städtische Bauprojekte reihenweise verteuert.



So soll es einmal aussehen: Markus Günnewig, Leiter der Mahn- und Gedenkstätte, mit dem Modell für den Anbau an der Steinwache. FOTOS VOLMERICH



Seit 30 Jahren gibt es die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache mit der Ausstellung zu Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit.

Blick in die Geschichte

Vor 90 Jahren begann das Grauen

Deutschland 1933: Von der Demokratie zur Diktatur

Am 30. Januar 1933 schlug eine der dunkelsten Stunden unserer Geschichte: Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte Adolf Hitler zum Reichskanzler. Wenige Wochen später riss der selbst ernannte „Führer“ mit dem sogenannten „Ermächtigungsgesetz“ die vollständige Macht an sich. Und das war erst der Anfang einer zwölf Jahre andauernden, grausamen Diktatur, die in einem verbrecherischen Angriffskrieg und in einem verheerenden Völkermord mündete.

Reichstagsbrand erster Schritt zur Diktatur

Ein zentrales Ereignis zur Etablierung der faschistischen Herrschaft in Deutschland war die Inszenierung des Reichstagsbrandes in Berlin. Am Abend des 27. Februar 1933 brannte das Gebäude des deutschen Parlaments. Hindenburg erklärte am Vormittag des nächsten Tages die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat“.

Die Nazis eröffneten einen Terrorfeldzug größten Ausmaßes und verhafteten noch in der Brandnacht rund 12000 Mitglieder der KPD und der SPD, ferner parteilose Demokraten. Wir erinnern an die Provokation vor 90 Jahren, um vor Wiederholungen eines Aufstiegs von Faschisten zu warnen, erneut die Lehren aus jener Zeit zu ziehen und nie die Mahnung des Widerstandes zu vergessen.



Görings Schuld am Reichstagsbrand

München, 8. Dezember. Die „Hitler-Preß“ berichtet, nach eingehenden, sorgfältigen und eingehenden Untersuchungen, die sich in den Sälen des Reichstages befinden, die direkte Verantwortung Hermann Göring am Reichstagsbrand 1933 beweisen.

Görings persönliche Anweisungen beauftragten den getreuesten Helfer Martin Bormann, der die Bombe das Feuer zu legen, das der Reichstageshohen Vorstand zur Verantwortung außerordentlicher Machtbefugnisse in Deutschland hat. Bormann wurde noch in der gleichen Nacht, am 27. Februar 1933, festgenommen, verurteilt neun Monate im Gefängnis und wurde schließlich auf

solche Aussagen der Nazis, einschließlich Göring, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Göring hat sich später Hitler gegenüber seines großen Erfolges in der Organisation dieses Brandes gerühmt.

Der frühere „Rang Nummer 2“ hatte so viel Vertrauen in diesen seinen Anführer gesetzt, daß das Dekret, mit dem der belagerte Reichspräsident Hindenburg den Nazis außerordentliche Machtbefugnisse erteilte, schon in den Sälen der Reichstageshohen Vorstandes unterzeichnet hatte. Göring hatte es schon vor dem Brand vorbereitet.



Machtübertragung an den deutschen Faschismus

Weltweit wird der 27. Januar, der Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee, als Gedenktag für die Opfer der nazistischen Barbarei begangen. In Deutschland erklärte die VVN-BdA schon vor über 25 Jahren: „Wer des 27. Januar 1945 gedenkt, muss auch den 30. Januar 1933 mitdenken. Ursachen und Herkunft des Faschismus sind notwendige Bestandteile jeder Erinnerungsarbeit. ... Das Gedenken an die Opfer muss verbunden sein mit der Erinnerung daran, wer die Täter waren. Das heißt: Benennung der Schuldigen und der Nutznießer an der Errichtung der nazistischen Herrschaft in Deutschland und an der Entfesselung des Krieges.“

In diesem Sinne erinnert auch die FIR an die Machtübertragung an die Hitler-Regierung am 30. Januar 1933, mit der die Voraussetzungen geschaffen wurden, eine faschistische Herrschaft in Deutschland zu errichten, die im faschistischen Expansionskrieg und der millionenfachen Ermordung von Menschen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern mündete, also Auschwitz hervorbrachte.

In früheren Jahren wurde Hitler gern als „Betriebsunfall der Geschichte“ angesehen und der Begriff „Machtergreifung“ signalisiert, dass der 30. Januar „schicksalhaft“ über das Land gekommen sei. Damit verdrängte man die Erkenntnis, welche gesellschaftlichen Kräfte ein

Interesse an der Errichtung und Etablierung der faschistischen Herrschaft hatten. Tatsächlich waren es einflussreiche Gruppen der gesellschaftlichen Eliten – rechte Parteien, Großunternehmer und Bankiers, Großgrundbesitzer, Akademiker, Kirchen, Vertreter des Militärs, die ein Interesse an der Umgestaltung der Weimarer Republik im Sinne eines autoritären, antiparlamentarischen Herrschaftssystems hatten. Diese Machtgruppen hatten sich für die reaktionärste Variante bürgerlicher Herrschaft entschieden, die nun mit der Ernennung der Hitler-Regierung am 30. Januar 1933 umgesetzt werden sollte.

Mit dieser Machtübertragung wurden die Weichen für die Etablierung der faschistischen Herrschaft gestellt. Reichspräsident Paul von Hindenburg erließ Notverordnungen, die den Weg freimachten für Versammlungsverbote, Zeitungsverbote und Verhaftungen politischer Gegner. Am 4. Februar wurde der Reichstag aufgelöst. Bis zu Neuwahlen, die bereits unter illegalen Bedingungen stattfanden, agierte die Hitler-Regierung ohne parlamentarische Kontrolle. SA, SS und „Stahlhelm“ wurden als „Hilfspolizei“ eingesetzt. Die Ausweitung des staatlichen Verfolgungsapparates in den ersten Wochen der Hitler-Regierung schuf die

Instrumentarien für den Terror und die Verfolgung politisch Andersdenkender. Insbesondere die Arbeiterbewegung – ihre Parteien, Gewerkschaften und 27. Februar 1933 waren der sichtbare Ausdruck der Errichtung einer terroristischen Herrschaft in Deutschland. Am 1. April fanden die ersten staatlich organisierten Boykottaktionen gegen jüdische Menschen statt.

Die FIR erinnert aber auch daran, dass deutsche Antifaschisten schon vor 1933 vor dieser faschistischen Barbarei gewarnt hatten. Trotz Verfolgung setzten sich von 1933 bis 1945 viele Frauen und Männer, bei Gefahr für ihre Freiheit, Gesundheit oder gar ihr Leben, für die antifaschistischen Überzeugungen, für aus politischen oder rassistischen Gründen Verfolgte und gegen die Vorbereitung des Krieges ein. Sie sind ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte.

Wer heute an die Machtübertragung an die NS-Regierung erinnert, erinnert nicht nur an ein geschichtliches Ereignis. Auch heute stellt sich die Frage, wie die politisch und ökonomisch Mächtigen mit demokratisch-parlamentarischen Prinzipien umgehen. Das politische Erstarken der AfD und ihre Vorstöße zur Relativierung der NS-Verbrechen machen

Otto Wels: Seine Rede im Reichstag

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Mit diesen Worten begründete Otto Wels am 23. März 1933 das „NEIN“ der Sozialdemokraten zum Ermächtigungsgesetz, das einen Tag später verabschiedet werden sollte. Von den 94 Sozialdemokraten, die geschlossen als einzige Partei gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, bezahlten 24 mit ihrem Leben. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD als „volks- und staatsfeindliche Organisation“ verboten. Die Abgeordneten der Kommunistischen Partei wurden vorher bereits verhaftet. Es waren die letzten freien Worte, die für 13 Jahre in einem deutschen Parlament erklingen sollten.

Kulturorganisationen – wurde verfolgt. Massenverhaftungen von über 10.000 politischen Gegnern des Naziregimes nach dem inszenierten Reichstagsbrand am ebenfalls deutlich, dass die Erinnerung an den 30. Januar 1933 kein nur historisches Thema ist. Die Verteidigung der demokratischen und sozialen Freiheiten in Deutschland und Europa sowie der gesellschaftliche Widerstand gegen Rechtsentwicklungen, antidemokratische und rassistische Tendenzen und politische Kräfte, die diese Form faschistischer Krisenbewältigung und Herrschaft propagieren, bleiben aktuell. Die deutschen Antifaschisten haben dazu vor vielen Jahren die klare Losung formuliert: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“

Im Sinne des Vermächnisses der Überlebenden, wie es in dem Schwur der Häftlinge von Buchenwald vom 19. April 1945 heißt, wirken die FIR und ihre Mitgliedsverbände auch 90 Jahre nach dem Beginn der faschistischen Herrschaft in Deutschland für „die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln“ und den „Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“.





DAS JAHR 1943

Deutsche Massenmorde im „Totalen Krieg“

Das Warschauer Ghetto

„Mit Gewalt aus Bunkern hervorgeholt“

Am 19. April 2023 jährte sich zum 80. Male der Aufstand im Warschauer Ghetto. Im größten organisierten Aufstand der jüdischen Bevölkerung Polens gegen die deutschen Besatzer schaffte es eine Gruppe schlecht bewaffneter Kämpfer Widerstand zu leisten.

Die Liquidierung des Warschauer Ghettos von Warschau ist nur einer von zahlreichen Massenmorden, die 1943 von deutscher Hand verübt wurden. Allein diesem Massaker fallen fast 60.000 Menschen zum Opfer.

Vier Wochen nach dem Beginn des deutschen Überfalls auf Polen besetzte die Wehrmacht Ende September 1939 Warschau. Die jüdische Gemeinde dort war mit über 380 000 Mitgliedern die größte Europas und umfasste ungefähr ein Drittel der Bevölkerung in der polnischen Hauptstadt. Die gesamte jüdische Gemeinde unterlag mit Beginn der deutschen Besatzung einer Vielzahl willkürlicher Zwangsmaßnahmen, zu denen die

Heute vor 80 Jahren

**BEGINN DER
DEPORTATIONEN AUS
DEM WARSCHAUER
GHETTO**

Kennzeichnungspflicht, eine erhebliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Beschlagnahme jüdischen Eigentums und gewalttätige Übergriffe zählten. Erste Schritte einer Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung unternahm die deutsche Besatzungsmacht im November 1939, als der Militärbefehlshaber einen überwiegend von Juden bewohnten Teil der Altstadt zum „Seuchensperrgebiet“ erklärte, das von deutschen Soldaten nicht betreten werden durfte. Nach einer Reihe unterschiedlicher Verordnungen und Planungsansätze erfolgte am 2. Oktober 1940 der Befehl zur endgültigen Bildung eines Ghettos. Innerhalb von 6 Wochen mußte die gesamte jüdische Bevölkerung in das festgelegte Gebiet ziehen, während die dortigen nichtjüdischen Anwohner gezwungen wurden, ihre Wohnungen zu verlassen.

Zwischen Juli und September 1942 deportierten die deutschen Besatzer mehr als 240.000 Juden aus dem Warschauer Ghetto in das Vernichtungslager Treblinka. Die jüdischen Widerstandsorganisationen beschlossen, ein Zeichen zu setzen und sich gegen die Liquidierung des Ghettos mit Waffengewalt zu wehren. Am 19. April 1943 erhoben sich die im Warschauer Ghetto verbliebenen Juden gegen die SS-Truppen.

Wegen des Aufstandes konnten weitere Deportationen zumindest für einige Tage verhindert werden. Der Kampf der schlecht ausgerüsteten Aufständischen war ebenso verzweifelt wie aussichtslos. Am 16. Mai erklärte die SS die Kämpfe für beendet.



Während der rund vier Wochen dauernden Kämpfe wurden mehr als 56.000 Juden von der SS- und Polizeieinheiten getötet oder in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Nur wenigen gelang die Flucht. Das Areal, auf dem sich das Ghetto befunden hatte, wurde Häuserblock für Häuserblock gesprengt.

Willy Brandts große Geste: Der Kniefall am 7. Dezember 1970 ebnete den Weg zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschland. In Deutschland

stieß er in jener Zeit auf Widerstand.

Nur 30 Sekunden lang kniet der Bundeskanzler. Doch in dieser halben Minute schrieb Willy Brandt

Geschichte. Im Dezember 1970 hatte Brandt als erster Bundeskanzler polnischen Boden betreten. Erst 25 Jahre ist damals der Zweite Weltkrieg vorbei, die Besatzung Polens, das Morden der Deutschen an der polnischen



Bevölkerung. Brandt ist nach Warschau gereist, um einen Neuanfang in den deutsch-polnischen Beziehungen zu wagen. Willy Brandt bekennt sich zu einer Schuld, an der er selber nicht zu tragen hat, und bittet um eine Vergebung, die er selber nicht bedarf.

1943 Totaler Krieg und Feuersturm

Die zweite Kriegsphase – ein Rückblick

Nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie an der Ostfront und der Kapitulation der Heeresgruppe Nordafrika beginnt 1943 die Endphase des Zweiten Weltkrieges. während Propogandminister Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 unter dem unmittelbaren Eindruck der Katastrophe von Stalingrad in einem frenetischen und vor 3000 ausgesuchten Anwesenden in einer ekstatisch bejubelten Rede im Berliner Sprotpalast an den Durchhaltewillen der deutschen Bevölkerung den „Totalen Krieg“ proklamierte. Die NS-



Propaganda leugnet die Niederlagen und jede Opposition wird unbarmherzig verfolgt und Deutschland erlebt verheerende Bombenangriffe der Westalliierten, die viele Städte in Schutt und Asche legten.

Foto: Stalingrad



27. Januar 1945:

Auschwitz – Befreiung und Todesmarsch

Der Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz ist heute



Internationaler Holocaust-Gedenktag

Auschwitz ist ein Synonym für millionenfachen Mord, für Folter und Menschenversuche, für eine bis ins letzte geplante Vernichtungsmaschinerie – für Unmenschlichkeit schlechthin. Die industrielle Tötung von Millionen Menschen, die nach den Regeln der Bürokratie zweckrational und routinemäßig vollzogen wurde, ist eine unfassbare Perversion.

Am 27. Januar 1945 erreichte die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz und befreite rund 7.000 schwer kranke Überlebende. Zuvor waren die marschfähigen Häftlinge von SS - Wachen in Richtung Westen abgeführt worden. So erlebte der Großteil der Gefangenen die Befreiung des Lagers nicht mit, sondern befand sich bereits auf einem als Evakuierung deklarierten, grausamen Todesmarsch, bei dem viele ihr Leben verloren, oft erschossen wurden. Die Kolonnen zogen durch die Dörfer und Städte; die Marschierenden starben vor den Augen der Bevölkerung.

Tag gegen das Vergessen: Dortmunder Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Zum „**Tag gegen das Vergessen**“, an dem der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und der Millionen Opfer des Naziregimes gedacht wird, lud das **BORUSSEUM** zu einer Erinnerungsveranstaltung in den Signal Iduna-Park.

Thema am 26. Januar 2023 waren „**Dortmunder Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus**“. Der Raum „Hansaplatz“ in der Nordtribüne war mit etwa 300 Personen sehr gut gefüllt, darunter auch das BVB-Vereinspräsidium um den neuen Vereinspräsidenten Dr. Reinhold Lunow. In seiner Begrüßung hob dieser hervor, dass sich der BVB 09 aus seiner Tradition heraus gegen jegliche Diskriminierung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einsetze. Der BVB sei sich bewusst, dass er hier in der Zivilgesellschaft und in seiner Wirkungsbreite eine wichtige Aufgabe habe.



Akteure des Abends „WeRemember“: 3.v.l. Dr. Wilfried Harthan, Bildmitte BVB Präsident Dr. Reinhold Lunow, rechts Peter Sturm

Seit vielen Jahren engagiert sich der BVB mit seiner „Antidiskriminierungsarbeit“ in der Stadt und in der Region. Mit der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache und weiteren zivilgesellschaftlich Akteuren der Gedenk- und Erinnerungsarbeit wird eine intensive Partnerschaft gepflegt.

„Die Widerständigen hat es damals gegeben, am Borsigplatz und anderswo. Und daran soll heute erinnert werden“, so Dr. Wilfried Harthan von der AG Tradition der Fan- und Förderabteilung. Wilfried Harthan, Mitglied und Revisor im Förderverein der Gedenkstätte Steinwache-Rombergparkkomitee ist auch engagiert im Fanclub „Heinrich Czerkus“ und

mitverantwortlich für den „Tag gegen das Vergessen“ im Rahmen der BVB-Erinnerungskultur.

Gemeinsam mit dem Historiker Dr. Rolf Fischer wurde in berührenden Vorträgen an Charlotte Temming, Martha Gillessen, Johanna Melzer und Marga Spiegel erinnert, ihre Biografien vorgestellt, aus ihren Briefen, Gedichten und ähnlichen Veröffentlichungen zitiert. Die Lesungen von Kirsten Zeidler, Käthe Kraus und Charlotte Claaßen gaben den vier Frauen eine Stimme und sorgten für Gänsehaut im Publikum.

Vier mutige Dortmunderinnen gingen durch ihren Widerstand ein großes Risiko für ihr eigenes Leben und das ihrer Familien ein. Sie blieben standhaft und widersetzten sich dem Regime. Zwei von ihnen waren in die konspirative Arbeit der verbotenen kommunistischen Partei eingebunden, die zwei anderen waren als Jüdinnen der rassistischen Judenverfolgung



ausgesetzt. Martha Gillessen gehört zu den Opfern in der Bittermark aus den letzten Tagen des Krieges.

Begleitet wurde der Abend musikalisch von Dr. Maik Hester am Akkordeon, gemeinsam mit Peter Sturm mit Gesang und Gitarre.

Ein berührender und nachdenklicher Abend für

ein großes Publikum aller Altersgruppen, natürlich schwarz-gelb geprägt.

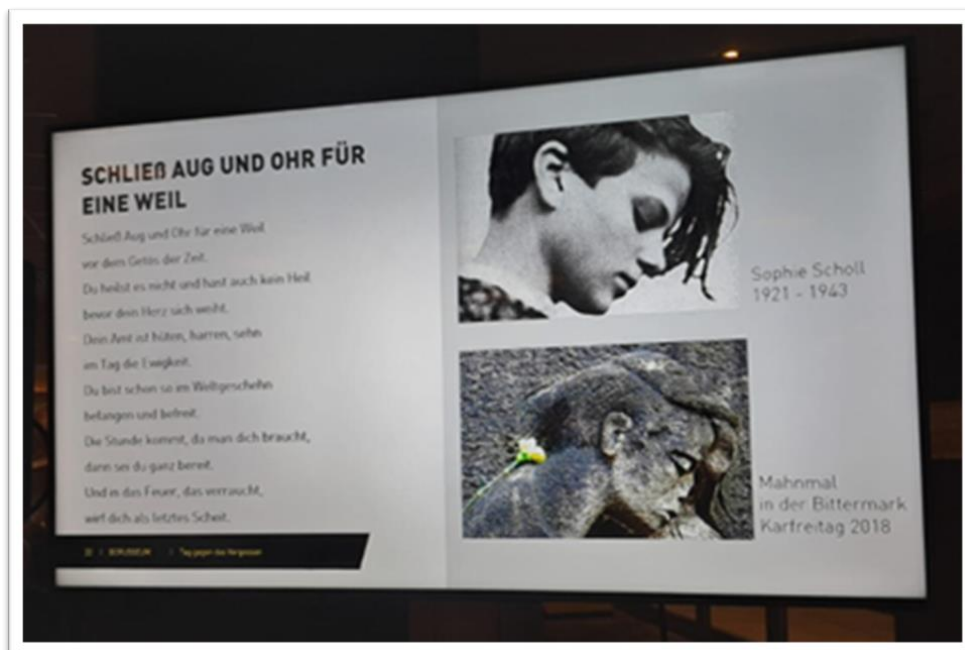
Georg Deventer / Quellen: BVB verbindet – Borusseum.



Georg Deventer, Irina Marschewski, Dr. Wilfried Harthan



Eine beeindruckende Besucherzahl im VIP-Bereich/ Nordtribüne des Signal-Iduna-Parks



Auch im Relief verewigt im Mahnmal Bittermark – Sophie Scholl

Ein Buch über Willi Hoffmeister



Das Buch von Ulrich Sander und Felix Oekentorp handelt von einem wahren Vertreter der Arbeiter-Klasse, einem Gewerkschafter, Antifaschisten, Friedenskämpfer und Kommunisten. Willi war nicht der große Redner, nicht die Galionsfigur, nicht der Frontmann für die Schlagzeilen. Er war einer, der alles zusammenhielt, der alles in Gang hielt, auf den man sich verlassen konnte.

Der Stahlarbeiter Willi Hoffmeister setzte sich als Betriebsrat unermüdlich für seine Kolleginnen und Kollegen in der Stahlindustrie ein, er war Ostermarschierer der ersten Stunde und als Streiter für die Gerechtigkeit ein Vorbild. Er schrieb seine Erinnerungen auf, und legte damit – wie lange keiner mehr – ein literarisches Zeugnis aus der Arbeiterwelt und dem Leben kleiner Leute ab. Seine Autobiografie handelt vom lebenslangen Kampf für ein anderes, ein besseres Deutschland, für ein Land ohne Rüstung und Militär, ohne Nazis, ein Land, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht das Kapital. Hoffmeister genoss höchstes Ansehen im Betrieb und in der Region Dortmund. Am 30. Juli 2021 erhielt er am Krankenbett das Bundesverdienstkreuz am Bande, beantragt vom DGB. Obwohl Willi die Auszeichnung auch kritisch sah, hat er sich über diese Würdigung seiner politischen Arbeit gefreut. Er widmete es auch der Friedens- und Arbeiterbewegung an der Ruhr.



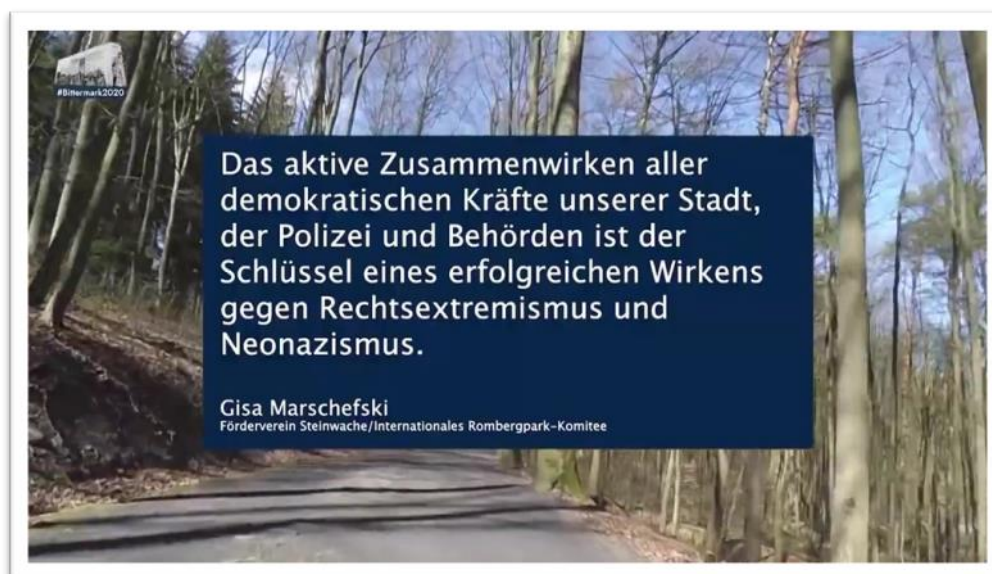
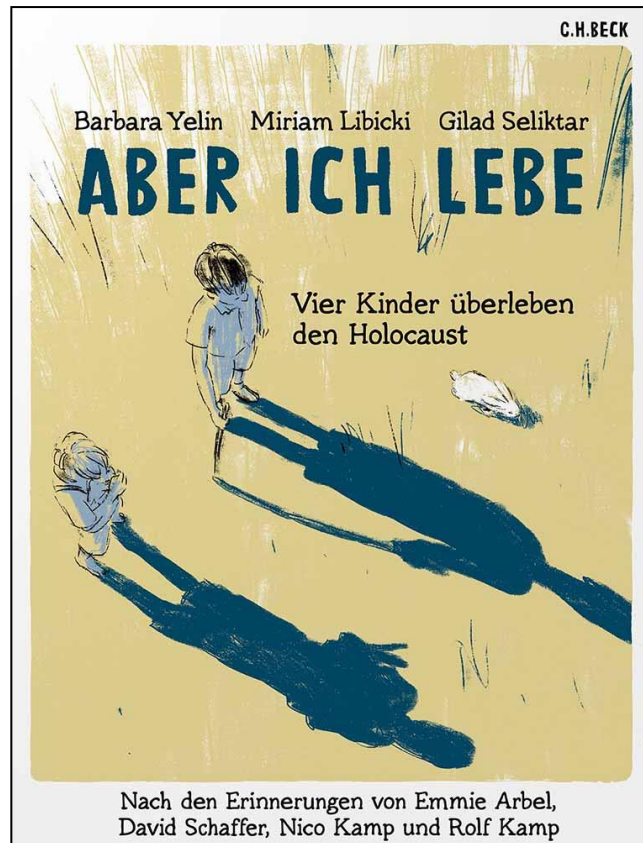
DEMOKRATIE leben!
DORTMUND 

Aus Anlass des Holocaustgedenktaages

fand am 19. Januar in der Rotunde des MKK eine Comic-Lesung und ein Gespräch mit Barbara Yelin und Prof. Dr. Feuchert statt. **Es ging um die Frage, wie in einer Graphik die Schoa erzählt werden kann.** Dieser Frage ist die Comiczeichnerin Barbara Yelin in einem Projekt mit zwei anderen Zeichnern*innen nachgegangen. Die drei haben sich mit Erinnerungen von vier Zeitzeugen, die als Kinder den Holocaust überlebten, auseinandergesetzt. Yelin stellte das Buch „Aber ich lebe“ vor und hat danach mit Professor Feuchert von der Arbeitsstelle Holocaustliteratur über die Frage gesprochen, welche Möglichkeiten diese Darstellungsform bietet und wo ihre Grenzen liegen.

Es handelte sich um eine Kooperationsveranstaltung der Steinwache mit dem Museum für Kunst und Kulturgeschichte, der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit, der VHS und der Auslandsgesellschaft.

Mitglieder des Fördervereins haben ebenfalls daran teilgenommen.



VOR 80 JAHREN IN DORTMUND

Mit der Straßenbahn in Richtung Vernichtungslager

Am 2. März 1943 fand die letzte große Deportation Dortmunder Jüdinnen und Juden statt. Der Weg in die Vernichtungslager Auschwitz begann mit einer Straßenbahnfahrt.

Auf der Straßenbahn, die auf der Linie U43 durch Dortmund fährt, erinnert an 1.973 Dortmunder Jüdinnen und Juden, die im Holocaust ermordet wurden. Einige Hundert von ihnen mussten am 2. März 1943 den Weg in den Tod antreten. Die Deportation ins Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz begann mit einer Straßenbahn. Die Gaststätte „Die Börse“ an der Steinstraße und die Gaststätte „Deutsches Haus“ in Brackel waren Ausgangspunkt für Deportationen nach Auschwitz und Theresienstadt, die über den Südbahnhof in Dortmund abgewickelt wurde.

DSW21 erinnert mit einer Straßenbahn, einer Gedenkbahn, an die Gräueltaten der Nazis und die Deportationen der jüdischen Bevölkerung im Jahre 1943.

Georg Deventer hat im Leserforum der Ruhr-Nachrichten am 1. März 2023 einen Kommentar geschrieben:

Die neue „Erinnerungsbahn“ der Stadtwerke erinnert an die NS-Zeit und die Deportationen Dortmunder Juden in die Vernichtungslager. Auch nach 80 Jahren ist und bleibt das Erinnern quasi eine „Ewigkeitsaufgabe“ für unsere Stadtgesellschaft. Die Aktion der Stadtwerke trägt in hervorragender Weise dazu bei, das dunkelste Kapitel unserer Geschichte vor dem Vergessen zu bewahren.

Wir werden ermahnt, uns immer wieder von Neuem nationalsozialistischer Überheblichkeit, Machtfantasien und rassistischem Wahn mit aller Kraft entgegenzusetzen. Dass die Stadtwerke nun auch einen Historiker beauftragen, die NS-Zeit in Dortmund und dabei besonders die Rolle der Stadtwerke aufzuarbeiten, ist ein guter Beitrag im Gesamtkonzept unserer Erinnerungskultur.





Barbara Samuel, Nachfahrerin einer jüdischen Familie, betrachtet die auf der Stadtbahn wiedergegebenen Namen der Holocaust-Opfer, unter denen sich auch ihre Großeltern und eine Tante befanden.

Fotos: DSW21



Arbeitsstelle: Zukunft braucht Erinnerung

Durch die Arbeitsstelle „Zukunft braucht Erinnerung“ werden junge Menschen in ihrer Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Hintergründen und den aktuellen Ausprägungen nationalsozialistischen Gedankenguts fachlich begleitet und bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützt.

In der Arbeit mit den Jugendlichen wird der Bogen vom Gedenken zum Handeln geschlagen. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte führt zu einer Auseinandersetzung mit dem Lebensumfeld der jungen Menschen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

Junge Menschen werden bei Projekten lokaler Spurensuche begleitet. Sie begeben sich auf die Spuren von NS-Opfern, erstellen Biografien dieser Personen und erkunden historisch bedeutsame (Gedenk-) Orte. Im Rahmen von Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Ausstellungen werden die Ergebnisse dieser Projekte präsentiert. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Stolpersteinverlegungen in Dortmund, die seit 2011 vom Jugendring Dortmund koordiniert werden. Die Begleitung und Gestaltung eines würdigen Rahmens bei der Verlegung sowie die Übernahme von Patenschaften können so von Jugendgruppen und Schulklassen übernommen werden.



Die „Botschafter*innen der Erinnerung“, die über diese Arbeitsstelle begleitet werden, engagieren sich für die Menschenrechte und gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie sind authentische Vorbilder, Gesprächspartner*innen und Gedankengeber*innen für Gleichaltrige.



Der Besuch von Orten nationalsozialistischer Verbrechen und das Gespräch mit den Opfern zeigen in besonderer Weise die barbarische Missachtung der Menschenrechte durch die NS-Diktatur auf, fördern so die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

Seit April 2023 ist Fabian Karstens für die inhaltliche Arbeit der „Arbeitsstelle Zukunft braucht Erinnerung“ verantwortlich. Fabian ist

seit 2012 als Botschafter der Erinnerung aktiv und in dieser Rolle auch seit einigen Jahren, beratendes Mitglied im Vorstand unseres Fördervereins.

Bei Fragen und Anregungen erreicht ihr ihn unter fabian.karstens@jugendring-do.de

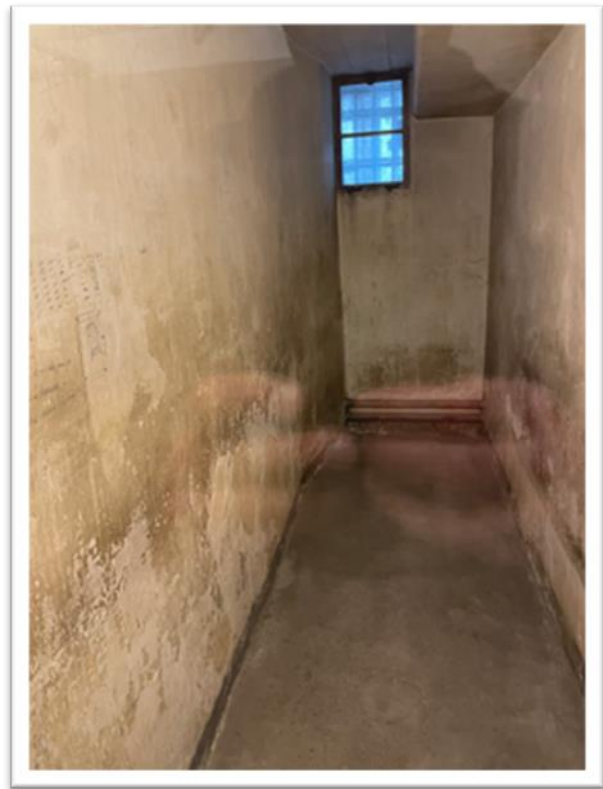
Besuch des NS-Dokumentationszentrums EL-DE-Haus in Köln am 6. April 2023



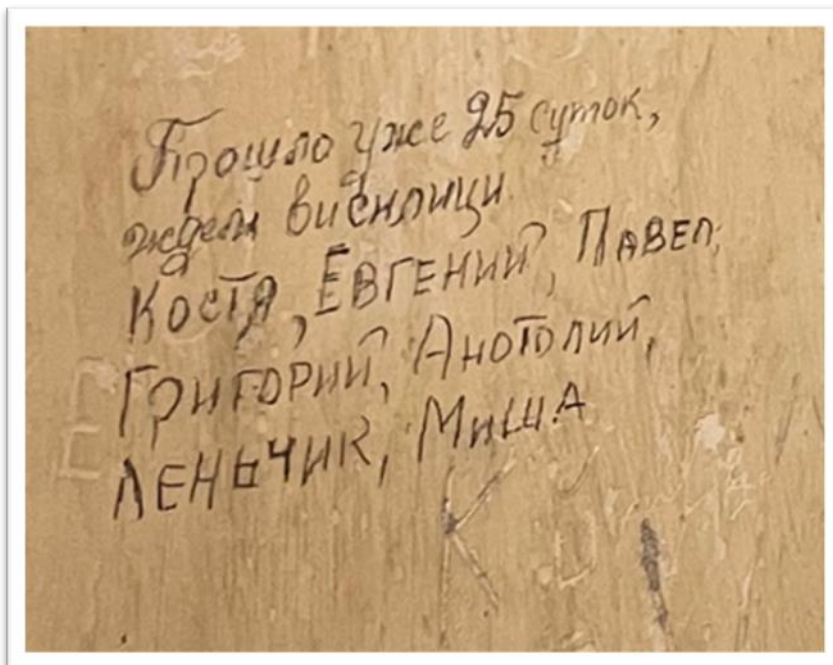
20 Mitglieder besuchten am Gründonnerstag des Dokumentationszentrum in Köln. Das NS-Dokumentationszentrum widmet sich dem Gedenken, Erforschen und Vermitteln der Geschichte Kölns im Nationalsozialismus. In diesem Gebäude befand sich vom Dezember 1935 bis März 1945 die Zentrale der Kölner Gestapo.

Sein Name wurde zum Inbegriff der NS-Gewaltherrschaft in Köln, aber auch für den Umgang und die spätere Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte der Stadt nach 1945.

Für die Gestapo besaß das repräsentative Gebäude mitten im Herzen der Stadt eine ausgezeichnete Lage, befand es sich doch in unmittelbarer Nähe des Polizeipräsidiums in der Krebsgasse, des Gerichtsgebäudes und des Zentralgefängnisses Klingelpütz. Die Gestapo ließ das Gebäude für ihre Zwecke umbauen: In den vorgesehenen Wohnräumen wurden Büros eingerichtet und in den oberen von zwei Kellergeschossen das Hauptgefängnis mit zehn Zellen geschaffen.



Zellen im Kellergeschoss mit vielen bewegenden originalen Wandschriften



Inschrift Nr. 911 in Zelle 10

Übersetzung aus dem Russischen:

Es sind schon 25 Tage vergangen, wir warten auf den Galgen

Kostja, Jewgeni, Pawel, Grigori, Anotoli, Ljontschik, Mischa.

Quelle: Werner Jung (Hrsg): Wände, die sprechen – Die Wandinschriften im Kölner Gestapogefängnis im EL-DE-Haus, Emons Verlag 2014, S. 280



Die Gruppe im Gespräch mit dem Co-Vorsitzenden des Fördervereins des EL-DE-Hauses Martin Sölle und mit Dieter Grützner



Nach dem Besuch des EL-DE-Hauses ein Gruppenfoto auf der „Breite Straße“ in Köln
(Fotos: Ralf Brinkhoff)

Das Gedächtnis der Menschheit

Bertolt Brecht – geschrieben 1952

Das Gedächtnis der Menschheit
für erduldete Leiden ist erstaunlich kurz.
Ihre Vorstellungsgabe für kommende
Leiden ist fast noch geringer.



Die Beschreibungen,
die der New Yorker
von den Gräueln der Atombombe erhielt,
schreckten ihn anscheinend nur wenig.
Der Hamburger ist noch umringt von den Ruinen,
und doch zögert er,
die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben.
Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen.
Der Regen von gestern macht uns nicht nass sagen viele.

Diese Abgestumpftheit ist es,
die wir zu bekämpfen haben,
ihr äußerster Grad ist der Tod.
Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote,
wie Leute, die schon hinter sich haben,
was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen,
dass es aussichtslos ist,
der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.
Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen,
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!
Lasst uns die Warnungen erneuern,
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!
Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.

Karfreitag 2023

GEMEINSAM GEDENKEN

AN DIE OPFER DER NAZI-MASSEN MORDE 1945



AM MAHNMAL BITTERMARCK
KARFREITAG • 07. APRIL 2023 • 15.00 UHR

dortmund.de

Stadt Dortmund



Veranstaltung in der Bittermark

„Das Begehren für den Frieden ist aktueller denn je“



Eröffnung durch Bürgermeister Norbert Schilff

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste aus dem In- und Ausland, sehr geehrte Frau Godard, sehr geehrter Herr Deventer,

ich begrüße Sie alle, insbesondere unsere Freundinnen und Freunde aus Frankreich und den Niederlanden hier in der Bittermark, um an diesem Karfreitagsgedenken teilzunehmen.

Wir sind heute zusammengekommen, um der unschuldigen Opfer des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, die hier in der Bittermark und im Rombergpark ihr Leben verloren haben.

Dieser Ort ist ein Mahnmal für die Gräueltaten des Krieges und für die Notwendigkeit des Friedens.

Und das Begehren für den Frieden ist aktueller denn je, vor einem Jahr standen wir hier an dieser Stelle und hatten die Hoffnung, dass der Krieg in der Ukraine schnell vorbeigeht.

Doch der Krieg in Europa ist nicht vorbei. Er markiert eine Zeitenwende, seitdem ist nichts mehr, wie es war. Es wütet immer noch ein Krieg auf unserem Kontinent, keine „militärische Operation“, nein! Es ist der größte Landkrieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Aufgebaut auf Lügen und Demagogie, geschürt durch falsche Informationen und weiter angefacht durch eine ständig zunehmende Drohkulisse. Es ist wie damals.

Und es ist doch anders, denn heute verfügt die Menschheit über Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Nazizeit – und sie hätte lernen können.

All die Hoffnungen und all die Mahnungen, die wir seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hier an diesem Mahnmal ausgesprochen haben sind gerade ad Absurdum geführt. Es ist eine Zeit der Unsicherheiten und Ängste. All die Folgen des Krieges, jedes Krieges, den die Menschen erleiden müssen, sind unabsehbar. Dabei reicht doch nur ein Blick in die Geschichte, um uns an unser dunkelstes Kapitel zu erinnern. Und deswegen stehen wir heute gemeinsam hier zusammen.

Verehrte Gäste, meine Damen und Herren,

Aber heute haben wir uns versammelt, um den Opfern zu gedenken und uns zu verpflichten, uns für eine Welt einzusetzen, in der so etwas nie wieder geschieht. Das ist so wichtig.

Und ich werde nicht nachlassen, immer wieder darauf hinzuweisen. Denn warum sind solche Termine wie der heutige zum Gedenken an die Opfer nicht nur Anlässe, um zurückzublicken, sondern auch nach vorn zu schauen? Weil sie belegen, was passiert, wenn wir uns nicht wehren. Wenn wir nicht zusammenstehen und, vor allem, zusammenhalten. Heute und in der Zukunft.

Dieses Mahnmal ist in Stein gemeißelte Warnung an uns alle – und alle die, die noch kommen werden. Das Mahnmal ist dem Wetter ausgesetzt, wird altern und vielleicht etwas verwittern. Dennoch mahnt es uns immer wieder, nicht zu vergessen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde,

am 4. April 2006 wurde Mehmet Kubasik in der Nordstadt von Neonazis erschossen, am Dienstag in dieser Woche haben wir seiner in Dortmund gedacht.

Die NSU-Morde haben uns gezeigt, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft noch immer ein großes Problem darstellen. Vor über zehn Jahren hat uns der NSU mit seinen abscheulichen Taten erschüttert und eine Wunde in unsere Gesellschaft gerissen, die bis heute nicht verheilt ist. Und auch wenn schon wieder viel Zeit vergangen ist, niemand kann versichern, dass sich nicht irgendwo neue Gruppierungen im Untergrund bilden und weiterwachsen. Jedem muss klar sein, Radikalismus fängt klein an! Wir dürfen nicht zulassen, dass solche Taten jemals wieder passieren. Wir müssen uns gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung stellen und uns für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen. Wir müssen unsere Stadt zu einem Ort machen, an dem jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft, seinem Glauben oder seiner Hautfarbe sicher und willkommen ist.

Meine verehrten Damen und Herren, verehrte Gäste,

der Karfreitag ist ein christlicher Feiertag in vielen Ländern dieser Erde. Am Karfreitag 1945 war nichts hier in der Bittermark. Hass, Gewalt, Brutalität und Sterben beherrschten damals diesen Ort hier. Und heute?

In dieser schwierigen Zeit, in der die Welt mit Herausforderungen wie Pandemien, wirtschaftlicher Unsicherheit, politischen Konflikten und Kriegen konfrontiert ist, ist es wichtiger denn je, dass wir auf die Werte des Friedens und der Freiheit und der Gerechtigkeit besinnen. Wir sollten uns bewusst machen, dass es jede und jeder von uns in der Hand hat, unsere Welt zu einem besseren Ort zu machen.

Als Bürgermeister dieser Stadt verpflichte ich mich, alles zu tun, um sicherzustellen, dass unsere Stadt eine Stadt des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit Liebe bleibt. Wir müssen uns auf das Positive konzentrieren und uns auf eine bessere Zukunft für uns alle einsetzen.

Meine Damen und Herren,
ich danke Ihnen allen für Ihr Kommen heute und für Ihr Engagement für Frieden und Liebe. Bedanken möchte ich mich auch bei dem Kinderchor, dem Posaunenchor und den Botschaftern der Erinnerung. Und ebenso bedanke ich mich bei den Teilnehmern des „Heinrich-Czerkus-Gedächtnislaufes“. An der Organisation des diesjährigen Karfreitagsgedenkens haben so viele Menschen mitgewirkt, dass ich sie an dieser Stelle gar nicht alle aufzählen kann. Ihnen allen möchte ich meinen Dank aussprechen. Möge das Gedenken an die Opfer der Bittermark uns dazu inspirieren, uns für eine bessere Welt einzusetzen. Vielen Dank.

Frau Nicole Godard, Vizepräsidentin des Verbandes der französischen Zwangs- und Arbeitsdeportierten, hat auch in diesem Jahr wieder eine beeindruckende Rede gehalten, ergänzt durch Botschafter der Erinnerung aus Frankreich.

Unteres Foto:

Ein Beitrag der Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung beleuchtete die Schicksale einzelner NS-Opfer.





[Georg Deventer hielt erstmal als Vorsitzender eine Rede, die wir hier wiedergeben:](#)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Norbert Schilff, sehr geehrte Frau Godard, liebe Gäste aus dem In- und Ausland, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde.

Erneut erinnern wir heute an dieser denkwürdigen Stelle an die Mordtaten der Gestapo und der Sicherheitspolizei im Rombergpark und in den Bittermarker Wäldern. Wir gedenken der Frauen und Männer, die unmittelbar vor Ende des Krieges einem Verbrechen zum Opfer fielen, dass zu den größten Schandtaten in der Geschichte unserer Stadt zählt.

Im Frühjahr 1945 braute sich überall im damaligen Deutschen Reich eine menschenverachtende Ideologie **mit** dem Chaos und der Panik der letzten Tage des Zweiten Weltkrieges zu einer tödlichen Mischung zusammen. Die Tyrannen des untergehenden Dritten Reiches trieb es aus tödlicher Angst vor ihrer eigenen Zukunft zu diesen mörderischen Taten. Und richtete sich gegen all diejenigen, von denen sie annehmen konnten, sie würden sich nach dem Kriege an den braunen Gewaltherrschern rächen bzw. Zeugnis ablegen über die Untaten.

Mehrere hundert Menschen, Widerstandskämpfer aus Dortmund, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus der damaligen Sowjetunion, aus Frankreich, aus Polen, aus Belgien und den Niederlanden wurden ermordet. Unter den Opfern waren auch einige Widerstandskämpferinnen.

Die genaue Zahl der Ermordeten ist nicht bekannt. Eine Liste mit den Opfern in der Bittermark umfasst 114 Namen, darunter auch ausländische Häftlinge. Während insbesondere Namen und Biographien von Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern bekannt sind und in der Vergangenheit hier im Vordergrund standen, ist die Dokumentenlage bei vielen ausländischen Opfern lückenhaft und die Recherche schwierig.



Allen Opfern einen Namen geben. So lassen sich auch heute noch im Stadtarchiv Dokumente über 13 sowjetische Häftlinge finden, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch noch zu den Ermordeten in der Bittermark gezählt werden müssen.

In etwa 20 Mordaktionen wurden seit Ende Februar 1945 Gefangene aus den Lagern und Keller nachts abgeholt, mit Binde- oder Stacheldraht gefesselt und mit Lastwagen zum Rombergpark oder in die Bittermark gefahren.

Die Mordaktionen wurden systematisch vorbereitet. Bereits vorher suchte die Gestapo Bombentrichter aus, stellte die Erschießungskommandos zusammen und vergaß auch die Schaufeln nicht, mit denen die Massengräber anschließend zugeschaufelt werden sollten.

Die letzten Mordtaten fanden am 12. April 1945 statt, kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner in Dortmund.

Wir haben allen Anlass, das dunkelste Kapitel unserer Geschichte vor dem Vergessen zu bewahren. Dies ist nicht nur ein Gebot historischen Andenkens, sondern mahnt uns immer wieder von Neuem, nationalsozialistischer Überheblichkeit, Machtfantasien und rassistischem Wahn mit aller Kraft entgegenzutreten.

In Zeiten, in denen Ängste vor Überfremdung geschürt werden, nach einem starken Staat gerufen wird und unter die nationalsozialistische Vergangenheit ein Schlusstrich gezogen werden soll, in diesen Zeiten hat unser Erinnern und Mahnen nichts von seiner Bedeutung eingebüßt.

Den Nachgeborenen und künftigen Generationen muss immer wieder vor Augen geführt werden, wo es schon einmal geendet hat, als man die Menschenwürde in Deutschland mit Füßen trat, als die Grundprinzipien des mitmenschlichen Umgangs missachtet wurden und einem von Vielen lange bejubelten Führer Allwissenheit und Allmacht zubilligte.

Für uns muss die Erinnerungsarbeit quasi eine Ewigkeitsaufgabe sein.

Die furchtbaren Verbrechen und ihre Opfer entlassen uns heute nicht aus der Verantwortung. Sie mahnen uns zum entschiedenen Eintreten gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, gegen Rechtspopulismus, Homophobie, gegen Neofaschismus und gegen Aufrüstung, Krieg und Gewalt.

Wir wissen, dass Demokratie nicht vom Himmel fällt. Sie muss täglich neu erkämpft werden. Sie alle, die größtenteils schon seit vielen Jahren an den Karfreitagen zum Mahnmal kommen – vielleicht auch schon seit 1960, als das Mahnmal hier eingeweiht wurde – Sie alle bezeugen durch Ihre Anwesenheit das Eintreten gegen das Vergessen und ihre Empathie zu den Opfern.

Und die seit 1960 anhaltend hohen Besucherzahlen hier an den Karfreitagen sind vielleicht ein Beweis dafür, dass eine breite Dortmunder Stadtgesellschaft begriffen hat, dass der Schwur von Buchenwald für sie weiterhin Geltung hat. Wir haben in Dortmund ein „Kultur des Erinnerns“ geprägt, die in diesem Ausmaß kaum mit anderen Städten vergleichbar ist. Dazu gehört der Aktionsplan gegen Rechtsextremismus des Rates und die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, dazu gehören die zahlreichen Mahn- und Gedenkstätten und Erinnerungsorte, dazu gehören mehrere zivilgesellschaftliche Bündnisse, viele Schulen unterschiedlicher Schulzweige, Jugendverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände oder auch Sportvereine - und eben nicht nur der BVB mit seiner Fanabteilung und Antidiskriminierungsarbeit.

Was heute, liebe Anwesende, in den weiterführenden Schulen und Berufskollegs in den Lernstoffen passiert oder nicht passiert, wird morgen gesellschaftliche Wirklichkeit sein. So haben die Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung mit dem Projekt „Gedenken unterwegs“ auch vor Ort an Schulen eine wichtige Aufgabe übernommen.

Und an vielen Schulen sind es engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die Arbeitsgemeinschaften zu Ursachen und Folgen des Faschismus, Rassismus und Nationalsozialismus initiieren, begleiten und nachhaltig stützen.

Anfangs des Jahres hat sich in der Struktur in der Dortmunder rechten Szene etwas geändert, denn die Partei Die Rechte hat sich mit der NPD unter einem neuen Namen „Heimat“ zusammengetan.

Der Verfassungsschutz betrachtet die Partei „Die Rechte“ als aufgelöst und der neu gegründete Kreisverband bestehe nun überwiegend aus ehemaligen Die Rechte-Mitglieder aus der Stadt und Umland. Damit wollen die Neonazis weiter vom Parteienprivileg profitieren. Denn sie haben in der jüngsten Vergangenheit an Personal und Aktionsfähigkeit verloren.

Durch Ermittlungsverfahren der polizeilichen „Sonderkommission Rechts“, mit Anklagen und Strafverfahren, durch das Zustellen von Räumen und durch repressives Zurückdrängen hat die rechte Szene eine deutliche Abwehr erfahren.

Auch wenn führende rechtsextreme Kader Dortmund verlassen haben, besteht kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Denn Sie werden in gemeinsamer Sache mit der NPD neue Wege suchen, ihre Ideologien und Ziele in die Gesellschaft zu tragen.

Und weiterhin dürfen wir den Rechtspopulismus der AfD nicht aus den Augen verlieren, als angeblich deutlich stärkeren Konkurrenten um die rechten und rechtsextremen Stimmen in der Stadt.

Neben der „Heimat Dortmund“, der AfD und ihrem „freundlichen Gesicht des Nationalsozialismus“ dürfen wir auch die Aktivitäten der rechtsextremen türkischen „Grauen Wölfe, Teile des Rockermilieus oder auch die Mischzone der Querdenker und sog. Spaziergänger als Gefahr für unsere Demokratie nicht unterschätzen oder verharmlosen.

Alle notwendigen polizeilichen Maßnahmen haben jedoch nur Erfolg, wenn weiterhin in Dortmund ein breites zivilgesellschaftliches Engagement besteht und für ein offenes, tolerantes Dortmund eintritt, über die Parteigrenzen der demokratischen Parteien hinweg.

Und ich weiß, dass wir uns weiterhin der Unterstützung durch unseren jetzigen Polizeipräsidenten und den Oberstaatsanwalt sicher sein können.

Meine Damen und Herren,

heute erinnern wir hier an die vielen Opfer eines mörderischen Finales 1945.

Und es ist wieder Krieg in Europa. Es war für viele von uns bis zum Februar letzten Jahres noch unvorstellbar, dass es einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine geben könnte. Bilder der Zerstörung, Not und Flucht erreichen uns und erschüttern uns zutiefst.

Die multipolaren Wunschvorstellungen Putins und seiner Generäle und Oligarchen zur Rückkehr nach einem großrussischen Reich wie aber auch der Absolutismus der US-Außenpolitik sind für den Rest der Welt von Übel und Ursachen permanenter Völkerrechtsbrüche dieser und weiterer Großmächte. Die Rückkehr zu Diplomatie und Verhandlungen ist unabdingbar. Die Kriegsparteien sind aufgerufen, die Vermittlungs- und Dialogangebote der Vereinten Nationen und verschiedener Staaten anzunehmen.

Das schreckliche Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine und die vielen toten, jungen russischen wie ukrainischen Soldaten und das Leid ihrer Familien muss ein Ende haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, dem Aufrüstungsstreben weltweit, auch der Bundesregierung, müssen wir eine Absage erteilen. Mehr Waffen haben damals wie heute die Welt nie friedlicher gemacht. Andererseits werden die avisierten 100 Milliarden Euro für zusätzliche Rüstungsausgaben nicht einfach gedruckt, sondern an anderen Stellen fehlen. Wir benötigen dieses Geld für Zukunftsinvestitionen und wir brauchen es für die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

ich habe große Sorge, dass wir einfach nicht aus der Geschichte lernen. Der Mensch als Krümel der Schöpfung ist weit davon entfernt, ihre Krone zu sein. Schon utopisch klingt unsere Maxime „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. Doch aufgeben dürfen wir nicht. Es ist eine bisher unerfüllte Aufgabe, die uns Nachgeborenen in die Hände gelegt ist.

Sie sind alle heute hier in der Bittermark, um jedem einzelnen Opfer zu gedenken. Ihr gewaltsamer Tod in den letzten Wochen des Krieges 1945 ist uns Verpflichtung, gegen Krieg und Gewalt einzutreten. Und bitte kommen Sie nächstes Jahr wieder und bringen jemanden mit, der vielleicht erstmals den Weg zum Mahnmal findet.



Die Kranzschleife unserer niederländischen Freunde (Spende von Jane van Tongeren)



Trotz des Regenwetters gab es in der Bittermark eine große Anteilnahme



mit Dirk Sanke, SPD Brackel-Hellweg

Gedenken auf dem Internationalen Friedhof in Dortmund-Wambel

Begrüßung im Namen des Fördervereins durch Georg Deventer

Seit 2001 führt der Förderverein an den Karfreitagen die Gedenkveranstaltung durch, gemeinsam mit der VVN oder auch in den letzten Jahren mit dem historischen Verein Ar.Kod. zur Erforschung russischer Kriegsopferdaten. Und seit Anfang an nahm auch die SPD im Stadtbezirk Brackel an dem Gedenken teil.

Der Mensch ist erst vergessen, wenn man nicht mehr an ihn denkt. Und so ist es eine wichtige Aufgabe, den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu gedenken.

Gedenkveranstaltungen finden im Laufe eines Jahres im Juni anlässlich des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 oder am Volkstrauertag unter Beteiligung von Schülerinnen und Schülern der Europaschule statt. Auch am 08. Mai eines Jahres wird anlässlich der Befreiung 1945 der Opfer gedacht.

Hier auf dem Internationalen Friedhof ruhen mehrere tausend Menschen, die aus den 15 Republiken der Sowjetunion, aus Polen und Serbien bzw. dem früheren Jugoslawien als Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter ins Ruhrgebiet verschleppt wurden und an Hunger, Krankheit und bei Bombenangriffen ums Leben gekommen sind.

Den Opfern einen Namen geben. Bei der anstehenden Neugestaltung dieses Friedhofes für tausende Menschen ist es wichtig, durch Recherchen ihre Namen und Herkunft herauszufinden. Namen und Geschichten von über 3.000 sowjetischen Opfern sind mittlerweile schon bekannt.

Dieser internationale Friedhof, auch Ausländerfriedhof genannt, ist auch seit 1921 eine jüdische Begräbnisstätte. Am Eingang informiert dazu eine neue Tafel.

Wir beginnen unseren Rundgang zum jüdischen Teil, wo ich ein paar Informationen geben werde. Am sowjetischen Ehrenmal wird Dmitriy Kostovarov sprechen, am polnischen Mahnmal Iris Bernert-Leushacke und zuletzt am serbischen Mahnmal Hannelore Tölke.

Redebeitrag am jüdischen Gedenkstein durch Georg Deventer

Recherchen des Historischen Vereins unter Federführung von Klaus Winter haben jetzt ergeben, dass hier auf dem Feld 1 e an drei jüdische Mitbürger aus Lünen erinnert wird, die während der Pogromnacht am 9. und 10. November 1938 ermordet wurden.:

Siegmond Kniebel, Albert Bruch und Waldemar Elsoffer. Außerdem wurden 1962 in diesem Bereich die Urnen von 13 weiteren jüdischen Mitbürgern aus Dortmund umgebettet, die in den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen ihr Leben lassen mussten.

Seit 2 Jahren erforscht der Historische Verein unter der Projektleitung von Klaus Winter das jüdische Leben in Dortmund, die Bedeutung für die Stadtgesellschaft vor 1933.

Man kann sich im Internet darüber informieren oder auch bei einer Veranstaltung am 14. Mai 2023 um 17 Uhr in der jüdischen Gemeinde.

Eine besondere lobenswerte Aktion ist die neue „Erinnerungsbahn“ der Stadtwerke, die an die Deportationen der Dortmunder Juden auf dem Dortmunder Stadtgebiet erinnert. Die Straßenbahn mit 1.973 Namen fährt seit Ende März auf der Linie U 43. Die Aktion der Stadtwerke trägt in hervorragender Weise dazu bei, das dunkelste Kapitel unserer Geschichte vor dem Vergessen zu bewahren.



Ansprache von Dmitrij Kostovarov am Sowjetischen Ehrenmal

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren!

Würde ich alle bekannten Namen der sowjetischen Kriegsoffer, die hier begraben sind, verlesen, würde das 6 Stunden und 13 Minuten dauern. 4.473 Namen sowjetischer Kriegsoffer sind bekannt, wie viele es wirklich sind, wissen wir bis heute nicht. Diese Menschen sind in Dortmund ums Leben gekommen, sie stammten aus allen 15 Sowjetrepubliken und sehr viele von ihnen kam aus der ukrainischen Republik.

Heute möchte ich an einen Verstorbenen erinnern.

Mark Sabeljewitsch Bolschakow, er wurde am 12. September 1912 geboren, von Beruf war er Elektromonteur. Er stammte aus dem Dorf Lewino im Gebiet Tambow, das auf halber Strecke zwischen Moskau und Wolgograd liegt. Bereits am 23. Juni 1941 geriet er in deutsche Kriegsgefangenschaft und kam in ein Gefangenenlager in Ostpreußen. Er wollte sich mit der Gefangenschaft nicht abfinden und unternahm dort Fluchtversuche. Deshalb durfte er das Lager nicht mehr verlassen. Seine Personalkarte hat den Vermerk „Achtung“ und „Darf nicht mehr in Arbeitseinsatz“.





Mehr als 2 Jahre verbrachte er in Lagern in Ostpreußen. Am 3. September 1943 wurde er in das westfälische Hemer in das Kriegsgefangenenlager Stalag VI A gebracht und von dort zum Arbeitseinsatz auf die Zeche Hugo in Gelsenkirchen - Buer. Dort unternahm er einen weiteren Fluchtversuch, er wurde gefasst und in ein Straflager nach Dortmund auf die Zeche Dorstfeld gebracht.

Gemeinsam mit Alexej Pawlowskij, dessen Bild auf Feld 3 zu sehen ist, unternahm er am 22. Dezember 1943 einen weiteren Fluchtversuch. Bei diesem Fluchtversuch wurden beide erschossen. Mark Bolschakow ist, wie auch Alexej Pawlowskij, auf Feld 3 begraben.

Seit kurzem erinnert eine Holztafel an Mark Bolschakow. Diese Holztafel wurde durch eine private Initiative auf Feld 3 aufgestellt. Aber viele Jahrzehnte gab es für ihn, wie für alle sowjetischen Kriegsoffer keine namentliche Erinnerung. Der Friedhof erinnert auch heute mehr an einen Park als an

eine Begräbnisstätte. Für diesen Ort braucht man täglich so viel Vorstellungskraft.

Stellen wir uns vor, wie der Friedhof Ende 1945 aussah. Überall hier auf 11 Gräberfeldern standen 1.320 weiße Kreuze für Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen und deren Kinder. Auf jedem Kreuz war ein Name. Dazwischen standen auf den 621 Gräbern der verstorbenen Kriegsgefangenen, deren Namen bekannt waren, Holzstangen und Blechschilder mit ihren Namen und Erkennungsmarkennummern.

Mehr als 3.000 verstorbene Kriegsgefangene aus dem Kriegsgefangenenlager Stalag VI D, das in Dortmund an der Westfalenhalle war, wurden laut Sterbebuch anonym begraben, ohne Kreuz, ohne Erinnerung. Stellen wir uns vor, auf diesem Friedhof ständen heute 4.473 Kreuze für die sowjetischen Kriegsoffer, deren Namen wir kennen. Die große Zahl der Kreuze würde das Ausmaß des Leidens und Sterbens der sowjetischen Kriegsoffer augenfällig machen. Doch Kreuze kamen für die Landesregierung Ende der 1950er Jahre nicht in Frage. Die Landesregierung entschied, dass der Preis von 70 DM je Kreuz bei der Vielzahl der Grabmale zu hoch sei. Die Gräber wurden eingeebnet. Es entstand die parkähnliche Anlage, wie wir sie heute sehen.





Erst vor 8 Jahren wurde ein Projekt ins Leben gerufen. Endlich sollten die sowjetischen Kriegsoffer namentlich genannt werden. 58 Stelen aus Marmor sollten auf den Grabfeldern aufgestellt werden. Dieses Projekt wurde bis heute nicht realisiert. Die Stadt Dortmund nennt, trotz Anfrage, bis heute die Gründe nicht. Doch es ist an der Zeit, dass auch der sowjetischen Kriegsoffer mit ihren Namen gedacht wird.



Hannelore Tölke spricht am Jugoslawischen Ehrenmal

Liebe Freundinnen und Freunde.

Die Inschrift auf diesem Ehrenmal lautet: „**PRO PATRIA**“

Den im Kriege gefallenen und verstorbenen Staatsangehörigen des Königreichs Jugoslawien 1941 – 1946 – Denkmal aufgestellt von Königlichen Offizieren und Soldaten!“

106 Menschen aus Serbien, die in Dortmund Zwangsarbeit leisten mussten, sind hier begraben. An sie erinnern wir heute.

Am 6. April 1941 überfiel Hitler-Deutschland mit seinen Verbündeten Jugoslawien. Danach wurde Jugoslawien in zehn Teile mit unterschiedlichen staatsrechtlichen Status aufgeteilt. Kroatien hatte sich bereits am 15. April unabhängig erklärt. Das Deutsche Reich erkannte Kroatien diplomatisch an. Kroatien wurde schnell Verbündeter Nazi Deutschlands. Ungarn und Bulgarien besetzten Teile Serbiens und das rechtliche Serbien wurde unter deutsche Militärverwaltung gestellt.



Die jugoslawischen Kriegsgefangenen behandelte man je nach ethischer Zugehörigkeit sehr unterschiedlich. Die slowenischen, bosniakischen, kroatischen, ungarischen, deutschen (Donauschwaben) und mazedonischen Soldaten – die Hälfte der jugoslawischen Armee – ließ man frei. Etwa 180.000 Serben wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt.

Redebeitrag am Polnischen Ehrenmal von Iris Bernert-Leushacke

Bereits im Oktober 1939 wurden polnische Kriegsgefangene im STALAG VI D an der Westfalahalle Dortmund interniert. Die meisten Kriegsgefangenen wurden in der Landwirtschaft eingesetzt. Im Frühjahr 1940 wurden die meisten Kriegsgefangenen in den „Zivilstatus“ überführt, was bedeutete, die Wehrmacht entließ die Kriegsgefangenen und übergab sie dem Arbeitsamt. Dadurch entfiel der völkerrechtliche Schutz der Kriegsgefangenen, die Menschen wurden zu schutzlosen Zivilisten.

In den Unterlagen des Friedhofs sind 243 polnische Tote verzeichnet ¹, diese Zahl entspricht ungefähr der Zahl der hier am Denkmal aufgeführten Namen. Aber es können durchaus mehr Menschen sein, die in Folge der Zwangsarbeit zu Tode gekommen sein können, denn das STALAG VI D diente auch der Verteilung der Menschen innerhalb des gesamten Wehrkreises VI, zu dem auch Bochum, Witten, das Münsterland gehörte. Auch sind hier die Frauen beerdigt, die im KZ-Außenlager Buchenwald in Dortmund zu Tode gekommen sind. ² Das KZ-Außenlager Buchenwald in Dortmund befand sich an der Huckarder Straße. Seit dem Sommer 2022 gibt es dort endlich eine würdige Gedenkstätte.

Bereits am 7. April 1946 wurde dieses Ehrenmal eingeweiht. Die in Dortmund stark vertretene polnische Community („Polonia“) übernahm die Verantwortung für das Denkmal.

Die Inschrift bedeutet: „Den im Kriege 1939-1945 gefallenen Polen“.

¹ Siehe: Mentner, Regina: Das Kriegsgefangenenlager Dortmund Westfalahalle (STALAG VI D), 1939-1945, Münster 2021, S. 148

² Siehe: Müller, Hans: „Wir haben verziehen aber nicht vergessen ...“ Das KZ-Außenlager Buchenwald in Dortmund, Dortmund 1994, S. 44 ff.

Katrin Rieckermanns Redebeitrag am Gedenkstein in Lünen-Süd

Sehr geehrte Anwesende,

Wir erinnern an diesem Ort an die sechs Lüner Kommunisten Josef Berg, Jakob Bink, August Dombrowski, Bernhard Höltmann, Johann König und Josef Kriska, die um den Karfreitag 1945 herum, nur wenige Tage vor Ende des Zweiten Weltkriegs, von den Nazis ermordet wurden. In der Dortmunder Bittermark wurden ein so genannter Kriegsendphasenmord verübt, fast 300 Menschen wurden teilweise mit Stacheldraht gefesselt in den Wald verschleppt, erschossen und in Bombentrümmern verscharrt.

So wurden Gegnerinnen und Gegner der Nationalsozialisten, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, noch in der letzten Minute vor der Befreiung mit in den Untergang gerissen, daran gehindert, die Gräueltaten der Nazis gegenüber den künftigen Siegermächten zu bezeugen. Nicht zuletzt sollte verhindert werden, dass sie nach dem Untergang des tausendjährigen Reiches eine neue Gesellschaft ohne faschistische Ideologie aufbauen konnten.

Als Vermächtnis der überlebenden Gegner der Nazidiktatur gilt der Schwur von Buchenwald, den die befreiten Häftlinge am 19. April auf dem Appellplatz des Konzentrationslagers leisteten und der mit den Worten endet: **„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!“**



Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.“

Dieser Schwur sollte auch uns Richtschnur und Leitlinie sein. Wo allerdings stehen wir heute?

Von einer Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln – zumindest in Deutschland, aber wie wir wissen, auch in vielen anderen Ländern Europas - kann keine Rede sein.

Bewusst möchte ich an dieser Stelle nicht auf die unmittelbaren Kontinuitäten der Nachkriegszeit eingehen, die es ehemaligen Nazis ermöglichte, hohe Posten der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu bekleiden und Einfluss auf den Aufbau einer neuen Gesellschaft in ihrem eigenen Sinne zu nehmen. Eine konsequente Anwendung des § 139 des Grundgesetzes, welcher in seiner Bedeutung die Fortexistenz oder das Neuerstehen nationalsozialistischer Organisationen verbietet, wäre das Gebot der Stunde gewesen. Wir möchten fordern, dass sich das, was damals geschah, niemals wiederholen möge – und

müssen uns trotzdem eingestehen, dass neonazistische und rassistische Gewalt in erschreckender Weise die Gegenwart in der Bundesrepublik prägen.

An dieser Stelle überspringe ich Attentate, Anschläge, Morde, die auf das Konto von Neonazis gingen – einige Stichworte möchte ich trotzdem nennen: den rechtsterroristischen Anschlag auf das Oktoberfest 1980, die Brandserie gegen Asylbewerberunterkünfte in den 1990er Jahren in Städten, deren Namen uns allen noch präsent sind. Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, Lübeck und so weiter und so weiter.

Auch für die Gegenwart möchte ich an dieser Stelle nur auf einige absolute Höhepunkte rechtsextremer Gewalt eingehen.

Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke wurde durch – vermutlich nicht nur einen - Neonazi umgebracht.

Im Oktober 2019 kam es in Halle zu dem Versuch eines Rechtsterroristen, Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens zu ermorden – seine Opfer fand er schließlich in einer Passantin und in einem Gast einer Imbissbude.

Die Rolle des NSU, dem vor einigen Jahren neun brutal Ermordete zum Opfer fielen, ist nicht ansatzweise durchleuchtet worden. Schnell wurde der Öffentlichkeit ein Täter-Trio präsentiert – eine Verstrickung staatlicher Organe in den Rechtsterrorismus, welche im Hintergrund offenkundig war, wurde nicht einmal oberflächlich aufgeklärt. In Hanau erschoss ein Neonazi im Februar 2020 neun Menschen, die er für Ausländerinnen und Ausländer hielt.

Fast immer wird reflexartig versucht, die Mörder als Einzeltäter darzustellen und die dahinter liegenden Strukturen zu verschleiern.

So war Blood&Honour, ein rechtsextremes Netzwerk, nicht nur im Umfeld des NSU zu verorten. Sein militanter Arm, Combat 18, wird bis in die Gegenwart mit Anschlägen und auch mit dem Mord an Walter Lübcke in Verbindung gebracht.

Wen überrascht es, dass Verbindungen zu Combat 18 auch hinein in die Dortmunder Nazi-Szene existieren? Auf das Konto der braunen Kameraden in Dortmund gehen mindestens fünf nachgewiesene Morde sowie diverse schwere Straftaten.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung verzeichnet von 1990 bis heute mindestens 219 Todesopfer rechter Gewalt und 19 weitere Verdachtsfälle, wobei von einer weitaus höheren Dunkelziffer auszugehen ist.

Ideologisch wird der Hass der Neonazis durch rechtsextreme Stichwortgeber wie beispielsweise die NPD verbreitet, die vom Bundesverfassungsgericht bescheinigt bekam, in der Tradition der NSDAP zu stehen und verfassungsfeindliche Inhalte zu vertreten – sie sei aber schlichtweg zu unbedeutend, um verboten zu werden.

Auf die Dortmunder Neonazis um die Partei „die Rechte“, die mit rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Hetze und Provokationen Stimmung machen, brauche ich an dieser Stelle nicht eingehen. Jüngst ist im braunen Sumpf in Dortmund eine neue Schlägertruppe namens „Schlagabtausch“, kurz SA, in Erscheinung getreten, die Gewalt und Einschüchterung verbreitet.

Mit der AfD haben sich in unserem Land rechtspopulistische Kräfte etabliert, die kaum Trennschärfe zu der extremen Rechten aufweisen und die den Boden für Menschenverachtung, Ausgrenzung und Gewalt bereiten. Neben den Parteien existieren

rechte Kameradschaften, Kampfsport- und Siedlerverbände, es gibt diverse Events wie Konzerte oder Festivals, und auch weniger angestaubt daher kommende Organisationen wie beispielsweise die Identitäre Bewegung verbreiten rechtes Gedankengut.

Die Stichwortgeberinnen und Stichwortgeber aus dem rechten Spektrum machen Positionen hoffähig, die explizit menschenfeindlich sind und nicht zuletzt in der etablierten Politik ihren Niederschlag finden. Als Beispiel dafür, wie sich rechte Hetze in Politik umsetzt, ist unter anderem die faktische Aushöhlung des Asylrechts in der Bundesrepublik zu nennen.

Polizeigewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund nimmt zu: Mohammed Daimé, ein 16jähriger suizidaler Geflüchteter, wurde im vergangenen Jahr durch Polizeikugeln ermordet.

Abgesehen von diesem und ähnlichen politischen Ergebnissen kann die rechtsextreme und rechtspopulistische Meinungsmache vor allem in den sozialen Medien ihre braunen Blüten treiben und so als schleichendes, wirksames Gift in den gesellschaftlichen Diskurs eindringen.

Als Ergebnis sind Übergriffe auf Menschen, die den Rechten nicht ins Bild passen, in Deutschland mittlerweile an der Tagesordnung. Unterkünfte für Geflüchtete werden angegriffen, und diese selbst sind ebenso wenig vor Gewalttätigkeiten sicher.

Rassistische, antisemitische und homophobe Gewalt durch Rechte ist alltäglich geworden. Menschen, die ich kenne und die aufgrund ihres Aussehens nicht in das Bild der typischen Deutschen passen, haben Angst. Auch politische Gegnerinnen und Gegner der Nazis werden eingeschüchtert und terrorisiert.

Dies ist die Spitze des Eisbergs.

Im Dunklen bleibt jedoch bei all diesen Vorfällen das, was sich hinter den Kulissen zwischen Akteuren staatlicher Organisationen, wie beispielsweise dem Verfassungsschutz sowie Zellen in Polizei und Bundeswehr einerseits und der offen oder im Untergrund agierenden militanten Neonaziszene andererseits zusammenschiebt. (Im Jahr 2021 gab es fast 600 per Haftbefehl gesuchte, untergetauchte Rechtsextreme in Deutschland.)

Durch einen Zufall flog in den vergangenen Jahren der Verein „Uniter e.V.“ auf.

Dabei handelt es sich um ein Netzwerk, in dem sich Soldaten beispielsweise des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr, kurz KSK, Polizisten, Behördenvertreter, unter anderem des Verfassungsschutzes, Vertreter der Waffenindustrie usw. vernetzen.

Die Mitglieder dieses Vereins warten auf einen ominösen „Tag X“, um zu den Waffen zu greifen. Dieser „Tag X“ soll der Zeitpunkt einer „extremen Krise“ sein, ausgelöst durch Überfälle von Geflüchteten auf Kinder und Frauen, Vergewaltigungen, Terroranschläge... . Für diesen Zeitpunkt stünden die Kameraden bereit, heißt es. Ordner mit politischen Gegnerinnen und Gegnern sind schon angelegt, um diese zu beseitigen.

Das Netzwerk Uniter e.V. wird zwar mittlerweile vom Verfassungsschutz (Ironie!) beobachtet, es gibt es allerdings immer noch, ebenso wie die Gewissheit, dass die Planungen für einen „Tag X“ weitergehen.

Anmerkung: Gab es nicht einen Putschversuch aus den Reihen der Reichsbürger im Dezember des vergangenen Jahres, mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und durch einen abgehalfterten Monarchen zu ersetzen?

Um ihre Macht zu erhalten und insbesondere in Krisensituationen abzusichern, setzen die Herrschenden hinter den Kulissen auf die Rechten. Entsprechende Verbindungen zwischen Rechtsterroristen und öffentlichen Behörden sind hergestellt und haben ihre mörderischen Folgen gezeigt.

Willkommen sind die Rechtsextremen, um einfache Lösungen wie Ausgrenzung, Hass, Demagogie, Rassismus und Abwertung von vermeintlich „Anderen“ zu liefern.

In Zeiten wirtschaftlicher Not, in denen viele Menschen an den Rand ihrer Existenz geraten oder dieser beraubt werden und unter Verunsicherungen und Ängsten leiden, verfangen diese vermeintlichen Auswege aus der eigenen Misere.

Für uns kann dies nur bedeuten:

- die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus lebendig zu halten und an die damaligen Zusammenhänge und an vergangenes Unrecht immer wieder zu erinnern.
- eine konsequente Aufklärung aller rechtsextremen Straftaten und Morde in der Gegenwart zu fordern und die Täter ebenso wie ihre Hintermänner zu bestrafen – die verschwörerischen Strukturen im Hintergrund sind restlos aufzudecken und aufzulösen!
- durch unser eigenes Handeln jeder Form von Menschenverachtung, Diskriminierung und Rassismus entgegenzutreten.

Den Opfern der Karfreitagsmorde in Lünen und Dortmund schulden wir, uns einzumischen. Wir müssen lediglich Zivilcourage zeigen – sie bezahlten ihre Einstellung mit dem Leben.

Um abschließend noch einmal auf den Schwur von Buchenwald zurückzukommen: Wie es in diesen Zeiten mit dem Aufbau einer Welt des Friedens aussieht, das ist uns allen bekannt.



Erich Maria Remarque schrieb 1929 das Buch „Im Westen nichts Neues“, das mehrfach als Filmvorlage diente, zuletzt im Jahre 2022 für den mit einem Oscar ausgezeichneten Film „Im Westen nichts Neues“. Die Erstverfilmung erfolgte 1930 in den USA, eine Zweitverfilmung 1979. In der Nazizeit durfte der Film nicht gezeigt werden. Er zeigt die Schrecken des Ersten Weltkrieges.



Der Gedenkstein in Lippstadt -

Ein Rückblick an die Anfänge

Die erste Gedenkveranstaltung vor dem Werk „Westfälische Union“ fand am 30. März 1948 statt. Der nachfolgende Artikel aus der Westfalenpost vom 31.03.1948 gibt die Eindrücke dieser Veranstaltung wieder.

Mahnmal kündigt eine Verpflichtung

Gedächtnisfeier der Westf. Union

Lippstadt. (Eig. Ber.) Am Karfreitag des Jahres 1945, kurz vor dem Zusammenbruch des Naziregimes, wurden in Dortmund-Hörde noch 352 wehrlose Menschen ermordet. Unter diesen Opfern waren auch sechs Lippstädter, Betriebsmitglieder der „Westfälischen Union“: Friedrich Engelhard, Friedrich Sprink, Albert Klar, Franz Schultenjohann, Stefan Freitag und Johann Liebner.

Zu Ehren der sechs Ermordeten

Für die Gefallenen fand am dritten Jahrestag ihrer Ermordung eine würdige Gedenkfeier auf dem Gelände ihrer einstigen Tätigkeit statt. Der schlichten Gedächtnisfeier wohnten eine große Menschenmenge sowie die Vertreter der Behörden und politischen Parteien bei. Die Enthüllung des Mahnmals nahm der Generaldirektor der Westfälischen Union, Dr. Jaenichen (Hamm) vor. Für die Betriebsmitglieder gedachte Betriebsratsmitglied Beyer der sechs ermordeten Berufskameraden, der Sprecher der VVN, Kruse, legte im Namen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes einen Kranz nieder, ebenso die Betriebsleitung und Belegschaft des Werkes. Den Angehörigen der Toten sprach der Vorsitzende des DGB-Kreisverbandes, Kreistagsabg. Weber, tiefes Mitempfunden aus: „Euer Tod ist uns Verpflich-tung, Verpflichtung und Mahnmal zugleich für die jetzige und kommende Generation“

Der Zonenvorsitzende des Metallarbeiterver-

bandes, Freytagh, gedachte in seinem ehren-den Nachruf der Taten, die die Gefallenen für ihre Arbeitskameraden geleistet haben: „Der Tod Jesu für Gerechtigkeit und Recht“ sagte er u. a. „sollte für alle Zeiten der Menschheit eine Richtschnur sein. Aber fast 2000 Jahre später ermordete ein System, das allem Menschentum Hohn sprach und jedes Recht mit Füßen trat, ungezählte Menschen. Noch unmittelbar vor ihrem Zusammenbruch forderte die Tyrannei unzählige Opfer, zu denen auch die sechs Toten Lippstadts zählen. Ihr Blut soll uns Mahnung für die Zukunft sein“

In die Obhut der Stadt übernommen

Bürgermeister Hense übernahm das Denkmal in die Obhut der Stadt. Er unterstrich, daß der Stein eine bleibende Mahnung darstellen solle. nicht nachzulassen in dem Bestreben, daß solche Zeiten des Unrechts und des Terrors nicht wiederkehren.

Die erhebende Stunde, die von eindrucksvollen Chören des Männergesangsvereins „Rheingold“ (Dirigent: Joseph Schumacher) umrahmt war, schloß mit einem Empfang der Hinterbliebenen durch die Werksleitung und den Betriebsrat. Ihnen wurde eine Ehrengabe überreicht und die Versicherung abgegeben, daß es die Westfälische Union stets als vornehme Pflicht betrachte, sich der Angehörigen jener sechs aufrechten Männer immerdar anzunehmen, deren Namen nun auf dem schlichten Gedenkstein vor dem Portal ihrer einstigen Arbeitsstätte stehen.

Gedenken am Karsamstag in Lippstadt 2023



Hannelore Tölke, Georg Deventer, Wolf Stötzel (Förderverein) Holger Schild, DGB-Kreisvorsitzender

Die Veranstaltung im Gedenken an die sechs Arbeiter des Lippstädter Union Werkes und sieben französischen Zwangsarbeiter werden vom DGB und dem örtlichen Vorsitzenden Holger Schild und der Stadt Lippstadt jährlich am Karsamstag durchgeführt.

Die Initiative für das dauerhafte Gedenken am Karsamstag kam vor nahezu 30 Jahren vom damaligen Kreisvorsitzenden des DGB-Hellweg/Hochsauerland, Ernst Söder. In den Jahren davor hatte Lore Junge die Gewerkschaften immer wieder erinnert, nicht nur einen Kranz niederzulegen, sondern auch ein öffentliches Gedenken durchzuführen. Seit 1995 ist es gute Tradition, dass auch Vertreter*innen des Internationalen Rombergpark-Komitees am Gedenkstein eine Ansprache halten.

Bei der beeindruckenden Gedenkveranstaltung mit etwa 80 Anwesenden sprachen Hannelore Tölke als Stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins und die Stellvertretende Bürgermeisterin Sabine Pfeffer.

Hannelore Tölkes Ansprache in Lippstadt

Für mich ist es eine große Ehre, an diesem Ort an die 13 Widerstandskämpfer aus Lippstadt zu erinnern, deren Namen wir auf diesem Gedenkstein lesen können. 6 Deutsche und 7 Franzosen wurden Ende 1944 mit Hilfe der Werksleitung des UNION-Werks bei der Gestapo denunziert und kurz vor Weihnachten verhaftet. Sie wurden in das Gefängnis nach Herne gebracht, da das Polizeigefängnis in Dortmund überfüllt war. Eine Woche vor Ostern erhielten die 6 deutschen Gefangenen letzte Besuche von Angehörigen. Und dann blieben auch ihre Verwandten in Ungewissheit. In der Nacht zum Karfreitag wurden die Gefangenen abgeholt. Man erklärte ihnen, sie kämen nach Dortmund zur Entlassung. In der Sprache der Gestapo bedeutete „entlassen“ das Todesurteil.

Diese 13 Männer waren Arbeiter des UNION-Werks in Lippstadt. Sie waren Familienväter. Sie haben während des Krieges die Verhältnisse in ihrem Betrieb nicht widerstandslos hingenommen. Sie verfolgten voller Ungeduld den Vormarsch der alliierten Truppen, sie sehnten das Ende des Krieges herbei. Um besser informiert zu sein, hörten sie ausländische Radiosendungen ab. In der Todesanzeige von Franz Engelhard heißt es: „Recht zu handeln und auf seine Weise das Edle zu suchen, war ihm Ziel seines Daseins.“ Leon Chadirac bildete mit einigen Mitgefangenen eine Widerstandsgruppe, die von der Werksleitung als Unruheherd empfunden wurde. Die 7 Männer aus Frankreich mussten in Deutschland Zwangsarbeit leisten. Die 13 Arbeiter des UNION-Werks widersetzten sich und leisteten Widerstand. Ihnen wurde von der Werksleitung und von der Gestapo vorgeworfen feindliche Nachrichten zu verbreiten. Anfang April 1945 wurden sie mit 300 andere Menschen aus ganz Europa in den südlichen Wäldern in Dortmund und an anderen Stellen ermordet. Nach dem Willen der Gestapo sollten sie spurlos verschwinden. Es sollte keine Zeugen geben. Keiner sollte über die Verbrechen der Gestapo, der Nazis und ihrer Helfer berichten. Der Mut dieser Männer, ihr Widerstand gegen die Nazi-Barbarei und ihr unerschrockener Einsatz für eine Welt des Friedens und der Freiheit muss uns Vorbild sein. Doch die Erinnerung an die Opfer der Nazis ist unteilbar.



Wir erinnern uns deshalb an die deutschen Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen ebenso wie an die Menschen, die aus ganz Europa zur Zwangsarbeit verschleppt wurden, die hier lebten und litten und den tapferen Widerstand leisteten. Wir erinnern uns an Männer und Frauen, die von den Nazis gefangen gehalten und gefoltert wurden.

Deshalb möchte ich heute auch an die jungen Frauen und Mädchen aus den beiden Außenlagern des KZ Buchenwald erinnern, die in den Lagern Lippstadt I und Lippstadt II eingekerkert waren. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen waren schlecht. Sie mussten Sklavenarbeit in Lippstädter Betrieben leisten. Die jüngste war gerade mal 14 Jahre alt. Viele überlebten nicht. Das Schicksal dieser Mädchen und Frauen ebenso wie der Mut der Männer und ihr Widerstand im Union-Werk mahnen uns.

Heute müssen wir wachsam sein und entschlossen gegen Krieg und gegen Fremdenhass auftreten. Doch kommen Hassreden heute nicht nur von Nazis. Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind in Teilen unserer Gesellschaft wieder verstetigt, deshalb sind wir aufgefordert rechtem Gedankengut, Hass gegen Menschen, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus jederzeit und überall entschlossen entgegenzutreten. Unsere Forderung muss auch heute lauten: „Nie wieder

Krieg, nie wieder Faschismus.“ Das ist das Vermächtnis der Ermordeten. Dafür braucht es auch heute Mut und Vernunft.

Seit mehr als einem Jahr gibt es einmal mehr Krieg in Europa. Der Krieg in der Ukraine erschüttert uns zutiefst. Den Menschen in der Ukraine gilt unser Mitgefühl. Ihnen bringt dieser Krieg unendlich viel Leid, Tod und Zerstörung. Doch die unbegrenzte militärische Unterstützung wird den Menschen in der Ukraine weiteren Tod und weiteres Leid bringen. Diese militärische Unterstützung kostet Milliarden. Alleine die von der Bundesregierung geplante Aufrüstung der Ukraine mit Kampfpanzern wird mehr als 2 Milliarden Euro kosten. Jeder Schuss, der aus diesen Panzern abgefeuert wird, bringt nicht nur Tod und Zerstörung, jeder Schuss aus einem Kampfpanzer kostet 9.000 Euro.

Meine feste Überzeugung ist: es gibt keine Alternative als die Waffen niederzulegen, es gibt keine Alternative zu Verhandlungen, um Kriege zu beenden. Dies sind die Lehren aus der Geschichte. 375 Jahre ist der Vertragsschluss zum Westfälischen Frieden her. Die Verhandlungen zum Westfälischen Frieden haben erst begonnen, als Europa zerstört und unzählige Menschen als Opfer des Krieges zu beklagen waren. Über fünf Jahre verhandelten die Kriegsparteien in Münster und Osnabrück. Am Ende war dieser Friedensschluss die Geburtsstunde des Völkerrechts.

Im Gedenken an den Vertragsschluss zum Westfälischen Frieden haben sich am 24. Februar, dem Jahrestag des Überfalls Russlands auf die Ukraine, 20.000 Menschen aus Münster und Osnabrück, aus dem Münsterland und dem Tecklenburger Land zu einer 50 km langen Menschenkette zusammengefunden. Diese Menschenkette war ein Symbol und ein Denkanstoß für die Forderung nach Friedensverträgen. Dabei muss die territoriale

Souveränität eines Landes bei allen kriegerischen Auseinandersetzungen unbedingt gewahrt werden. Mit dieser Menschenkette haben die 20.000 ein Zeichen gesetzt:

- für Frieden - für weltweite Abrüstung, für den Schutz von Klima und Umwelt
- und für das Recht der Menschen auf ein menschenwürdiges Leben Ich bin mir sicher, das hätte auch den 13 Männern aus Lippstadt gefallen. Sie haben ihr Leben für eine gerechte Welt gegeben, in der die Menschen friedlich zusammenleben können.

Als das Teilen von Brot ein Verbrechen war

Gedenkveranstaltung des DGB-Kreisverbands an der Joseph-Kirche

VON HELGA WISSING

Lippstadt – „Sie lebten in einer barbarischen Zeit, in der das Teilen von Brot ein Verbrechen war. Doch sie blieben ‚Mensch‘ auch unter Lebensgefahr“. Mit bewegenden Worten erinnerte der DGB-Kreisvorsitzende Holger Schild am Karsamstag vor dem Gedenkstein an der Joseph-Kirche wieder an die sechs deutschen Arbeiter der Lippstädter Union-Werke, die gemeinsam mit sieben französischen Zwangsarbeitern 1945, in der Nacht vor Karfreitag, von den Nationalsozialisten erschossen wurden, weil sie mit diesen ihr Brot geteilt hatten.

Sabine Pfeffer betonte in ihrer Rede, wie wichtig Erinnerungsveranstaltungen wie diese seien. „Denn wir gedenken derer, die über sich und ihre Ängste hinausgewachsen sind, wir gedenken nicht



Barbarei und ihr unerschrockener Einsatz für eine Welt des Friedens und der Freiheit müsse ein Vorbild sein. Gleichzeitig erinnerte sie an die jungen Frauen und Mädchen aus den beiden Außenlagern des KZ Buchenwald, die in den Lagern Lippstadt I und Lippstadt II eingekerkert waren. „Das Schicksal dieser Mädchen und Frauen ebenso wie der Mut der Männer und ihr Widerstand im Union-Werk mahnen uns. Heute müssen wir wachsam sein und entschlossen gegen Krieg und gegen Fremdenhass auftreten“, lautete ihr Appell.

Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von Bianca Zielke (Gesang) und Jörg Schnieder (Keyboard). Unter anderem interpretierten sie den Song „Sei wachsam“ von Reinhard Mey und das Lied von den „Moorsoldaten“, in das einige der Besucher mit einstimmten.

Innehalten am Gedenkstein: (v.l.) Fördervereinsvorsitzender Georg Dewenter sowie Sabine Pfeffer, Holger Schild, Hannelore Tölke und Britta Peter.

FOTO: WISSING

Lippstädter
Zeitung am
11.04.2023

Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald 2023 - Bleibende Eindrücke

Ende Januar 2023 begaben sich Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl-Gesamtschule Lünen mit ihren Lehrerinnen Sabine Drepper und Katrin Rieckermann auf eine Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald.

Katrin Rieckermann ist Vorstandsmitglied des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee.

Die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 11 und 13 hatten sich freiwillig entschieden, an der Fahrt teilzunehmen. In einer ausführlichen Vorbereitung wurden ihre



Vorkenntnisse besprochen, ebenfalls konnten sie ihre Erwartungen und Befürchtungen zum Ausdruck bringen.

Eine große Besonderheit der Gedenkstättenfahrt bestand darin, dass Wolf Stötzel*, dessen Vater August Stötzel Häftling in Buchenwald war, die Gruppe begleitete. Er wurde unterstützt von Thomas Zschocher, dessen Vater das gleiche Schicksal teilte. So

waren gleich zwei Zeugen mit vor Ort, die den Jugendlichen Auskünfte über das Konzentrationslager und die Situation der Häftlinge geben konnten. (*Wolf Stötzel ist ebenfalls Mitglied des Fördervereins)

Zum Programm der Fahrt gehörte eine Stadtführung zum Thema „Weimar im Nationalsozialismus“, in der die Schülerinnen und Schüler erfuhren, wie eng die Stadt, die sich um die Errichtung eines Konzentrationslagers eigens beworben hatte, mit Buchenwald in Verbindung stand. Dabei wurde erkennbar, dass im Stadtbild Weimars mittlerweile Hinweise auf Buchenwald und die Häftlinge zu finden sind, was in früheren Jahren keineswegs der Fall war.

Zwei Tage waren dafür vorgesehen, die Gedenkstätte Buchenwald zu erkunden. Es gab eine Führung durch das Lager, die Jugendlichen hatten dann die Gelegenheit, sich in der Ausstellung vertiefend zu informieren. Sie stellten Wolf und Thomas viele Fragen und ließen sich unter anderem den Steinbruch und die Falknerei zeigen.

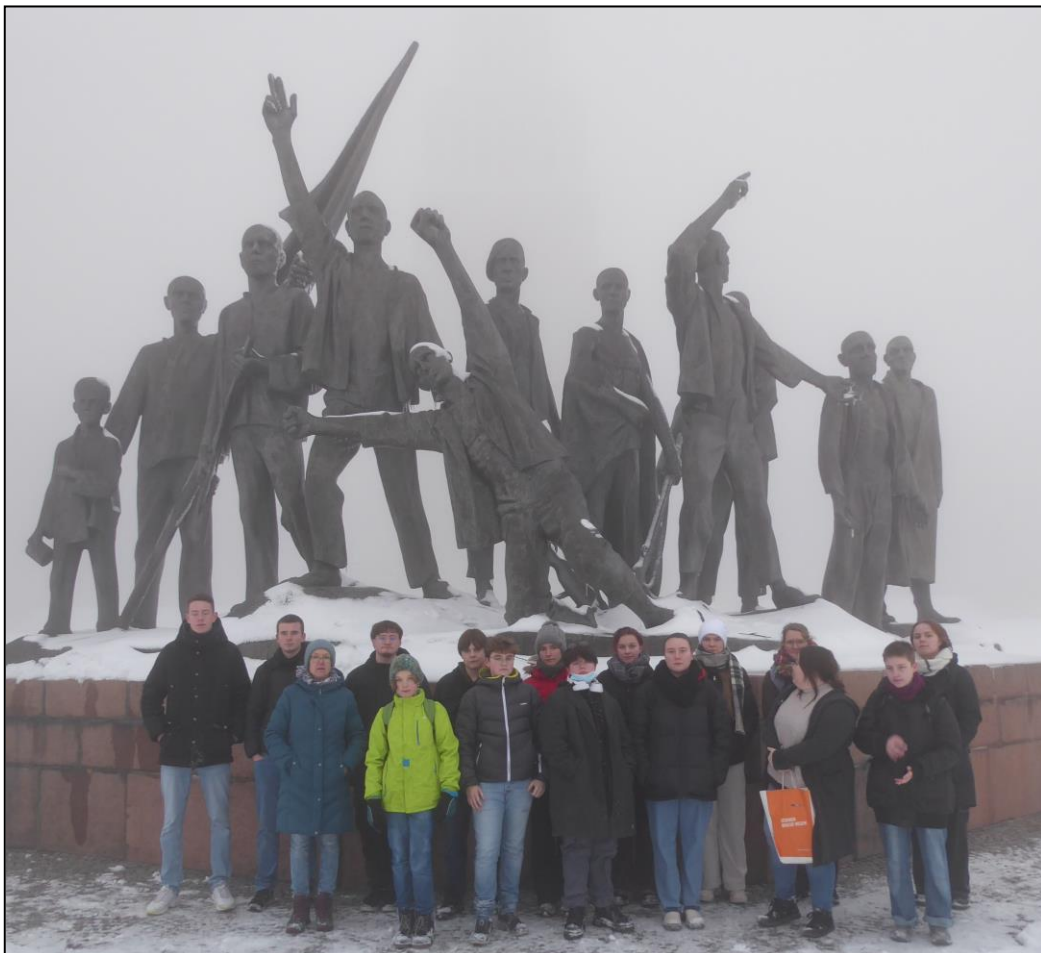
Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern war sehr deutlich bewusst, dass viele Bereiche des ehemaligen Konzentrationslagers ohne die kundige Begleitung von Wolf und Thomas nicht erfahrbar gewesen wären.

Ebenfalls den Kontakten von Wolf und Thomas war es zu verdanken, dass einige der Schülerinnen und Schüler das Archiv der Gedenkstätte besuchen konnten, um sich gezielt über die Schicksale einzelner Häftlinge zu informieren.

Mit einer kleinen Zeremonie nahmen die Jugendlichen schließlich Abschied von der Gedenkstätte.

Am letzten Tag der Gedenkstättenfahrt setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Frage der Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinander, indem sie den Gedenkort „Topf und Söhne“ in Erfurt besuchten. Die Firma „Topf und Söhne“ stellte Verbrennungsöfen für Konzentrationslager her, in denen die Ermordeten verbrannt wurden. Die Firma profitierte wissentlich von den Verbrechen der Nationalsozialisten.

An den Abenden wurden die Erfahrungen der jeweiligen Tage mit Hilfe von Filmen, Diskussionsrunden, Schreibgesprächen usw. reflektiert. Da die beiden Zweitzeugen für die Dauer der Fahrt dieselbe Unterkunft wie die Gruppe teilten, ergaben sich ganz viele Möglichkeiten des Austauschs und auch der privaten Gespräche. So war diese Buchenwaldfahrt eine prägende und nachwirkende Erfahrung für alle Beteiligten, und großer Dank gebührt Wolf und Thomas für ihren Einsatz.



Gedenkstätte Buchenwald – Mahnmal an den Massengrabanlagen – Schülergruppe von Katrin Rieckermann

78. Jahrestag der Selbstbefreiung: Besuch in Buchenwald



Anlässlich des 78. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald besuchten Georg Deventer und Ralf Brinkhoff – gemeinsam mit Wolf und Anne Stötzel aus



Berlin – die Gedenkveranstaltungen am 15. Und 16. April 2023 auf dem Ettersberg nahe Weimar. Wolf Stötzel informierte über den Baumfrevel im letzten Jahr, wo auch die beiden Bäume für seinen Vater August Stötzel, der das KZ Buchenwald überlebte, von Unbekannten abgesägt wurden.

Das inklusive Gedenkprojekt „1.000 Buchen“ – gemeinsam mit der Lebenshilfe – dient der Erinnerung an die Todesmärsche und Opfer des Mordprogramms der Nationalsozialisten. Mittlerweile sind rund um den Ettersberg und in der Nähe von Weimar 200 Bäume gepflanzt. Auch zum Jahresgedenken wurden weitere neun Bäume mit Baumpaten gepflanzt, die die Erinnerung wachhalten sollen. Eine Wildbirne wurde für Boris Romantschenko gepflanzt, der am 18. April letzten Jahres bei einem russischen Bombenangriff in seiner Wohnung im ukrainischen Charkiw im Alter von 92 Jahren getötet wurde.

Wolf Stötzel (rechts) an einem Baum für seinen Vater August. Links im Bild Georg Deventer.

Boris Romantschenko war als Zwangsarbeiter auch in Dortmund in einem Bergwerk geschunden, nach einem Fluchtversuch vom 11. bis 20. Januar 1943 in der Steinwache inhaftiert. Von dort wurde er in das KZ Buchenwald überstellt. Er überlebte noch



weitere KZ-Aufenthalte in Peenemünde, Mittelbau und Bergen-Belsen. Nach Kriegsende diente er noch bis 1950 in der Sowjetarmee, ehe er dann in sein Heimatland Ukraine zurückkehrte und später dann als Leitender Ingenieur im

Bergbau tätig war. Romantschenko war Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald – Dora und Kommandos für die Ukraine.

Zur Pflanzaktion war auch seine Enkelin, Julia Romantschenko, nach Buchenwald angereist.

[Foto rechts: Enkelin von Romantschenko, Foto links: Ein Überlebender des KZ Buchenwald aus Belarus, Mitte die Enkelin, rechts die Dolmetscherin aus Berlin.](#)

Im Mittelpunkt der diesjährigen Gedenkveranstaltung der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. stand der NS-Völkermord an den Sinti und Roma von der Ausgrenzung bis zur systematischen Vernichtung. Redner waren u.: Jaques Delfeld sen. vom Verband Deutscher Sinti und Roma, der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora Prof. Dr. Jens Christian Wagner und Dr. Frank Reuter, wissenschaftlicher Geschäftsführer der Forschungsstelle Antiziganismus.

An den Gedenkveranstaltungen, die am Nachmittag des 16. April auf dem Apellhofplatz des KZ ihren Abschluss fanden, nahmen auch neun Überlebende des KZ Buchenwald teil. Ein fast 100jähriger Überlebender aus Frankreich beeindruckte und berührte in seinem Beitrag die mehreren hundert Menschen, die trotz Dauerregen und Nebel gekommen waren.

Ein Grußwort sprach auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow. Er wies nachdrücklich auf das Platzverbot für die AfD hin, die derzeit montäglich gemeinsam mit den Neonazis durch Weimars Straßen zögen.

Vor der Veranstaltung legten Georg Deventer, Ralf Brinkhoff und Wolf Stötzel ein Blumengesteck des Fördervereins nieder, mit der Aufschrift „Dem Schwur von Buchenwald verpflichtet“.



Fotos: Oben Bodo Ramelow – Ministerpräsident des Freistaates Thüringen



Foto links: Blumengebinde des Fördervereins vor dem Meer der Kränze, Foto rechts: Georg Deventer und Ralf Brinkhoff



Foto oben: Relief am Ehrenmal auf dem Ettersberg, Foto unten: Portrait von Boris Romantschenko in Weimar

Niemals vergessen: Auch in Dortmund vor 80 Jahren - Bücherverbrennung auf dem Hansaplatz

„Tausende Einwohner strömten auf den Hansaplatz. SA, SS, Hitlerjugend, Bund Deutscher Mädel und NS-Lehrerverband hatten zur Verbrennung der Bücher aufgerufen, die in den Tagen und Wochen zuvor in Buchhandlungen, Bibliotheken, zum größten Teil aber im gewerkschaftlichen Volkshaus in der Kampstraße, beschlagnahmt worden waren“.



Presse: „Bevölkerung war begeistert“ – Artikel vom 31. Mai 1933

In Dortmund gab es zum damaligen Zeitpunkt zwar keine Universität, aber unter den Akademikern, v.a. den Lehrern, gab es einen nationalsozialistischen Kern, der auch hier eine Bücherverbrennung durchführen wollte.

Unter Leitung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes und der Dortmunder SA mit dem neuen Polizeipräsidenten Wilhelm Schepmann an ihrer Spitze, fand dann am 30. Mai 1933, vor nunmehr 80 Jahren, eine Bücherverbrennung statt. Ein anlässlich der Bücherverbrennung auftretender Sprechchor des Bismarck-Realgymnasiums (heute Max-Planck-Gymnasium) gab den NS-Geist besonders abstoßend wieder:



„Habt ihr den Feind erkannt, reinigt das deutsche Land. Her mit dem flammenden Buch, fort mit den falschen Papieren. Lasst sie von anderen anbeten – wir aber wollen sie töten“.

Heinrich Heines Worte von 1821 erscheinen uns heute nahezu prophetisch; „Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“.

Der Hansaplatz in Dortmund. Im Vordergrund die Gedenkplatte, an jener Stelle, wo die Bücherverbrennung stattgefunden hat.





Bücherverbrennung in
Aplerbeck

Jahrestag 2. Mai: Vor 90 Jahren überfielen die Nazis im gesamten Deutschen Reich die Gewerkschaftshäuser

Bereits am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser von den Nazis gestürmt, die Sekretäre verhaftet und die Finanzmittel eingekassiert. Diese Aufnahme zeigt die Besetzung in Berlin. In Dortmund wurde das „Volkshaus“ besetzt, das sich in der Kampstraße befand.



Fall „Barbarossa“

Der Überfall der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion

Der Fall Barbarossa war der Deckname für den Angriffskrieg der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Das nachstehende Bild zeigt, dass insbesondere auch die Zivilbevölkerung von Deutschen Soldaten überfallen und ins Deutsche Reich zur Zwangsarbeit verschleppt wurden. Hinzu kamen im Laufe der Jahre viele Kriegsgefangene der Roten Armee, die nach Deutschland zur Zwangsarbeit in den Betrieben Bauerngehöften u.a. eingesetzt wurden. Weitgehend unter unmenschlichen Bedingungen, wie wir am Fall Dortmund aufzeigen möchten.



Gedenken an der Westfalahalle am 22. Juni 2023

Gedenken an die tausenden Kriegsgefangenen im STALAG an den Westfalahallen



In Erinnerung an den Überfall der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und die nach Deutschland verschleppten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen gab es am Jahrestag 22.06.2023 ein Gedenken am Mahnmal für das größte Dortmunder Strafgefangenenlager an den Westfalahallen.

Für die Veranstalter, dem Förderverein Gedenkstätte Steinwache-Intern. Rombergparkkomitee e.V. und den historischen Verein Ar.kod.M. e.V. (allrussische Kriegsofferdaten-Memorial) konnte Georg Deventer über 50 Gäste begrüßen, darunter auch die SPD-Landtagsabgeordneten Anja Butschkau und Ralf Stoltze. Als Vertreter der heutigen Westfalahallen GmbH nahm Unternehmenssprecher Robin Uhlenbruch teil.

Unter dem Motto „Erinnern – Gedenken - Mahnen“ wurde an die etwa 70.000 Kriegsgefangenen, die von 1939 bis 1941 in der Westfalahalle und dann ab 1941 bis 1945 außerhalb der Halle in Barackenlagern des sog. Stammlagers erinnert.

Georg Deventer betonte, dass dieses Erinnern kein Selbstzweck sei, sondern uns mahnen solle, sich gerade heute gegen Gewaltherrschaft, gegen imperiale Machtphantasien, weltweite Kriege und blutige Verwirrungen zur Wehr zu setzen.



Als Vertreter der Stadt Dortmund sprach Markus Günnewig, Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache. Er betonte, dass neben den vorwiegend aus der Sowjetunion stammenden Kriegsgefangenen und zur Zwangsarbeit an vielen Orten in Dortmund und Umgebung eingesetzten Internierten, auch viele aus Polen, Belgien, Frankreich, Jugoslawien sowie auch anfangs aus Italien kamen. Viele von ihnen starben infolge von Willkürakten, Krankheit, Unterernährung und bei Bombenangriffen, denen sie schutzlos ausgeliefert waren.

Hannelore Tölke, stellv. Vorsitzende des Fördervereins und auch im historischen Verein Ar.kod.M. tätig, moderierte die Gedenkveranstaltung und betrachtete insbesondere das Leiden und das Schicksal der



Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen aus allen Republiken der damaligen Sowjetunion. Auch heute sei es wichtig, nach Namen und Biografien zu suchen, um den Opfern ein Stück weit ihre Würde zurückzugeben. So wurden in der Vergangenheit Namensteelen auf dem internationalen Friedhof am Rennweg in Dortmund-Brackel errichtet und in jüngster Vergangenheit hölzerne Grabschilder neu aufgestellt, zuletzt vier weitere Schilder am heutigen Vormittag. Aufgrund der Kriegssituation in der Ukraine gibt es im Moment leider einen Stillstand bei der eigentlich schon abgeschlossenen Planung, Marmorsteelen zu errichten.



Ein besonderer Redebeitrag kam von der Historikerin und Archivarin Regina Mentner, die 2021 ihr Buch über das STALAG VI D veröffentlichen konnte. Dieses Werk beschreibt die Geschichte des Stammlagers aus Quellen in- und ausländischer Archive und zeichnet ein vielschichtiges Bild der schwierigen Überlebensbedingungen der Kriegsgefangenen. Die langjährige Studie von Regina Mentner arbeitet die Erinnerung an ein Kapitel Dortmunder Stadtgeschichte auf, dass fast in Vergessenheit geraten ist. Erschienen ist das Buch in der Schriftenreihe der Steinwache unter dem Titel „Das Kriegsgefangenenlager Dortmund Westfalenhalle Stalag VI D 1939-1945“.

Zum Ende ihres Vortrages sprach sie die Hoffnung aus, dass neben dem Gedenkstein - nahe der Fußgängerbrücke über die B1, 2007 errichtet - in oder an den heutigen Westfalenhallen ein besonderer Erinnerungsort geschaffen wird, der der Bedeutung des damaligen Stammlagers angemessen ist und in die Chronik der Westfalenhalle exponiert aufgenommen wird.

Teil des Gedenkens war auch ein Gedichtvortrag von Doris Borowski. Schülerinnen und Schüler aus Rachja nahe St. Petersburg hatten 2004 im Rahmen eines Verständigungsprojektes die Texte zur „Straße des Lebens“ verfasst.

Den musikalischen Rahmen der Gedenkveranstaltung, die wegen des Starkregens unter dem großen Vordach des Messezentrums, Eingang Nord geschützt stattfinden konnte, gestalteten Bernd Rosenberg und David Orievski.

Vor der Veranstaltung hatte der Vizekonsul des Generalkonsulates der russischen Föderation mit Sitz in Bonn am Gedenkstein Blumen niedergelegt und ein „ewiges Licht“ entzündet. Das Gedenken an die Opfer ist unteilbar.

Autor: Georg Deventer



Kranzniederlegung am Gedenkstein durch Georg Deventer und Dmitriy Kostovarov



Großes Banner mit Grundriss der heutigen Westfalenhalle und dem damaligen Lageplan der Baracken des Stalag



Vor dem Banner: Ralf Stolze MdL, Anja Butschkau MdL, Hanne Tölke, Georg Deventer, Dmitriy Kostovarov (v.r.n.l.)



Musiker-Duo Bernd Rosenberg und David Orievski

Fotos: Margret Deventer

Moderation Hanne Tölke – Gedenkveranstaltung 22.06.23 an der Westfalenhalle

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

die meisten Besucher und Besucherinnen verbinden mit der Westfalenhalle und dem Messegelände Erinnerungen an spannende Sportereignisse, großartige Konzerte und interessante Messen. Sie erinnern sich an schöne Stunden, die sie dort verbracht haben. Doch die Westfalenhalle hat auch eine andere Geschichte, die wir ebenfalls nicht vergessen dürfen. Deshalb sind wir heute hier zusammengekommen, um zu erinnern, zu gedenken und zu mahnen.

Bevor ich im Programm fortfahre, möchte ich einen jemanden erinnern, der bisher immer an dieser Gedenkstunde teilgenommen hat. Ernst Söder, der Ehrenvorsitzende des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache Internationales Romberg Park Komitee kann heute aus gesundheitlichen Gründen nicht bei uns sein. Wir senden ihm von hieraus herzliche Genesungswünsche.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Heute vor 82 Jahren, am 22. Juni 1941 überfiel Deutschlands und die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Ein grausamer Vernichtungskrieg begann. Mehr als 27 Mio Menschen aus der Sowjetunion verloren ihr Leben. Nahezu jede Familie hat Opfer zu beklagen.

In diesem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion ging es nicht nur um die Beseitigung der Staatlichkeit der Sowjetunion, in einem rassistischen Programm es ging den Nazis um die Eroberung neuen Lebensraums für die deutschen Volksgenossen dafür sollten Millionen Menschen sterben oder versklavt werden. Doch der Vernichtungskrieg gegen die Menschen aus der Sowjetunion setzte sich im Ruhrgebiet fort. Im September 1941 trafen erstmals sowjetische Kriegsgefangene in Dortmund ein. Auf dem heutigen Messegelände entstand nun im Stalag VI D Dortmund das Lager C für sowjetische Kriegsgefangene. Hier an diesem Ort befand sich der Eingangsbereich zum Lager. Dieses Lager wurde von vielen Gefangenen als Hölle empfunden. Die Lebensbedingungen dort waren besonders hart. Die Männer erhielten nur eine minimale Versorgung und waren ständig rassistischer Gewalt ausgesetzt. Von Lager aus wurden sie zur Zwangsarbeit auf Zechen, in Stahlwerke und in Rüstungsbetrieben des Ruhrgebiets gebracht.

Die Existenz und die Geschichte des Kriegsgefangenen-Lagers an der Westfalenhalle - des Stalag VI D - hat bis heute im offiziellen und öffentlichen Gedächtnis der Stadt Dortmund nur wenige Spuren hinterlassen. Ein erster Schritt dies zu ändern wäre die Errichtung einer

Gedenkstätte hier mit Informationen über das Stalag. Diese Bitte richte ich an die Verantwortlichen der Westfalenhallen und der Stadt Dortmund.

Umso mehr freut es mich, dass heute ist Markus Günnewig bei uns. Er ist Leiter der Gedenkstätte Steinwache, er spricht als Vertreter der Stadt Dortmund zu uns.

Ich freue mich ganz besonders, dass Regina Mentner heute bei uns ist und zu uns spricht. Regina Mentner ist Historikerin und Autorin des Buches „Das Kriegsgefangenenlager Dortmund Westfalenhalle (Stalag VI D), 1939 bis 1945. Es gibt wohl kaum jemanden, der/die sich besser in der Geschichte des Stalag VI D auskennt und mehr über das Stalag VI recherchiert hat.

Rede von Markus Günnewig:

Liebe Freundinnen und Freunde

Wir sind am Ende der unserer Gedenkstunde. An der Gestaltung dieser Gedenkstunde sind viele beteiligt. Unser Dank geht an die Musiker David Orievski und Bernd Rosenberg, an Regine Mentner und Markus Günnewig, die zu uns gesprochen haben, an die Westfalenhalle, die uns bei der Organisation geholfen hat und die Stühle zur Verfügung stellte, und natürlich an Frank und Anke, die für die Technik zuständig war und ohne die die Veranstaltung so nicht hätte stattfinden können. Mein Dank geht an Euch alle. Danke, dass ihr hierhergekommen seid, damit wir gemeinsam an den Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 erinnern konnten.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Anwesende,

ich freue mich sehr, hier heute die Stadt Dortmund vertreten zu dürfen – bei dieser Gedenkveranstaltung 82 Jahre nach Beginn des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und das europäische Judentum, im Rahmen dessen Millionen Menschen von den Deutschen und ihren Verbündeten ermordet wurden. Wir befinden uns an einem Ort, der wie kaum ein anderer für die lokale Dimension dieses Vernichtungskrieges steht. Hier befand sich das Kriegsgefangenenmannschaftsstammlager, kurz Stalag VI d, in dem neben vielen anderen auch Tausende Kriegsgefangene aus der Sowjetunion untergebracht waren, die hier leben, leiden und vielfach sterben mussten. Sei es durch mangelnde Ernährung, mangelnde Versorgung oder direkte Gewalt. Neben den sogenannten italienischen Militärinternierten waren sie hier den schlimmsten Bedingungen unterworfen.

Der zeitweise im Lager inhaftierte italienische Militärggeistliche Giuseppe Barbero zitiert in seinen Erinnerungen einen Vertrauensmann der im Stalag internierten Italiener:

„Während des ganzen vergangenen Winters sind die Italiener in einer barbarischen und unmenschlichen Art und Weise behandelt worden. Sie waren in gesundheitsschädlichen Räumen einquartiert, schliefen auf dem Boden auf einer dünnen Schicht Stroh und hatten nur eine einzige Decke, die keinen genügenden Schutz vor dem strengen und kalten Winter bieten konnte. Sie bekamen nur sehr schlechte und unzureichende Verpflegung; in den Monaten November, Dezember und Januar gab man ihnen nur eine einzige Suppe pro Tag. Um zur Arbeit zu gehen, mussten die italienischen Gefangenen hin und zurück täglich gut 16 km zu Fuß zurücklegen. (...) Abgesehen davon wurden die italienischen Militärangehörigen aus nichtigen Gründen bis aufs Blut geschlagen.“

An diese Ereignisse wird hier am historischen Ort, der Westfalahalle, die als solche zunächst als Gefangenenlager diente, bevor ein großes Barackenlager geschaffen wurde, noch gar nicht so lange erinnert – erst 2007 wurde ein entsprechender Gedenkstein aufgestellt.

Dabei spielte dieser Ort auch eine zentrale Rolle in einem weiteren NS-Verbrechenskomplex: dem Zwangsarbeitseinsatz zahlloser Menschen aus den von Deutschland eroberten Gebieten. Und auch viele Kriegsgefangene wurden unter Bruch der Genfer Konventionen zur Sklavenarbeit eingesetzt. Nicht zuletzt in der Industriestadt Dortmund. Beispielsweise befanden sich unter den im Januar 1945 hier eingesetzten etwa 43.000 ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auch etwa 15.000 Kriegsgefangene.

Und dabei war das Lager hier nur das Zentrum, das von einem satellitenartigen System zahlreicher, über die gesamte Stadt und Region verteilter, Arbeitskommandos umgeben war. Was mit den Menschen passierte, war also nicht zu übersehen – weder hier an der Westfalahalle noch an anderen Stellen der Stadt. Der Verdienst, die Geschichte dieses Ortes, an dem wir uns heute befinden, aufgearbeitet zu haben, gebührt Regina Mentner, die gleich zu uns sprechen wird. Ich freue mich sehr, dass wir die Ergebnisse ihrer jahrelangen Spurensuche 2021 als Band in der Schriftenreihe der Steinwache veröffentlichen konnten.

Vielen Dank an Regina Mentner und alle, die trotz des widrigen Wetters heute hier sind. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Erinnerung an das, was hier geschehen ist, wachgehalten wird. Denn das ist zwar leider keine hinreichende, aber dennoch zumindest die notwendige Bedingung dafür, dass das vielbeschworene Nie wieder auch tatsächlich Konsequenzen zeitigt.

Zwangsarbeit im Allgemeinen und im Besonderen während der NS-Diktatur in Industriebetrieben im Dortmunder Raum

Autor: Wilfried Stockhaus

Vorbemerkung:

Das Thema Zwangsarbeit ist nach wie vor nicht vollständig erforscht und mittlerweile scheint vieles in Vergessenheit zu geraten. Deshalb muss es unsere Aufgabe sein, dass wir die Erkenntnisse, die wir haben und jene, die noch ermittelt werden können, bewahren und aufarbeiten. Es darf nicht sein, dass diese staatlich verursachte grauenvolle Geschichte aus der Erinnerungskultur verschwindet.



In diesem Bericht werden Daten, Hinweise und Aufzeichnungen von Rainer Zunder (verstorben 2020), ehem. Mitarbeiter der Westf. Rundschau, Mark Spoerer, Historiker, Regina Mentner, Historikerin Stadtarchiv Dortmund und Wilfried Reininghaus/ Norbert Reimann, Historiker Stadtarchiv Dortmund verwendet.

NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich:

Nach einer Statistik vom 30. September 1944 waren nach Arbeitsamtsbezirken auf dem Gebiet des " Großdeutschen Reichs" (in den Grenzen von 1942) zwischen 1939 und 1945 ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge eingesetzt. Die Gesamtzahl beträgt 13,5 Millionen Menschen, davon etwa 20 % Frauen.

Diese Zahl beinhaltet nur die Untergrenze und wird höher sein; denn nicht alle Ämter konnten erfasst, bzw. konnten Daten nicht mehr ermittelt werden.

Dortmund

In Dortmund ist bekannt, dass die Westfalenhalle und ihr Umfeld von 1939 bis 1945 ein Strafgefangenenlager (STALAG VI D) war. In etwa der Grenzen des heutigen NRW gab es neun Strafgefangenenlager (STALAG); das Generalkommando VI war in Münster stationiert.

Im STALAG VI waren von 1939 bis 1945 über 80.000 bis 100.000 (Tausend) Gefangene stationiert, davon mehr als 10.000 gleichzeitig. Gefangene der Sowjetunion galten als Untermenschen und waren unter miserabelsten Umständen untergebracht. Grund dafür war, dass die Sowjetunion nicht der Genfer Konvention beigetreten war. Gefangene aus westeuropäischen Ländern wurden etwas besser behandelt und durften auch gelegentlich Pakete erhalten.

Die Aktenübersicht zur Westfalenhalle ist sehr lückenhaft, da ein relevanter Teil der Akten bei einem Brand am 13. April 1945 vernichtet wurde.

KZ Buchenwald

In der Huckarder Straße 111 befand sich ein Frauenaußenlager. In diesem, neben 130 anderen Außenlagern im Deutschen Reich, wurden 400 bis 800 junge Frauen zwischen 13 und 20 Jahren festgehalten. Vorwiegend Polinnen, aber auch, Russinnen, Deutsche, viele Jüdinnen und andere Nationalitäten. Sie waren im Werk Union in der Rüstungsindustrie eingesetzt (damals vereinigte deutsche Stahlwerke).

Dortmunder Industrie

Neben STALAG VI D gab es in Dortmund und seiner Umgebung zahlreiche Zwangsarbeiterlager von Unternehmen und Betrieben. Bisher sind etwa 300 Lagerstandorte nachgewiesen. Am Standort des ehemaligen KZ-Außenlager Buchenwald in der Huckarder Straße gibt es seit wenigen Jahren eine Gedenktafel, aber an die vielen betrieblichen Lager in Dortmund und der nahen Umgebung mit über 25.000 Zwangsarbeitern erinnert nichts mehr.

Zitat Rainer Zunder: „Mehr als 60 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gilt es, auch in Dortmund und Lünen die hier eingesetzten KZ-Sklaven, Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter vor dem totalen Vergessen zu bewahren. Sie haben schließlich nicht verborgen in abgeschotteten Industriebetrieben arbeiten müssen - sie haben direkt vor den Augen der deutschen Wohnbevölkerung gelebt, ihre Lager waren mitten in den Innenstädten, mitten in den betulichen Vororten eingerichtet worden. Sollte dies niemand bemerkt haben?“

Rainer Zunder führt in einer Zusammenfassung weiter aus: Größter Nutznießer der Sklavenarbeit waren nach britischen Angaben die Hoesch AG, Maschinenfabrik Deutschland mit 2.920 Zwangsarbeitern, gefolgt von den Hüttenwerken Hörde AG mit 10 Lagern 2.300 Zwangsarbeitern, der Dortmunder Union Brückenbau AG (2.220), der Zeche Adolf von Hansemann (2.200), der Zeche Hansa (2000), dem Reichsbahnbetriebsamt (1.665) und der Gelsenkirchener Bergwerks AG (1.300).

Nach den wahrscheinlich nicht vollständigen britischen Ermittlungen waren die Zwangsarbeiter über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Genannt wurden für die Dortmunder Innenstadt die Lager Landwehrstraße, Magdeburger Straße und Felkestraße. Die meisten Lager waren in den Vororten eingerichtet, und zwar in Aplerbeck, Barop, Benninghofen, Berghofen, Brackel, Deusen, Dorstfeld, Eving, Hacheneu, Hörde, Huckarde, Kirchhörde, Körne, Kurl, Lindenhorst, Lütgendortmund, Mengede, Schüren, Wambel, Wellinghofen und Wickede.

In den Aufstellungen der britischen Kriegssieger werden folgende Dortmunder Industriebetriebe, in denen Sklavenarbeiter ausgebeutet wurden, namentlich genannt:

1. Hüttenwerk Hörde AG, Dortmund Hörde, 10 Lager mit zusammen ca. 2.300 Zwangsarbeitern

a) Lager Hermannstraße 138 a, Dortmund Hörde, 950 Personen

b) Lager Heidekrug, Dortmund Wellinghofen, 280 Personen.... bis Nr.29 sind Firmen und Standorte mit weiteren Lagern, die hier aus Platzgründen nicht aufgeführt sind.

Zwangsarbeiter in Lünen Industriebetrieben

Auch die von den Briten für den Stadtbereich Lünen ermittelten Zahlen über Zwangsarbeiter (ca. 3.800 Personen in 7 Lagern) sind sicherlich nicht vollständig. Hinzu kommt, dass in den britischen Aufstellungen einigen Lagern keine Firmen oder städtischen Institutionen, in denen Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, zugeordnet werden; namentlich genannt werden:

1. Gottfried Quitmann, Metall- und Lackierfabrik, Schützenstraße, 100 Personen
2. Gebrüder Stumm, Zeche Minister Achenbach, Lager Mengeder Str. 56, 250 Personen... und weitere bis Nr. 7 (soweit Rainer Zunder)

Weitere Standorte:

In der Dauerausstellung des Hoesch Museums gibt es einen Lageplan, in dessen Zentrum die Westfalenhütte liegt. Rundherum sind Lagerstandorte aufgeführt, deren Schrift aber so klein ist, dass man sie nur mit der bereitgestellten Lupe lesen kann.

So gut es ging habe ich sie mit dem Handy fotografiert:

1. Bauernkamp 123, Hoesch AG 01.04.1942
Russenslager, 500-550 Personen, 10 Gebäude, davon 5 Baracken für je 100 Personen
2. Ratsbusch (Werksgelände), Hoesch AG Benzin 1944, Arbeitsgemeinschaftslager, 76 Personen
3. Springorumstr. 65, Holländerlager, Zivilarbeiter, 5 Wohn- und eine Verwaltungsbaracke, war bis Mai 1943 belegt, am 23./24.Mai ausgebombt, 205 Personen
4. Oesterholzstr. 69, Eigentum der Stadt Dortmund, unterhalten von Hoesch AG, nach Bombenangriff 23/24. Mai 1943 ausgebrannt. 400 Zivilfranzosen
5. Hirtenstr. 17, Gastwirtschaft Franz Poll, Kronenbrauerei, Dienstverpflichtete, ausgebrannt 23./24. Mai 1943
6. Hirtenstr. 70, Hoesch-Borsig-Schule, 300-350 Personen, Franzosen, Arbeitgeber: verschiedene Firmen
7. Flurstr. 39, evang. Gemeindehaus, Handwerkerkompanie des STALAG VI D, franz. Kriegsgefangene, 50-60 Personen, verschiedene Firmen
8. Siemensschule Flurstr. 3, Stadt Dortmund, unterhalten von Hoesch AG, nach Bombenangriff Mai 1943 ausgebrannt, zusammen mit Lager Oesterholzschule für 400 Zivilfranzosen ausgestattet
9. Flurstr. 31, Kriegsgefangenenlager 3013, 91 Personen (Quelle: Polizeipräsidium)
10. Burgholzstr. 150, ehem. Krankenhaus, 99 Personen, Zwangs- und Zivilarbeiter, 67 Ostarbeiter, 32 Polen (eingesetzt für Fabrikarbeit)
11. Burgholzstr. 120, Kriegsgefangenenlager Nr. 26375, Schulgebäude, 114 Zivilfranzosen, verschiedene Firmen - Eisenkonstruktion und Weichenbau
12. Burgweg 55, Hoesch AG, Lager IV, Anzahl nicht bekannt

13. Schlängelstr. 36, Innenstadt, zwei große Wohnbaracken, 422 Zivilfranzosen, (vorgesehen für 450-700 Personen)

14. Evinger Str. 110, Arbeitskommando 1045, Minister Stein Schule, ausgebombt 25. Mai 1944, Nationalität unbekannt, 76 Personen, Dortmunder Drahtseilwerke

15. Derner Str. 71, Ausländerlager, 512 Personen, Hoesch AG, Zeche Kaiserstuhl

16. Derner Str. 96, Kriegsgefangenenlager STALAG VI D, Gastwirtschaft Ulmenhof, mit Stacheldraht und Wachposten, 70 bis 80 Personen, 50% Russen und 50% Polen, Stahlwerk Hoesch und Zeche

17. Derner Str. 102, ehem. Weddigen Schule, vorwiegend Russen und Polen, Anzahl nicht bekannt

18. Hilda Str. 1,

a) Ostarbeiterlager, 5 Steingebäude, Fabrikgebäude, Zwangsarbeiter, ca. 100 Personen, darunter auch Frauen, ca. 95 Polen und 5 Ukrainer, Hoesch AG, Zeche Kaiserstuhl

b) Ostarbeiterlager, 8 Baracken, Zivilarbeiter (Russen), 238 Personen, Zeche Kaiserstuhl.

Viele dieser Orte oder Gebäude sehen heute, nach ca. 80 Jahren, anders aus bzw. sind gar nicht mehr vorhanden. So sind mir zwei Orte bekannt, die ihr Aussehen völlig verändert haben. So u. a. das Zwangsarbeiterlager Unnaer Str. 26, hier ist heute ein relativ großer Wohnkomplex, der sich bis zur Stahlwerkstr. / Oestermärsch hinzieht. Nichts deutet darauf hin, was hier einmal war. Genauso ist es mit dem Lager auf der Mühle in Dortmund Brackel. Hier, an meinem Wohnort und fast in unmittelbarer Nachbarschaft habe ich erst vor ca. zwei Jahren aufgrund eines Lageplanes erfahren, dass ein Zwangsarbeiterlager vorhanden war. 1950 bin ich vom Münsterland an meinen Wohnort gezogen, ich war 9 Jahre alt und habe dieses Lager nur als Flüchtlingslager wahrgenommen. Dieses Lager war in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern umgeben. Es muss den Menschen der Nachbarschaft bewusst gewesen sein, was in diesem Lager vor sich ging. Heute gibt es an dieser Stelle ein Wohngebiet mit Eigentumswohnungen, in den siebziger Jahren von der Hoesch Wohnungsgesellschaft für Belegschaftsmitglieder der Hoesch AG gebaut. Nichts deutet auf die Vergangenheit hin.

Ebenso die Straße Wickeder Hellweg 119, hier war in den vierziger Jahren eine Gaststätte als Zwangsarbeitslager umfunktioniert, sie besteht schon lange nicht mehr und so verschwinden diese Orte immer mehr aus der Erinnerung. So auch die Gaststätte Knuf am Hellweg 145, gegenüber der ev. Kirche in Dortmund Brackel. Der Name Knuf ist vielen Brackelern nicht mehr von Bedeutung. Es war die Gaststätte "Zur alten Post", das Gebäude steht unter Denkmalschutz, hat aber schon lange eine andere Bezeichnung.

Auch andere Orte in Dortmund geraten in Vergessenheit. Viele Menschen dieser Stadt, vielleicht die meisten, erahnen gar nicht, dass zwanzig Meter unter der Innenstadt ein gigantisches, Europas größtes (vielleicht weltweit) Tunnelnetz vorhanden ist. Gebaut wurde es von der Firma Deilmann aus Kurl mit Zwangsarbeitern. In den Aufzeichnungen dieses Berichtes habe ich nur ein Lager der Firma mit 190 Personen beschrieben. Das Tunnelnetz ist fast 5.000 Meter lang. Es wurde nicht mehr beendet, wäre das der Fall gewesen, wären es 9.000 Meter. Da reichen 190 gezwungene Menschen nicht aus, solch ein unterirdisches Tunnelsystem zu erstellen.

Das Tunnelnetz war eine Luftschutzanlage, die bei Bombenalarm von der Dortmunder Bevölkerung möglichst schnell erreichbar sein sollte. Vom Johannes-Hospital bis zum Westpark ist die Tunnelanlage noch komplett erhalten.

Nach dem zweiten Weltkrieg gab es auch bei der Stadtverwaltung keine Bereitschaft, Nachforschungen zu erstellen. So beschreiben Wilfried Reininghaus/ Norbert Reimann in ihrem Buch folgendes: ...In dem Anschreiben des belgischen Research-Officers (H. De Maen) vom 17. August 1948 heißt es dazu: Betrifft: Nachforschungen über Läger und Gefängnisse... Das Wiederaufbauministerium (Abt. Kriegsoffer) hat mich beauftragt Nachforschungen anzustellen...(über) Konzentrationslager, Kriegsgefangenenlager, Arbeitslager, Disziplinlager und Erziehungslager und deren Kommandos, Erziehungslager für Arbeitsunwillige, Läger für freiwillige Arbeiter, Gestapo-Lager, Gefängnisse, Zuchthäuser und andre Gebäulichkeiten oder andre Unterkünfte, die während des Krieges in Deutschland sich aufhaltenden Ausländern als gemeinschaftliche Unterkünfte gedient haben....Aus dem überlieferten Antwortschreiben der Stadt Dortmund geht hervor, dass erst lange und zeitraubende Nachforschungen notwendig gewesen sind, um ein Verzeichnis zu erstellen: "Konzentrationsläger und andere Läger" wie angegeben, seien in Dortmund nicht vorhanden gewesen.....

Es ist bezeichnend, wie noch nach dem Krieg seitens der Behörden diese Geschichte behandelt wurde; man kann da nur fassungslos sein.

Schlussbetrachtung

Sollte es nicht unsere Aufgabe sein, diesen Menschen, die so gelitten haben, ihre Arbeit so ausgebeutet wurde und die gefoltert, geschlagen, verhungert, gemordet und zu einem großen Teil gestorben sind, zumindest ein Erinnern zu bewahren?

Auf der Westfalenhütte läuft das Projekt Grüner Ring, es ist ein riesiges Renaturierungsprojekt. In den Vorgesprächen haben wir den Planern vorgeschlagen, die Orte und Flächen mit Vergangenheit zumindest mit einem Gedenkhinweis zu kennzeichnen. Das wäre auch für viele andere Orte, die hier beschrieben wurden, zu wünschen. Dem Förderverein des Hoesch-Museums liegt ein Antrag vor, im Zuge der Neugestaltung und der Einbeziehung des Stahlbungalows, einen Korbiniansapfelbaum (KZ-3 Apfel) zu pflanzen und eine Gedenktafel aufzustellen. Ich hoffe, dass dem zugestimmt wird.

Für die Westfalenhalle, dem Zentrum (STALAG VI D) der Zwangsarbeit ist m.E. etwas Großes, Sichtbares zu entwickeln, etwas, wo die Menschen stehen bleiben und nicht achtlos, wie an dem Gedenkstein, vorbeigehen.

Der Autor Wilfried Stockhaus ist Mitglied im Vorstand des Fördervereins und ehrenamtlicher Mitarbeiter im Hoesch-Museum.

Zum Tode von Ernst Söder am 30. Juni 2023



Ernst Söder, Ehrenvorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergparkkomitee, ist am 30. Juni 2023 nach kurzer, schwerer Erkrankung im Alter von 84 Jahren verstorben.

„Alle Bedeutung des Lebens liegt im Handeln für die Gemeinschaft“. Mit diesem Wort von Thomas Carlyle überschrieb er vor einigen Jahren seine Lebenserinnerungen in der Autobiographie „Es gibt für alles eine Zeit“.

In seinem beruflichen Leben und im zivilgesellschaftlichen Engagement als Gewerkschafter, Sozialdemokrat und Antifaschist verfolgte er unermüdlich das Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Nach der Beendigung einer Verwaltungslehre bei der Stadt Dortmund und dem Studium an der Sozialakademie erhielt er 1960 eine Anstellung als Sekretär beim DGB in Dortmund. Nach 33 Jahren wechselte er zum DGB Region Hellweg/ Hochsauerland und war dort Kreisvorsitzender bis zu seiner Verrentung im Jahre 2001.

Ernst Söder leitete mehr als 10 Jahre den Dortmunder Jugendring und kämpfte in den 80er Jahren insbesondere für den Erhalt der Steinwache, die vom Abriss bedroht war.

Im Jahre 1983 gehörte er zu den Mitbegründern des Arbeitslosenzentrums in Dortmund und war 1988 Gründungsmitglied der Fritz-Hüser-Gesellschaft und bis 2011 Vorsitzender der Gesellschaft im gleichnamigen Institut für Literatur und Kultur der Arbeitswelt.

In den 70er und 80er Jahren gehörte Ernst Söder der Bezirksvertretung Hombruch an und war dort zuletzt Vorsitzender SPD-Fraktion. Ebenfalls war er 30 Jahre sachkundiger Bürger im Jugendwohlfahrtsausschuss der Stadt Dortmund.

Söder gehörte darüber hinaus lange Zeit dem Vorstand von ZWAR NRW an. Seit 1946 war er Mitglied der Sozialistischen Jugend „Die Falken“, in der er in den 50er Jahren mehrere Funktionen wahrgenommen hat. Seit 1959 war er Mitglied der SPD und der AWO.

Für ein Leben, geprägt vom Ehrenamt, erhielt er 1989 die Ehrennadel der Stadt Dortmund und 2004 das Bundesverdienstkreuz am Bande. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlieh ihm 2008 die Alfred-Gundlach-Medaille für seine Verdienste bei der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Interessen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die SPD im Stadtbezirk Hombruch zeichnete ihn 2006 für sein soziales und engagiertes Bürgerverhalten und Eintreten für Vielfalt, Toleranz und Menschlichkeit mit dem Ewald-Sprawe-Preis aus.

Ernst Söder war von 1999 Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache, und auch nach dem Zusammenschluss mit dem Internationalen Rombergparkkomitee 2011 dessen Vorsitzender bis im Jahre 2020. In dankbarer Anerkennung wählten die Mitglieder Ernst Söder zu ihrem Ehrenvorsitzenden. In unserer Stadtgesellschaft hat er wesentlich dazu beigetragen, dass die Gedenk- und Erinnerungskultur einen hohen Stellenwert erfahren hat und auch überregional Vorbildfunktion besitzt. Es ist ihm immer wichtig und unabdingbar erforderlich gewesen, die jüngere Generation mit einzubeziehen und gegen Menschenfeindlichkeit, Populismus, Rassismus und Antisemitismus einzutreten.

Wir bedanken uns bei unserem Freund und Mitstreiter, den wir schmerzlich vermissen.

Die Spuren seines Lebenswerkes und die Zeit mit ihm werden stets in uns lebendig sein.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Georg Deventer



Antikriegstag am 1. September 2023

Die Welt braucht Frieden

Unter dieses Motto stellten wir unsere Mahn- und Gedenkveranstaltung zum **Antikriegstag 2023**.

Der 1. September ist der Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen 1939 und damit der Beginn des 2. Weltkrieges. Die Initiative für diesen Gedenktag ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief.

Mit Beginn der 60er Jahre fanden dann auch in Dortmund Veranstaltungen statt. Die Tradition ist bis heute mit wenigen Unterbrechungen aufrechterhalten worden. 2007 zogen Neonazis und „braune Kameradschaften“ durch Dortmunds Straßen und skandierten ihren „nationalen Antikriegstag.“ Das war für uns auch der Anlass, an der Gedenkstätte Steinwache zum Antikriegstag aufzurufen. Eugen Drewermann war damals unser erster Hauptredner.

Wir, das sind seitdem die Veranstalter DGB Dortmund-Hellweg in Kooperation mit der Gedenkstätte Steinwache, dem Förderverein, der Auslandsgesellschaft, dem Jugendring sowie Slado e.V., unterstützt durch den „Arbeitskreis Dortmund gegen Rechtsextremismus“.

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2023:

Die Welt braucht Frieden!

Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit. Das ist die zentrale Lehre, die der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften aus der Geschichte gezogen haben. Das ist der Grund, weshalb wir uns mit all unserer gewerkschaftlichen Kraft für Frieden, Rüstungskontrolle und Abrüstung, für die Achtung der Menschenrechte und für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Wir leben in einer Zeit, in der dieses Engagement besonders gefordert ist. In unserer Nachbarschaft tobt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wir fordern die russische Regierung auf, ihn durch den Rückzug ihrer Truppen zu beenden und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen. Das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung steht für uns außer Frage.

Wir warnen aber eindringlich vor dem Irrglauben, immer mehr Waffen für die Ukraine würden zu einem schnelleren Ende des Krieges führen. Und wir warnen vor der einseitigen Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Handeln stärker auf friedliche Ansätze zur Konfliktlösung zu fokussieren: Haben Sie den Mut, mehr Diplomatie zu wagen! Was uns eint, ist die Überzeugung, dass dauerhafter Frieden und eine stabile internationale Friedensordnung nur möglich sind, wenn sich die Stärke des Rechts durchsetzt – und nicht das Recht des Stärkeren. Mit Waffen lässt sich kein Frieden schaffen!

Das sehen wir überall da, wo Kriege und Bürgerkriege toben – ob in Syrien, im Iran, im Jemen, im Sudan oder in Äthiopien. Militärische Konflikte und der Einsatz bewaffneter Gewalt bringen Tod, großes Leid und führen zu Flucht und Vertreibung. Unsere Solidarität

gilt den Menschen auf der Flucht, egal auf welchem Kontinent. Wir verurteilen alle Regierungen, die Krieg, Unterdrückung, Gewalt und Folter als Mittel der Politik und Instrumente zur Sicherung ihrer Macht einsetzen!

Die Waffen müssen endlich schweigen – überall! Gerade in Zeiten, in denen die geopolitischen Spannungen zwischen Weltregionen zunehmen, ein Rückfall in das Denken in Machtblöcken die Oberhand zu gewinnen droht und ein neuer nuklearer Rüstungswettlauf begonnen hat. Die Zahl unmittelbar einsatzfähiger Nuklearsprengköpfe steigt immer weiter. Gleichzeitig nehmen die Ausgaben für atomare Aufrüstung aberwitzige Ausmaße an und lagen allein im letzten Jahr bei rund 77 Mrd. Euro. Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Neue Waffensysteme dürfen nicht mit der Schließung von Krankenhäusern oder dem Verzicht auf Zukunftsinvestitionen bezahlt werden.

*Die jüngste Häufung weltweiter Extremwetterereignisse führt uns drastisch vor Augen, dass die Bekämpfung des Klimawandels keinen Aufschub duldet. Der dafür erforderliche Umbau unserer Wirtschaft und seine sozial gerechte Gestaltung werden nur gelingen, wenn dafür ausreichend öffentliche Mittel bereitstehen. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, von einer – wie es die NATO fordert – weiteren Aufstockung des Rüstungsetats auf zwei Prozent des BIP oder sogar mehr abzusehen und sich mit ihren EU-Partner*innen und im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft für neue nukleare Rüstungskontrollabkommen und eine Eindämmung von Rüstungsexporten stark zu machen.*

Wir werden von der Überzeugung getragen, dass wir unsere Ziele nur in großer Solidarität erreichen. Rechtsextreme Positionen und Verschwörungsmythen haben bei uns keinen Platz. Wir werden uns nicht wegen der Hautfarbe, sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität, Religion oder Behinderung spalten lassen.

Die Welt braucht Frieden! Wir stehen zusammen: für Solidarität, für Gerechtigkeit, für Freiheit und für Frieden – jetzt!



Die Veranstaltung, die seit 2007 an der Steinwache nun schon zum 17. Mal in Folge durchgeführt wurde, musste kurzfristig wegen Dauerregens in den großen Veranstaltungssaal der Auslandsgesellschaft verlegt werden. Etwa 120 Teilnehmer/innen waren gekommen, um erneut ein deutliches Zeichen gegen Kriege, Gewalt und Aufrüstung zu setzen.

Jutta Reiter erinnerte an die kürzlich verstorbenen Ernst Söder und an Ula Richter, die, jeder auf seine Weise, sich in den letzten Jahrzehnten gegen Militarismus und Faschismus engagiert haben.

Begrüßung und thematische Einführung durch Jutta Reiter, Vorsitzende des DGB Dortmund-Hellweg



Der OB ging insbesondere auf die Lage der etwa 7.000 ukrainischen Flüchtlinge ein, die Zuflucht in Dortmund gefunden haben.

[Thomas Westphal, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Mitglied der internationalen Mayors of Peace sowie der Cities for a Nuclear Free Europe, bei seinem Grußwort](#)

Der diesjährige Hauptredner war Knut Giesler, Vorsitzender der IG Metall NRW. Knut Giesler trat vehement für die Überzeugung ein, dass dauerhafter Frieden und eine stabile Friedensordnung nur möglich sind, wenn sich die Stärke des Rechts durchsetzt - und nicht das Recht des Stärkeren. Mit Waffen lasse sich kein Frieden schaffen.



[Knut Giesler, IG Metall NRW](#)

Beim diesjährigen Antikriegstag lenkten wir den Blick auch auf die Folgen des Krieges für die Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten und hier in Dortmund Zuflucht gefunden haben.

So hatten die „Falken“ und DGB-Jugend mit zwei aus ihrer Heimat geflüchteten jungen Männern Interviews geführt und konnten diese per Videoclips präsentieren. Die beiden jungen Männer berichteten über ihre Flucht und Beweggründe und schilderten ihre Situation nun in Dortmund, wo sie ihre neue Heimat gefunden haben. Ihre Wünsche sind Teilhabe durch Sprache, eine gute Wohnung zu haben, eine gute Ausbildung und soziale Bindungen aufzubauen.



Seit vielen Jahren wird am Antikriegstag auch der verfolgten und ermordeten „queeren“ Menschen während der NS-Zeit gedacht.

Paul Klammer von SLADO e.V., der sich für die Rechte von Schwulen-, Lesben-, Bisexuellen- und Transidenten in Dortmund einsetzt, hielt die letzte Rede, ein intensives Plädoyer für die Einhaltung der Menschenrechte für alle Menschen weltweit, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.

Die beiden Vertreter von SLADO e.V. vor der Kranzniederlegung im Innenhof der Steinwache



Es ist auch schon Tradition der Mahn- und Gedenkveranstaltungen zum Antikriegstag, dass der Jugendring Dortmund die Gelegenheit hat, sich für die Jugendverbände zu positionieren.

Seit vielen Jahren wird am Antikriegstag auch der verfolgten und ermordeten „queeren“ Menschen während der NS-Zeit gedacht.

Sophie Niehaus, Vorsitzende des Jugendrings, Dortmund

Den musikalischen Rahmen gestaltete Eugenia Olevska - gebürtige Ukrainerin, seit über 20 Jahren in Deutschland – mit dem mandolinenähnlichen Instrument der Domra und Liedern aus ihrer früheren Heimat. Frau Olevska ist heute u.a. als Musiklehrerin an der Dortmunder Musikschule tätig.



Eugenia Olevska mit der „Domra“

Fahrt nach Stukenbrock am 2. September 2023

Ein Besuch in der Gedenkstätte Stalag 326 VI K (Senne)

Auch in diesem Jahr ist der Fördervereins Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergpark-Komitee der Einladung des Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock zur alljährlichen Gedenkveranstaltung Anfang September auf dem Friedhof des Stalag VI K gefolgt.

So reisten 12 Dortmunder*innen nach Stukenbrock. In diesem Jahr verbanden sie die Teilnahme an der Gedenkveranstaltung mit einem Besuch in der Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne. Das Lager war unweit des Friedhofs, auf dem die Gedenkstunde alljährlich stattfindet. Heute ist auf dem Gelände des Stalag VI K eine Landespolizeischule. Nur noch 3 Gebäude des Kriegsgefangenenlagers sind erhalten geblieben: die Arrestbaracke, die Entlausung und eine Kapelle am äußersten Ende des Lagergeländes. Die Gedenkstätte Stalag 326 VI K (Senne) befindet sich am Eingang des Lagers, in der Arrestbaracke und der Entlausung.

Ein Mitarbeiter in der Gedenkstätte, empfing die Gruppe am Eingang der Polizeischule und führte sie mit einem sachkundigen Vortrag durch die Gedenkstätte. Der Rundgang begann in der ehemaligen Arrestbaracke. Dort befindet sich eine kleine Ausstellung, die über das Schicksal der Kriegsgefangenen berichtet.

Das Mannschaftsstammlager (Stalag) 326 (VI K) Senne wurde im Frühjahr 1941 errichtet, zunächst nur für sowjetische Kriegsgefangenen. Das Lager unterstand der Wehrmacht, die Ziffern VI K zeigt an, dass es sich um ein Lager im Wehrkreis VI handelt. Der Wehrkreis VI umfasste etwa das heutige Bundesland NRW, das Emsland und die Grafschaft Bentheim. Mehr als 300.000 Kriegsgefangene durchliefen das Lager. Sie wurden hier registriert, für sie wurde eine Personalkarte angelegt und sie erhielten eine Erkennungsmarke, in die die Bezeichnung des Lagers und eine Registrierungsnummer eingestanzte war.

Anfangs war das Lager nur ein umzäuntes Gelände, es gab keine Unterkünfte, keine Küche und keine sanitären Einrichtungen. Die Männer, die als Kriegsgefangene im Sommer und Herbst 1941 nach tagelanger Fahrt in offenen Waggons hierhergebracht wurden, campierten unter freiem Himmel. Zum Schutz vor der Witterung gruben sie Erdhöhlen oder bauten Hütten aus Zweigen und Ästen von den Bäumen auf dem Lagergelände. Sie erhielten anfänglich keine medizinische Versorgung und keine Verpflegung. Ihr Tod wurde in Kauf genommen. So setzte sich der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und ihre Menschen auch in der westfälischen Senne fort. Die sowjetischen Kriegsgefangenen sollten nicht zur Zwangsarbeit eingesetzt werden, sie sollten zugrunde gehen.

Im Sommer und Herbst 1941 waren 3.000.000 Rotarmisten und Rotarmistinnen in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten. Tatsächlich starben überall in den Lagern an der Front und im deutschen Reich bis zum Februar 1942 zwei Millionen Männer und Frauen an Hunger, Verwundungen und Krankheiten. Viele Männer, die in das Stalag 326 (VI K) gebracht wurden, kamen, kurz nach ihrer Ankunft, krank, verwundet oder geschwächt von dem langen Weg hier um.

Doch schon bald verlangte die deutsche Industrie den Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen. Sie forderten Ersatz für die fortwährend steigende Zahl an Männern, die zur Wehrmacht eingezogen wurden. Mit dieser Forderung setzten sich die Industrieführer gegen die Nazis durch. Das Stalag 326 (VI K) Senne wurde Registrierungs- und

Musterungslager für den Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen in Betrieben und Zechen des Ruhrgebiets. Die Männer wurden vom Stalag VI K zur Zwangsarbeit u.a. in die Stalags VI D nach Dortmund und VI A nach Hemer gebracht und von dort in die Arbeitskommandos auf den Werken und Zechen. Das Lager hatte außerdem die Aufgabe die nähere Umgebung mit Arbeitskräften zu versorgen.

Im Stalag VI K waren immer etwa achttausend Kriegsgefangenen. Es war ein Kommen und Gehen, die meisten blieben nicht lange, sie wurden schnell in die Arbeitskommandos in der Region oder ins Ruhrgebiet gebracht.

In den folgenden Jahren waren auch französische, polnische und serbische Kriegsgefangenen und italienische Militärinternierte im Stalag VI K. Die Lebensumstände der Kriegsgefangenen waren sehr unterschiedlich. Die Gefangenen wurden streng nach Nationalitäten getrennt und während die Kriegsgefangenen aus Frankreich, Polen oder Serbien aufgrund der Genfer Konvention Rechte hatten und dem internationalem Recht unterstanden, das den Umgang mit ihnen regelte war, hatte die Kriegsgefangenen aus Sowjetunion diese Rechte nicht. Sie waren völlig der Willkür der Wehrmacht, des Nazistaates und ihren Arbeitgebern in den Arbeitskommandos ausgeliefert. Dies zeigte sich in allem, in der Unterbringung, in der Versorgung und in ständigen rassistischen Schikanen. Kriegsgefangenen ist es nach Genfer Konvention erlaubt Briefe an ihre Familien zu schreiben und Briefe und Päckchen von ihren Angehörigen zu erhalten Sowjetische Kriegsgefangene hatten keinerlei Kontakt zu ihren Familien. Sie durften kein weder Briefe schreiben noch Briefe oder Päckchen erhalten.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Arbeitskommandos waren für sie besonders hart. Das führte dazu, dass die Männer ihre Gesundheit verloren. Wenn sie nicht mehr arbeitsfähig waren, schickte man sie in die Lager zurück. So kamen auch viele Gefangenen in das Lazarett des Stalag VI K. Deutsche Ärzte und Sanitäter mieden dieses Lazarett wegen der Seuchengefahr. Die Kranken wurden von sowjetischen Ärzten und Sanitätern, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren, versorgt. Die Lazarette waren in vielen Lagern Orte des Widerstands, da die Gefangenen hier weitgehend unter sich waren. Der Widerstand bestand jedoch nicht im Organisieren von Aufständen. Die Lazarette waren Orte des Informationsaustausches und der Weitergabe von Informationen, da dort ein Kommen und Gehen herrschte. Viele Männer, waren nicht nur erschöpft und krank von der schweren Arbeit, sondern auch mental in einer schlechten Verfassung. Sie litten unter den rassistischen Erniedrigungen, den ständigen Demütigungen und der Ungewissheit über das Schicksal ihrer Familien. Das Kommen und Gehen der Gefangenen im Lazarett ermöglichte einen regen Informationsaustausch durch Berichte von und für die Männer in den Arbeitskommandos und durch eingeschmuggelte Zeitungen, die Meldungen von der Front enthielten. Ärzte und Sanitäter versuchten mit der Weitergabe von Informationen den Männern neuen Mut zu geben.

Die sogenannte Entlausung ist ebenfalls ein erhaltenes Lagergebäude, das der Gedenkstätte zur Verfügung steht. Heute werden die Räume für Veranstaltungen, Ausstellungen und Workshops genutzt. Die Räume, die heute ein Ort der Begegnung sind, waren für die Gefangenen ein Ort traumatischer Erlebnisse. Die Entlausung war die erste Station im Lager. An den Wänden finden sich noch immer die alten Inschriften. Pjotr Terentjewitsch Jankowskij, Gefangener im Stalag VI K berichtet über seine Ankunft im Lager:

„An der Grenze der menschlichen Kraft, ermüdet, hungrig, ausgezehrt vom langen Unterwegssein ..., führten sie uns nun noch in das Lagerbad zur sanitären Behandlung. Vor

dem Eingang in das Bad ließen sie uns in Reih und Glied antreten und ein deutscher Soldat erklärte uns die Ordnung für den Durchlauf.“... „Die Köpfe schoren sie uns kahl. Die Haare an den übrigen Köperteilen sollten wir uns selbst abrasieren. Im Auskleideraum nahmen uns Kriegsgefangene unsere Kleidungsstücke ab. Danach gaben sie uns auf Befehl eines Deutschen Rasiermesser, die stumpf waren. Wie sollte man es wohl schaffen mit solchen stumpfen Rasiermessern am eigenen Körper, wo nur Haut und Knochen waren, die Haare abzurasierern? Und dazu kam noch, daß von Hunger, von der ungeheuren Müdigkeit und von der starken nervlichen Anspannung die Hände zitterten und nichts halten konnten.“

Quelle „Der erste Tag des Aufenthaltes im Lager Stukenbrock – Aus den Aufzeichnungen des ehemaligen Gefangenen P.T. Jankowskij“ aus: „Das Lager 326 – Augenzeugenberichte, Fotos, Dokumente“ Herausgeber ist der Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock e. V., Porta Westfalica, 1988

inzwischen besteht die Gedenkstätte 30 Jahre. Sie ist eine zivilgesellschaftlich Initiative und wurde von Aktiven aus Region errichtet. Die öffentliche Förderung ist bescheiden. Doch durch die Arbeit der Gedenkstätte haben viele Menschen hier etwas es über das Schicksal der Kriegsgefangenen, ihr Leben und Leiden, erfahren.

Seit einigen Jahren gibt es nun den Plan die Gedenkstätte auszubauen und in eine Einrichtung des LWL umzuwandeln. Zunächst war geplant nicht nur die erhaltenen Gebäude zu nutzen, sondern ein weiteres größeres Gebäude zu errichten. Dafür standen erhebliche Bundes- und Landesmittel zur Verfügung. Die Inflation und die Baukostensteigerung und erforderliche bauliche Veränderung für den Zugang zur Gedenkstätte haben jedoch das Budget schmelzen lassen. Nach derzeitigen Planungen sollen die vorhandenen Gebäude, die Arrestbaracke und die Entlausung, genutzt werden. Zur Finanzierung des laufenden Betriebs der zukünftigen Gedenkstätte ist eine finanzielle Beteiligung der Landkreise und Städte in der Region vorgesehen. Dazu wären entsprechende Beschlüsse der kommunalen Gremien erforderlich, doch ob es in allen Fällen gelingt diese herbeizuführen ist nicht sicher. Kürzlich war in einer Sendung des WDR zu erfahren, dass bis zum Jahresende die Zustimmung zur finanziellen Beteiligung der Kommunen erforderlich sei, ansonsten sei die Errichtung einer großen LWL-Gedenkstätte fraglich.

Hanne Tölke / Georg Deventer



Foto der Gruppe vor der Entlausungsbaracke

v.l.n.r: Wilfried Stockhaus, Uli Steinmann, Agathe Langenstein, Doris Nakken, Margret Deventer, Sigrid Steinmann, Ines Blößel, Georg Deventer, Hanna Cordes, Dmitriy Kostovarov, Hanne Tölke, Ralf Brinkhoff

Nach dem Besuch der Ausstellung in der Gedenkstätte nahm die Gruppe auf dem nahegelegenen „Sowjetischen Soldatenfriedhof“ an der Mahn- und Gedenkveranstaltung teil. Bis zu 65.000 männliche Kriegsgefangene aus den früheren Sowjetrepubliken fanden dort in den Kriegsjahren ihre letzte Ruhestätte in Massengräbern. Nach der Befreiung des Kriegsgefangenenlagers haben die Überlebenden diesen Massengräberfriedhof zu einem Ort des Gedenkens gemacht. Heute ist daraus ein parkähnlicher Ehrenfriedhof geworden, der gemeinsam mit der Gedenkstätte zum Stalag 326 einen unaufdringlichen, aber sehr wichtigen Teil des Erinnerns und Gedenkens für alle Generationen ausmacht.

Seit über 50 Jahren finden alljährlich aus Anlass des Antikriegstages am Ehrenmal Gedenkveranstaltungen statt, die vom „Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock“ durchgeführt werden. Etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten in diesem Jahr ein deutliches Zeichen gegen Krieg und Aufrüstung. Viele prominente Persönlichkeiten aus Politik und Zivilgesellschaft haben bislang dort gesprochen. In diesem Jahr sprach Prof. Dr. Norman Paech (85), Völkerrechtler und früherer Bundestagsabgeordneter der Partei Die Linke, aus Hamburg.

Diese Rede veröffentlichen wir hier gerne:

Gedenkrede Stukenbrock 2. September 2023, Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg

Es ist an diesem Platz schon eine lange Tradition, jedes Jahr am Antikriegstag nicht nur den Frieden zu beschwören und gegen die aktuellen Kriege die Stimme zu erheben, sondern vor allem an die unvorstellbaren Verbrechen des deutschen Volkes und die Toten dieses bisher größten Krieges der Menschheitsgeschichte zu erinnern. Ich danke Ihnen/Euch und fühle mich durch Ihre Einladung geehrt, dieses Jahr wieder hier zu sprechen. Ich bin 1938 geboren und habe selbst nur schwache Erinnerungen an die Zeit des Krieges. Wir lebten, ausgebombt und evakuiert bei Bauern in einem Dorf, Sandstedt,

an der Weser. Der Krieg ging an ihm vorbei. Nur an eines erinnere ich mich genau. Auf dem Nachbarhof gab es einen russischen Arbeiter, zwischen uns ein Zaun, er war freundlich, wir glaubten, er würde sich von Baumrinde ernähren und behandelten ihn so, boten ihm Baumrinde durch den Zaun. So wurde das Bild vom „russischen Untermenschen“ in die Gehirne der Kinder gepflanzt. Ich schäme mich bis heute.

Erst Jahrzehnte später – nicht in der Schule, nicht im Studium – erst lange nach den Jahren des „organisierten Vergessens“ erfuhr ich, dass es mehr als 5,7 Millionen solcher russischen Arbeiter und Kriegsgefangener in Deutschland gab, von denen fast zwei Drittel, bis zu 3,3 Millionen nicht überlebte. 65 000 der durch Zwangsarbeit und Hunger umgekommenen liegen hier. Schon vor Kriegsbeginn war der Massentod sowjetischer Kriegsgefangener im sogenannten „Hungerplan“ einkalkuliert worden. Sie sollten in arbeitsfähige Gefangene unterschieden werden, die am Leben bleiben sollten, und nichtarbeitsfähige Gefangene, die ermordet wurden. Etwa 140.000 sowjetische Gefangene wurden als „politisch untragbar“ zur Ermordung an die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und den Sicherheitsdienst (SD) übergeben. All diese sowjetischen Kriegsgefangenen waren nach der jüdischen Bevölkerung die zweitgrößte Opfergruppe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. 2 Vor einigen Monaten nahm ich in Hamburg an einer Gedenkfeier für die in der Schule am Bullenhuser Damm noch im April 1945 ermordeten 20 jüdischen Kinder teil. Alljährlich wird in dem schon lange nicht mehr als Schule benutzten Gebäude am 20. April des grauenhaften Mordes gedacht. Eine private Initiative. Hinterbliebene und Verwandte werden aus Israel, Polen, Italien und Frankreich eingeladen. In den letzten Jahren hat sich auch die Stadt Hamburg zur Unterstützung dieser Initiative entschieden und entsendet seither eine Vertretung der Stadt. Am gleichen Tag wurden aber auch 24 sowjetische Kriegsgefangene ermordet. Wie sie hießen, weiß man bis heute nicht. Hinterbliebene oder Verwandte sind nicht bekannt. Sie werden bei der Gedenkfeier für die Kinder zwar erwähnt, aber eine Feier für sie gibt es nicht. Diese Gesellschaft weiß zwar, dass der heroische Krieg der Sowjetunion 27 Millionen Menschenleben gekostet hat und der Angriff der deutschen Armee am 22. Juni 1941 mit einer Lüge begann, sie weigert sich aber, das Erbe der Erinnerung, wie es zumindest in der DDR bis zu ihrer Auflösung aktiv gepflegt wurde, zu übernehmen und weiterzuführen.

Das Gedenken und die Erinnerung werden privaten Initiativen überlassen mit ihren schmalen Mitteln, wie in Stukenbrock oder Gudendorf, nur zögerlich unterstützt von der öffentlichen Hand. Sucht man aber in Wikipedia nach Stukenbrock, so stößt man auf das Schloss Holte, den Safaripark und den FC Stukenbrock, kein einziger Eintrag verweist auf die Gedenkstätte. Wohl jeder Redner an dieser Stelle hat an die Mahnung von Christa Wolf erinnert: „Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.“

Das darf nicht sein, deswegen sind wir hier, um das Gedenken lebendig zu halten, uns nicht vor der Geschichte zu drücken, wenn auch auf dem Obelisken immer noch das Kreuz steht, wo einst die sowjetische Flagge wehte, wo sie hingehört – wie auf der Einladung zu dieser Gedenkfeier zu sehen. Am 6. September ist Antikriegstag, und den 21. September hat die UNO-Generalversammlung 1981 dem Frieden gewidmet. Offiziell heißt es in dem Entscheid: „Dieser Tag soll offiziell benannt und gefeiert werden als Weltfriedenstag und soll genutzt werden, um die Idee des Friedens sowohl innerhalb der Länder und Völker als auch zwischen ihnen zu beobachten und 3 zu stärken.“ Beide Tage gehören zusammen und werden verbunden durch die Erinnerung. Es fehlt ein Tag der

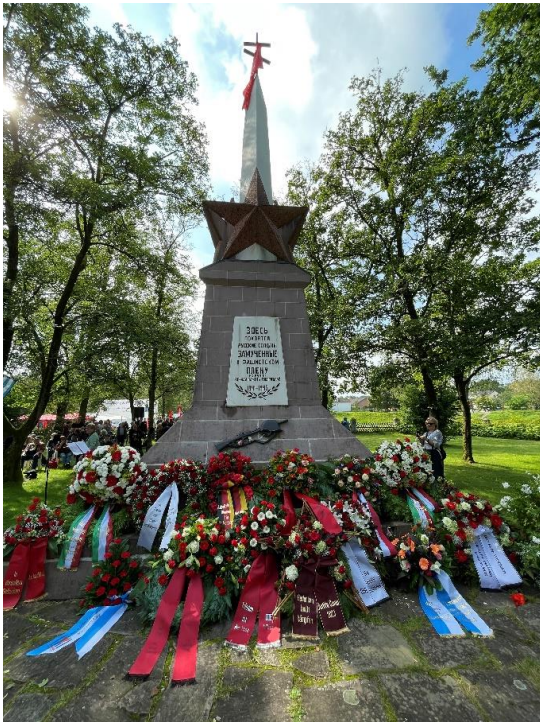
Erinnerung, der deutlich macht, dass der Ruf „Nie wieder Krieg“ nur aus der Erinnerung an die furchtbaren Folgen vergangener Kriege Sinn macht und die Idee des Friedens ohne Erinnerung hohl ist. Vor über 70 Jahren, 1952, mahnte Bertold Brecht in seiner Rede für den Frieden: „Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die Beschreibungen, die der New Yorker von den Gräueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von Ruinen, und doch zögert er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen. Der Regen von gestern macht und nicht nass, sagen viele.

Die Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns heute schon vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen. Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen die die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne Zweifel, wenn denen die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Als ich vor genau 20 Jahren hier in Stukenbrock zum Antikriegstag am 6. September die Gedenkrede hielt, habe ich den ehemaligen Präsidenten der Sowjetunion Michail Gorbatschow zitiert. Er erinnerte sich in seinen Memoiren an den Besuch seiner Frau Raissa im Juni 1989 in Stukenbrock und schrieb: 4 „Endlich geschah, was schon längst hätte geschehen müssen: Man verneigte sich vor den Gräbern unserer Landsleute, die in dem vom Faschismus aufgezwungenen Krieg ihr Leben lassen mussten, und man richtete ein gutes Wort an die Bürger des neuen Deutschlands. Die deutsche Presse berichtete ausführlich darüber und würdigte diesen Akt als ein bedeutsames Ereignis, als eine Geste der Versöhnung.



Prof. Dr. Paech



Obelisk mit den Kränzen



Gesteck des Fördervereins



Dortmunder Gruppe des Fördervereins

Stellungnahme zum Beschluss des Kreistages Gütersloh, der Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) die Förderung zu versagen

Die Gedenkstätte in Stukenbrock ist nach dem Beschluss des Gütersloher Kreistages Anfang Oktober d.J. in ihrem Fortbestand bedroht. Wir Dortmunder haben die nachfolgende Stellungnahme abgegeben und an die örtlichen Beteiligten verschickt. Gleichzeitig haben auch unsere MdB Sabine Poschmann und Jens Peick sowie MdL Anja Butschkau diese Stellungnahme erhalten.

Der Kreistag Gütersloh hatte den jährlichen Zuschuss zu den laufenden Kosten der neuen Gedenkstätte abgelehnt, mit den Stimmen der CDU, Freien Wählervereinigung **und** der AfD. Somit ist der Ausbau der jetzigen Gedenkstätte, die wir noch am 2. September besucht haben, gescheitert. Mit der Ablehnung des jährlich notwendigen örtlichen Betriebskostenzuschusses sind auch hohe Bundeszuschüsse, die für die Neukonzeption der Gedenkstätte nötig sind, in Gefahr. Gerade in diesen Zeiten ist der Mehrheitsbeschluss, der mit den Stimmen der AfD zustande kam, nicht hinzunehmen. Erschreckend ist, dass die CDU im Kreistag Gütersloh gemeinsam mit der AfD eine Haltung einnimmt, wie es führende Vertreter der AfD zur Kehrtwendung in der Erinnerungsarbeit tun. Hier nun die Stellungnahme:

Leider mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die neue Gedenkstätte des Stalag 326 (VI K) keine mehrheitliche Zustimmung im Kreistag Gütersloh erhält. Die CDU hat mit den Stimmen von AfD und FWD/UWD eine zukünftige Beteiligung an den Betriebskosten abgelehnt. Damit steht die lange geplante Neukonzeption und Erweiterung der Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) vor dem Aus und die Gedenkstätte ist sogar in ihrer Existenz gefährdet. Mit der seit mehreren Jahren geplanten Neukonzeption und Erweiterung der Gedenkstätte 326 (VI K) haben wir in Dortmund die Erwartung verbunden, dass die Arbeit der Gedenkstätte ausgeweitet und in noch größerem Maße zu einem Ort der politischen Bildung und der Forschung wird. In Dortmund und im Ruhrgebiet besteht ein besonderes Interesse an einer Gedenkstätte im ehemaligen Stalag 326 (VI K) Senne. Dieses Interesse zeigte sich z.B. in regelmäßigen Besuchen der Gedenkstätte und der Teilnahme an Gedenkstunden auf dem Friedhof des Stalag VI K durch die Mitglieder des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergpark-Komitee. Erst im vergangenen Monat hat eine Gruppe aus Dortmund die Gedenkstätte besucht. Dieses Interesse kommt nicht von ungefähr. Zwischen dem Stalag VI K und den Kriegsgefangenenlagern im Ruhrgebiet und in Westfalen gab es enge Verbindungen.

Bereits im September 1941 kamen sowjetische Kriegsgefangene aus dem Stalag VI K Senne in das Stalag VI D nach Dortmund. Ab Herbst 1942 wurden im Ruhrgebiet und Westfalen sowjetische Kriegsgefangene in großer Zahl eingesetzt. Dies geschah auf Verlangen von Vertretern des Ruhrbergbaus und der Stahlindustrie, denn durch die zunehmende Einberufung von Männern zur Wehrmacht bestand ein großer Arbeitskräftemangel. Das Stalag VI K wurde Musterungs- und Registrierungslager für sowjetische Kriegsgefangene. Von hier aus wurden die als arbeitsfähig befundenen Männer in die Stalags VI D Dortmund und VI A Hemer und von dort in die Arbeitskommandos auf den Zechen und in den Betrieben und Werken im Ruhrgebiet und in Westfalen gebracht. Das Stalag VI K war damit ein zentraler Ort für die Zuweisung von Arbeitskräften. Auf den Zechen des Ruhrgebiets waren ab 1943 bis zu 50 % aller Zwangsarbeiter sowjetische Kriegsgefangene. Sowohl der massenhafte Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen im

Ruhrgebiet und in Westfalen, als auch das harte Schicksal dieser Männer war lange Zeit im öffentlichen Bewusstsein wenig präsent.

Der jahrzehntelangen, engagierten Arbeit der Mitarbeiter*innen der Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne ist es zu danken, dass das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen erforscht und bekanntgemacht wurde. Die Pläne für die Erweiterung und die Neukonzeption der Gedenkstätte haben wir als Förderverein Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergpark-Komitee in Dortmund mit großem Interesse und mit großer Anteilnahme verfolgt. Eine solche Gedenkstätte ist aus den oben erwähnten Gründen für die Erinnerungsarbeit im Ruhrgebiet von herausragender Bedeutung. Sie kann zukünftig für die öffentliche Wahrnehmung von Zwangsarbeit im Ruhrgebiet während des 2. Weltkriegs ebenso wie für ihre weitere Erforschung von großer Wichtigkeit sein. Das jetzige Aus haben wir daher mit Empörung und Unverständnis zur Kenntnis genommen. Hier wird aus unserer Sicht eine Chance vertan.

Wir fordern daher den Kreistag in Gütersloh auf, seinen jetzigen Beschluss zu revidieren und der Gedenkstätte die erforderliche Unterstützung zu geben.

Dortmund, den 04.10.2023

gez. Georg Deventer

gez. Hanne Tölke



Gedenken in Hombruch am 19. September 2023

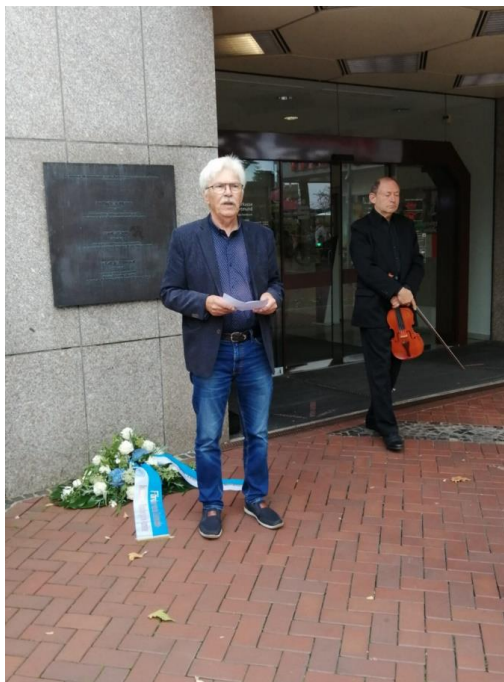
In Erinnerung an Hombrucher Widerstandskämpfer in der NS-Zeit fand am 19. September 2023 eine Gedenkveranstaltung statt. In diesem Jahr hatte der Förderverein anlässlich des Geburtstages von Fritz Husemann vor 150 Jahren zur Gedenktafel in Hombruch, Harkortstraße, am Sparkassengebäude, eingeladen.

Etwa 30 Teilnehmer/innen waren zur Niederlegung eines Blumengebindes und zum Gedenken gekommen.



Der Vorsitzende des Fördervereins, Georg Deventer, wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass seit über 20 Jahren jährlich an vier Hombrucher Widerstandskämpfer, die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden, erinnert wird.

Am 24. Juli 1944 wurden Hans Grüning und Wilhelm Knöchel im Zuchthaus in Brandenburg durch das Fallbeil hingerichtet.



Fritz Husemann wurde schon am 15.04.1935 im Konzentrationslager Esterwegen ermordet.

Der Priester Wilhelm Oberhaus starb am 20. September 1942 in Dachau an Hunger und einer nicht behandelten Krankheit.

In diesen Zeiten sei es umso wichtiger, an diese aktiven Widerstandskämpfer zu erinnern, die sich mutig gegen die faschistische Diktatur und gegen Gewalt und Krieg eingesetzt haben und dafür ihr Leben gegeben haben.

Herzlich begrüßen konnte er den Bezirksbürgermeister Nils Berning, (CDU) und Vertreter/innen der Bezirksvertretung im Stadtbezirk Hombruch und Mitglieder der politischen Parteien vor Ort. Auch Phillip Gloe von

der Sparkasse Hombruch konnte er begrüßen. Georg Deventer erinnerte an den Ehrenvorsitzenden des Fördervereins Ernst Söder, der am 30. Juni 2023 verstorben ist. Er habe seinerzeit maßgeblich dazu beigetragen, dass die Gedenktafel geschaffen wurde und die jährlichen Erinnerungen durchgeführt wurden.

Das Gedenken findet auch statt, um für eine vielfältige, tolerante und demokratische Gesellschaft einzutreten. Er wies darauf hin, dass die populistische Partei und in großen Teilen rechtsextreme Partei „Alternative für Deutschland“ die Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland eher um 180 Grad umkehren möchte. So heiße es, dass es wohl nunmehr genug sei an die NS-Zeit zu erinnern. Und wenn überhaupt erinnert würde, dann doch an die nationalen Opfer der Bombenangriffe und an die gefallenen deutschen Soldaten. Georg Deventer mahnte an, sich von unserem „Dortmunder Weg“ nicht abbringen zu lassen, getreu des Mottos der „Botschafter/innen der Erinnerung“ *Zukunft braucht Erinnerung*. Er appellierte: Sorgen wir dafür, dass diese Art der Alternative für Deutschland schon bald wieder unbedeutend ist.

In seinem Grußwort bedankte sich Nils Berning im Namen der Bezirksvertretung Hombruch für das Engagement des Fördervereins in all den Jahren in Hombruch. Wie Georg Deventer sehe er die Erinnerungs- und Gedenkkultur als eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der niemals Zweifel angebracht werden dürfen.



Auch die Bezirksvertretung mit ihren demokratischen Parteien stehe für eine vielfältige und tolerante Gesellschaft. Die Widerstandskämpfer aus Hombruch, die Opfer des NS-Regimes wurden und denen heute gedacht werde, mahnen uns alle, nicht zu vergessen und nicht gleichgültig zu sein, damit sich die Geschichte nicht wiederhole.

Doris Borowski, stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins rief, die Lebensstationen der Hombrucher Widerstandskämpfer in Erinnerung. Hier ihr Redebeitrag:

Liebe Anwesende,

ich fühle mich geehrt hier in „meinem“ Stadtteil Hombruch jener zu gedenken und an ihren Widerstand im faschistischen Deutschland zu erinnern, die auf dieser Tafel, vor der wir stehen, genannt sind.

Wir alle erleben zur Zeit eine Veränderung in unserem Land: Dinge können wieder gesagt werden, die ich nicht für möglich gehalten hätte, Hass und Dämonisierung sind an der Tagesordnung und finden sich in den Medien wieder.



Da empfinde ich es als besonders wichtig, an Menschen zu erinnern, die sich dem damaligen Zeitgeist mit einem mutigen „Nein“ entgegenstellten. Sie bezahlten es wie Fritz Husemann, Wilhelm Oberhaus und Hans Grüning oft mit dem Leben.

Ich wünsche, dieses Gedenken könnte helfen, uns gegen Faschismus und Krieg zu vereinen über Unterschiede und Anschauungen hinweg.

Fritz Husemann, Wilhelm Oberhaus und Hans Grüning kamen aus ganz unterschiedlichen Elternhäusern, lebten und wirkten in verschiedenen Zusammenhängen und Vorstellungen, verbunden sind sie in der Erkenntnis, dass der faschistische Staat als unmenschlich zu bekämpfen ist.

Fritz Husemann, dessen 150ter Geburtstag, heute ist (weswegen der Förderverein Steinwache/ Internationales Rombergparkkomitee den heutigen Tag für die Gedenkveranstaltung gewählt hat), kam aus armen Verhältnissen. Mit 14 Jahren begann er eine Steinmetzlehre, wechselte zum Maurerberuf und im Ruhrgebiet arbeitete er als Bergmann. Er bildete sich weiter und organisierte sich in der SPD, wurde Vorsitzender des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter, war Mitglied des Preußischen Landtages und für die SPD im Reichstag.

Nach dem Reichstagsbrand 1933 begannen die Verhaftungswellen gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Auch Fritz Husemann wurde verhaftet und in den folgenden Jahren immer wieder. 1935 wurde er ins KZ Esterwegen gebracht und dort sofort nach seiner Ankunft bei einem „sogenannten Fluchtversuch“ durch einen Bauchschuss so schwer verletzt, dass er im Krankenhaus verstarb.

Seine Beisetzung verband über Partei und Organisationsgrenzen hinweg über 1.000 Menschen und zeigte die große Popularität von Fritz Husemann.

Ganz anders war da das Leben von Wilhelm Oberhaus, Sohn eines Fabrikanten in Herford, wurde katholischer Priester und begann 1933 als Neupriester in der Pfarrei St. Clemens in Hombruch.

Eine Predigt am 4. Mai 1935, in der er sich für das elterliche Erziehungsrecht aussprach, führte zu seiner Verhaftung – denunziert hatten ihn Gemeindemitglieder. Er wird zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt – im Barop-Hombrucher Volksblatt wird ihm „verwerfliches“ Handeln vorgeworfen.

Nach seiner Versetzung nach Bockwitz erfolgt 1941 seine zweite Verhaftung. Dort hat er einer Schülerin in Hitlerjugendtracht - das war wohl das Entscheidende - eine „Backpfeife“ gegeben. Er wird zu 6 Monaten Haft verurteilt. Nach dem Gefängnis bleibt er in „Schutzhaft“ und wird im Oktober ins KZ Dachau gebracht.

Dort beginnt seine etwa einjährige Leidenszeit, über die wir von einem Mithäftling gute Kenntnis haben. Geschwächt durch Hunger, Kälte, Arbeit, Krankheiten blieb er stark in seinem Glauben, sein Mithäftling schreibt an den Vater: „Einsam, nur mit Gott allein, ist er entschlafen, ein Opfer des Hungers und der modernen Brutalität.“

Die Beisetzung der Urne durch seinen Vater auf dem Herforder Friedhof fand mit großer Beteiligung als ein Protest gegen „nationalistisches Unrecht“ statt.

Es ist gut, dass dieser Stadtteil durch einen Straßennamen, diese Tafel und die Kirche mit dem „Oberhaus Pfarrheim“ und einem Kirchenfenster Wilhelm Oberhaus gedenkt.

Mit Hans Grüning gedenken wir einem jungen Kommunisten aus Hombruch. 1917 geboren, war er 1933 in der kommunistischen Jugendorganisation und suchte Kontakt mit anderen Jugendorganisationen, um gemeinsame Aktionen zu organisieren – wie die Verbreitung von Klebezetteln. Diesen Zettel fand die Gestapo bei seiner Verhaftung: „Kumpel, arbeite langsamer. Jede Tonne Kohle für Hitler verlängert den Krieg...“

Hans Grüning suchte nach 1941, dem Überfall auf die Sowjetunion, Kontakt zu sowjetischen Kriegsgefangenen. Verdeckt durch Büsche baute er einen Keller, in dem er mit zwei Kriegsgefangenen arbeitete, seine Frau kochte für alle Suppe, man aß am gemeinsamen Tisch.

Nach seiner Verhaftung wird er 9. Juni 1944 vor dem Volksgerichtshof angeklagt wegen Wehrkraftzersetzung in Verbindung mit Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat und zum Tode verurteilt.

Am 24. Juli, kurz vor seiner Hinrichtung durch das Fallbeil, schreibt er noch einen Abschiedsbrief an seine Frau, er endet mit den Worten: „Liebe Frau, Elfriede, bleibe Du gesund, Sorge für das, was ich habe zurücklassen müssen. Sorge für Dich und die Kinder.“

Hans Grüning starb mit 27 Jahren!

Da am selben Tag in Berlin hingerichtet, möchte ich noch Wilhelm Knöchel erwähnen, dessen Name nicht auf dieser Tafel steht. Auch er lebte eine Zeit in diesem Stadtteil, wohnte am Hombruchfeld. Als SPD-Mitglied kam er ins Ruhrgebiet, wechselte jedoch später zur KPD. Verhaftet wurde er 1943. Er hatte die kommunistische Widerstandsarbeit in den Zechen des Ruhrbergbaus organisiert.

Durch vorhergehende Folterungen und schwerer Krankheit war er nicht in der Lage zu gehen und musste auf einer Bahre zur Hinrichtung getragen werden.

Mit diesen kurzen Texten habe ich von Fritz Husemann, Wilhelm Oberhaus, Hans Grüning und Wilhelm Knöchel erzählt – wenige Worte, die ein Leben nicht wiedergeben können, aber dienen sollen, für eine Erinnerung, die bleibt.

Gedenken wir Ihnen nun mit einer Schweigeminute.



Der Musiker David Orievski trug mit seinen Geigensoli dazu bei, dass bei allen Anwesenden auch das Gemüt und Herz angesprochen wurde.

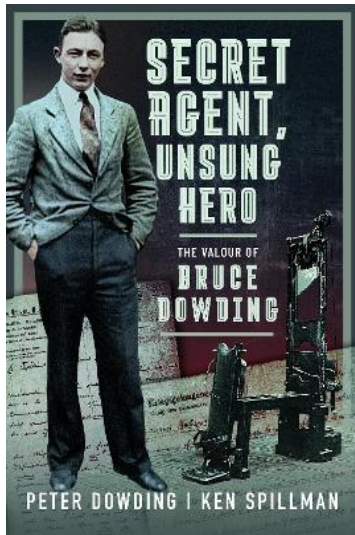
Fotos: Margret Deventer, Iris Bernert-Leushacke und Ulli Steinmann

Buchvorstellung und Lesung mit Peter Dowding am 9. Oktober 2023

Buchvorstellung und Lesung

Jahrelange Spurensuche führt nach Dortmund

Der australische Anwalt Peter Dowding hat 30 Jahre lang das Schicksal seines Onkels Kenneth Bruce Dowding recherchiert. Dieser war zu Beginn des 2. Weltkrieges Student in Frankreich, um Französisch zu lernen und kam nie wieder nach Australien zurück.



Auf Vermittlung von Gefängnisseelsorger Alfons Zimmer aus Bochum und Dieter Knippschild, dem früheren Mitarbeiter des Dortmunder Stadtarchives und ausgezeichnetem Kenner der Opfer der Militärjustiz und der NS-Justiz während der NS-Zeit in Dortmund, fand am 09. Oktober 2023 in der kath. Bildungsstätte im Propsteihof eine interessante und beeindruckende Buchvorstellung und Lesung statt, an dem ein kleiner Kreis Interessierter, darunter auch Mitglieder des Fördervereins, teilnahm.

Peter Dowding ist Neffe und Biograph seines Onkels Bruce Dowding, der - vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt - 1943 im Gerichtsgefängnis Dortmund (Lübecker Hof) mit dem Fallbeil hingerichtet wurde. Peter Dowding konnte auch zuvor den Ort der Hinrichtung, dem Lübecker Hof, besuchen.

Der Förderverein Gedenkstätte Steinwache – Intern.

Rombergparkkomitee unterstützte gerne die Initiative für die Buchvorstellung und Lesung, rückte doch der Besuch in Dortmund zur Biographie eines Opfers die gesamte Thematik der Hinrichtungen in der Dortmunder Hinrichtungsstätte von 1943 - 1945 in den Fokus. Kenneth Bruce Dowding, geboren am 4. Mai 1914 in Melbourne, war bei Beginn des II. Weltkriegs Student in Frankreich. Er schloss sich den britischen Streitkräften an, geriet in deutsche Kriegsgefangenschaft, aus der er entfloh, und gelangte bis nach Marseille. Hier kam er in Kontakt mit verschiedenen Fluchtorganisationen bzw. Netzwerken.

Er selbst engagierte sich im Netzwerk „Pat O’Leary“ („Pat-Line“), das hunderten geflüchteten, untergetauchten alliierten Soldaten, abgeschossenen Fliegern und belgischen und französischen Kriegsfreiwilligen den Weg nach Großbritannien organisierte und ermöglichte. Das Netzwerk wurde Ende 1941 verraten. Bruce Dowding wurde, als er Mitarbeiter in Nordfrankreich warnen wollte, festgenommen und mit einigen weiteren Gruppenmitgliedern inhaftiert. Die Gruppe



Peter Dowding und Dieter Knippschild

wurde als Nacht- und Nebel-Gefangene ins Reich und ins Bochumer Gefängnis verbracht und am 16. April 1943 vor den Volksgerichtshof gestellt. Von den sieben Angeklagten wurden fünf zum Tode verurteilt, darunter Bruce Dowding.

Er wurde am 30. Juni 1943 im Dortmunder Gerichtsgefängnis enthauptet. Nach der Einäscherung im Krematorium des Dortmunder Hauptfriedhofs am 12. Juli 1943 erfolgte die Beisetzung der Urne auf dem Hauptfriedhof.

Im Juli 1947 wurde Dowdings Urne exhumiert und auf dem britischen Soldatenfriedhof in Kleve (Waldfriedhof) erneut bestattet.

Der Autor und Biograph Peter Dowding, australischer Anwalt (Familienrecht, Aborigines-Recht) und australischer Politiker. Als Labor-Politiker wurde er Minister in verschiedenen Ressorts und von Feb. 1988 bis Feb. 1990 Premierminister des Bundesstaates West-Australien.

Vertagung der Straßenbenennung nach Kurt Goldstein in der Bezirksvertretung Dortmund-Scharnhorst

Im November 2023

Pressemitteilung des Internationalen Auschwitz-Komitees zur Vertagung der Straßenbenennung nach Kurt Goldstein in der Bezirksvertretung Dortmund-Scharnhorst


Mit Mehrheit beschloss vor wenigen Tagen nach der Intervention eines AfD-Abgeordneten und des Antrages eines CDU-Abgeordneten die Bezirksvertretung Dortmund Scharnhorst, die beabsichtigte Benennung einer Straße nach dem 1914 in Scharnhorst geborenen Widerstandskämpfer und Ehrenpräsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees Kurt Goldstein zu vertagen und das politische und persönliche Leben Goldsteins und insbesondere sein Wirken in der DDR einer Überprüfung zu unterziehen.

Hierzu betonte in Berlin Christoph Heubner, der Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees: „Von einem Vertreter der AfD denunziert zu werden ist für jeden Demokraten eine Ehre: Kurt Goldstein hätte es gegraust, mit den Stimmen der AfD auf einem Straßenschild seiner heimatlichen Welt zu landen, die er nie vergessen hat und von deren Geschichte er in vielen Berichten als Zeitzeuge immer wieder erzählte. Kurt Goldstein wurde von Auschwitz-Überlebenden in vielen Ländern hochgeachtet, weil er jenseits von unterschiedlichen politischen Einstellungen immer der Auffassung war, dass es eine gemeinsame Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten sei, Rechtsextremen und neuen Nazis nie mehr die Straßen und die Köpfe der Menschen zu überlassen. Dafür hat er fast bis zum letzten Tag seines Lebens gearbeitet. Das sollte auch die Bezirksvertretung in Dortmund Scharnhorst verstehen.“



Förderverein Gedenkstätte Steinwache- Internationales Rombergpark-Komitee

*c/o Bredowstr. 4a
44309 Dortmund
Vorsitzender Georg Deventer/*

 0172 271 48 63
gus.deventer@arcor.de

Bezirksvertretung Dortmund-Scharnhorst
Gleiwitzstr. 277
44328 Dortmund-Scharnhorst

07.11.23

Benennung der Straße Kurt-Goldstein-Straße in Grevel

Sehr geehrte Damen und Herren in der Bezirksvertretung,
liebe Mitglieder der CDU-Fraktion,

im Sinne der Vorlage der Stadtverwaltung, die neue Straße in Grevel Kurt Goldstein zu widmen, bitten wir ausdrücklich und ohne wenn und aber der Vorlage in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zuzustimmen.

Gerade in unserer Stadt mit einer klaren Erinnerungs- und Gedenkkultur kann und darf es nicht sein, dass die sogenannte Alternative für Deutschland AfD die Würdigung des Lebenswerkes von Kurt Goldstein verhindert.

Liebe Mitglieder der CDU-Fraktion, wir bitten Ihre erklärte Brandmauer zu Rechtspopulisten und Rechtsextremen aufrecht zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Deventer
Vorsitzender

Pogrome 1938 zum 9. November

„Nie wieder ist jetzt“

Die Gedenkveranstaltungen am 09. November 2023 anlässlich der Pogrome 1938 vor 85 Jahren standen in diesem Jahr ganz unter dem Eindruck des Angriffes der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023 – die tödlichste Attacke auf jüdisches Leben seit dem Ende des Holocaust. Traditionell fand in Dorstfeld auf dem Wilhelmsplatz ein Gedenken mit Vertretern



der Stadt und jüdischer Gemeinde sowie von Dortmunder Schülerinnen und Schülern statt. Auch die zentrale Gedenkveranstaltung auf dem Platz der Alten Synagoge und im Foyer des Opernhauses erinnerten nicht nur an die schrecklichen Ereignisse der Pogromnacht, sondern im gleichen Maße an den aktuellen Nahostkonflikt und die gestiegene Zahl antisemitischer Vorfälle. Auch der Ring politischer Jugend (Jugendorganisation der demokratischen Parteien) veranstaltete auf dem Friedensplatz eine Demonstration zum Schutz jüdischen Lebens in unserer Stadt.

Das Erinnern an die Pogrome 1938 ist in Dortmund ein fester Bestandteil der Erinnerungs- und Gedenkkultur und forderte besonders in diesem Jahr klare Kante gegen Antisemitismus und Solidarität mit Juden in der Stadt.

Foto oben: Ralf Brinkhoff, Foto unten: Nordstadtblogger



Netzwerk zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund

Der Förderverein ist seit 2021 Mitglied des „Netzwerkes zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund“, welches sich 2018 in unserer Stadt etablierte.

In der Grundsatzklärung, die auch der Rat der Stadt Dortmund im Februar 2019 beschlossen hat, heißt es: *„Nur wenn der Antisemitismus in all seinen Ausprägungen bekämpft und damit auch zum Gegenstand der Präventionsarbeit wird, kann eine demokratische Gemeinschaft ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden, nämlich eine Gesellschaft zu realisieren, die jeder Form der Menschenfeindlichkeit entgegenwirkt, wo immer sie sich manifestiert“.*



Durch die Vernetzung vieler Organisationen und Verbände der Zivilgesellschaft werden die unterschiedlichen Akteure für die Thematik stärker sensibilisiert. Ihr Austausch in den regelmäßigen Netzwerktreffen gewährleistet ein wirkungsvolleres Handeln zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Der Förderverein Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee ist seit 2021 Mitglied des Netzwerkes. Im Beitrittsschreiben von Georg Deventer heißt es:

„Es ist aus der historischen Verantwortung Deutschlands heraus wichtig, sich immer wieder zur Sicherheit und dem Schutz Israels wie zum Kampf gegen Antisemitismus zu bekennen. Alle Formen von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit, ganz gleich, aus welchen Ideologien sie sich ergeben, sind zu bekämpfen. Eine Zweistaatenlösung in friedlichem Verfahren ist zu befürworten. Zu den Hindernissen auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung zählen auch die Boykott- und Sanktionsaufrufe der BDS-Bewegung, die Gewaltanwendung wie auch Raketenangriffe der Hamas oder fehlende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf palästinensischer Seite. Hindernisse sind aber auch die fortdauernde Besatzung und drohende Annexionen palästinensischer Gebiete, der völkerrechtswidriger Siedlungsbau und die Blockade des Gasa-Streifens durch den Staat Israel. Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ist natürlich abzulehnen. Die palästinensische oder israelische Zivilgesellschaft darf unsererseits bei der Wahl ihrer politischen Strategien nicht bevormundet werden. Der Beitritt des Fördervereins zum Dortmunder Netzwerk kann mit dazu beitragen, mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren in unserer Stadt konstruktiv und kritisch zusammen zu arbeiten, um so gegen jedwede Form der Diskriminierung einzutreten.“

Die Netzwerktreffen werden mittlerweile von ADIRA – Antidiskriminierungsberatung - und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus moderiert. Die Servicestelle hat ihren Sitz in der jüdischen Kultusgemeinde, die auch Träger von ADIRA ist. Für den Förderverein nehmen Georg Deventer und Iris Bernert-Leushacke an den Netzwerktreffen teil.

Aktueller Rechtsextremismus in Dortmund

In der Vortragsreihe der Steinwache fand in Kooperation mit dem Förderverein Anfang Dezember im Gruppenraum der Steinwache eine Informationsveranstaltung zu „Dortmunder Neonazis“ statt.

Manfred Kossack, Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Dortmund und **Michael Plackert**, Leiter der Koordinierungsstelle, gaben einen Überblick über den aktuellen Rechtsextremismus in Dortmund.

Dortmund hatte lange Zeit eine große, aktivistische rechtsextreme Szene mit mindestens landesweiter Strahlkraft. Demonstrationen mit mehreren Hundert Teilnehmenden gehörten genauso zu ihrem Repertoire wie Gewalttaten und ein aktiver „Kampf um die Straße“ – ganz nach historischem Vorbild insbesondere der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA).

Das alles hat nicht zuletzt nach intensiven Gegenaktivitäten von Zivilgesellschaft, Stadt und Polizei nachgelassen. Die Demonstrationen sind seltener und deutlich kleiner geworden und Polizeipräsident Gregor Lange konstatiert einen Rückgang rechter Straftaten. Dennoch sind die Probleme mit rechtsradikalen Aktivisten, ihrer Gewalt und vor allem ihrer Ideologie nicht verschwunden. Der Vortrag gab einen Überblick zum Status quo und zeigte, wo wir im Kampf für Demokratie und gegen Rechtsradikalismus stehen.



Iris Bernert-Leushacke, stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins, kommentiert die rechtsextreme Szene in Dortmund jetzt zum Ende des Jahres:

Die Dortmunder Neonazi-Szene trat im Jahr 2023 mehrfach in Erscheinung. Zwar ist es zutreffend, dass die Szene insgesamt durch Wegzüge und sonstige Umstände geschwächt dasteht, aber sie ist weder ungefährlich noch handlungsunfähig. Zu Beginn des Jahres löste sich der Kreisverband der Kleinst-Partei „Die Rechte“ auf um als neue Struktur „Die Heimat Dortmund“ in der ebenfalls als Kleinst-Partei NPD weiter wirken zu wollen. Dieses Aufgehen in der NPD zeigt das politische Scheitern der Kleinst-Partei deutlich – von der politischen Bedeutungslosigkeit in die nächste. Die verbliebenen Führungspersonen der erneuerten Parteistruktur blieben gleich.

Bedenkliche Aufmerksamkeit generierten die Neonazis durch mediale Internetpräsenz. Erfolgreiche Internet-Blogger, z.T. mit migrantischem Hintergrund, ließen sich auf „Plaudergespräche“ mit Steven F. ein. F. konnte unwidersprochen seine Ideologie verbreiten. Die dahinterstehende Absicht: Aufmerksamkeit und auch Nachwuchs zu gewinnen. Das Andocken an die migrantische Szene wurde auch in anderer Weise versucht. Junge Migranten wurden gezielt umworben, homophobe, antisemitische, antifeministische Propaganda zu verbreiten. Besonders rund um den Szene-Treffpunkt Möllerbrücke wurde dieser Versuch bemerkt. Gezielte Beobachtung und Gegenwehr beendeten diesen Versuch.

Besonders im Brückstraßen-Viertel in der Innenstadt kam es im Frühsommer zu gezielten Gewalttaten gegen marginalisierte Gruppen: obdachlose Frauen. Die mutmaßlichen Täter konnten ermittelt werden.

Eine „größere“ Aktion der Neonazis wurde zu einem weiteren Misserfolg: die Mobilisierung zum 1. Mai. Zum wiederholten Mal wurde der Kampftag der Arbeiter*innen versucht von rechter Seite zu reklamieren. Eine groß angekündigte „Tour“ durch mehrere Städte entpuppte sich als zwei Reisebussen von Dortmund-Dorstfeld nach Lünen und Recklinghausen und zurück. Die Nazi-Szene rechnete mit geringem Gegenprotest, besonders in Lünen und Recklinghausen. Während in Dortmund-Dorstfeld auf dem Wilhelmplatz ganztägig Protest vom Bündnis „BlockaDo“ organisiert wurde, gab es sowohl in Lünen als auch in Recklinghausen lautstarken und zahlreichen Gegenprotest gegen die Nazi-Kundgebungen. Nach der Rückkehr nach Dortmund versuchten sich die Nazis noch in einem „Marsch“, doch dieser Marsch entpuppte sich dann auf einen 300-Meter-Lauf von der Rheinischen Straße nach Dorstfeld. Begleitet und empfangen wurde diese „Marsch“ mit lautstarkem Gegenprotest. Der „Marsch“ durfte erst laufen, nachdem die polizeilichen Auflagen (abgesenkte Fahnen, Beschränkung der Stückzahl) voll erfüllt war. Wieder ein 1. Mai, der für die Nazis ins Wasser fiel.

Besonders hervorzuheben sind weitere gerichtliche Verurteilungen eines Kaders der Neonazis, der erneut rechtskräftig nach Revision wegen Volksverhetzung verurteilt wurde. Ebenfalls nach Revision wurde auch das Urteil im Prozess wegen des Skandierens einer antisemitischen Parole rechtskräftig. Ein weiterer führender Neonazi wird noch im November 2023 eine Haftstrafe antreten.

Die antisemitische Grundhaltung der Neonazi-Szene wurde kurz nach dem Terror-Überfall der Hamas zur Schau gestellt: An einem Wohnhaus in einer kleinen Nebenstraße in Dortmund-Dorstfeld wurde ein Banner befestigt, die Parole wurde von den historischen Nationalsozialisten in abgewandelter Version z.B. in dem antisemitischen „Stürmer“ verwendet. Das Banner nebst entsprechenden Anzeigen wurde entfernt. Im Zusammenhang mit dem Terror-Überfall der Hamas pöbelte der verbliebene Ratsvertreter D. bei der Ratssitzung am 2. November 2023; nach erfolgten Ordnungsrufen wurde er aus der Ratssitzung entfernt. Dieser Auftritt wird auch sein letzter im Dortmunder Rat gewesen sein, denn er wird aus Dortmund wegziehen.

DEMOKRATIE leben!
DORTMUND 